



NEUDRUCK

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

92. Sitzung (öffentlich)

19. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:02 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| 1 | Umsetzung der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung | 4 |
| | – Bericht Prof. Ulrich Schurr, Forschungszentrum Jülich (s. <i>Anlage 1</i>) | |
| | – Bericht Dr. Stefanie Kesting, Neumann & Esser-Group (s. <i>Anlage 2</i>) | |
| | – Bericht Michael Eyll-Vetter, RWE Power AG (s. <i>Anlage 3</i>) | |
| | – Bericht Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart, MWIDE (s. <i>Anlage 4</i>) | |
| 2 | Vorstellung des Gutachtens IW Consult zu Arbeitsplatzeffekten des Wirtschafts- und Strukturprogramms | 34 |
| | Vorlage 17/6179 | |
| | – Bericht Hanno Kempermann, IW Consult (s. <i>Anlage 5</i>) | |

3 Verschiedenes **37****a) Landesregierung darf Klimaschutz bei Gebäuden nicht weiter
 liegen lassen** **37**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15448

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, am 9. März 2022,
13:30 Uhr, eine Anhörung durchzuführen. Jede Fraktion benennt
zwei Sachverständige. Zusätzlich werden die kommunalen Spit-
zenverbände eingeladen.

b) Berichtswünsche der AfD-Fraktion **37**

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Georg Fortmeier erinnert an die coronabedingten Vorgaben und betont, Abstimmungen erfolgten in Fraktionsstärke.

1 Umsetzung der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

- Bericht Prof. Ulrich Schurr, Forschungszentrum Jülich (s. Anlage 1)
- Bericht Dr. Stefanie Kesting, Neumann & Esser-Group (s. Anlage 2)
- Bericht Michael Eyll-Vetter, RWE Power AG (s. Anlage 3)
- Bericht Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart, MWIDE (s. Anlage 4)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit gestern Mittag haben wir eine Exkursion im Rheinischen Revier durchgeführt. Bis auf Frau Müller-Witt waren alle Anwesenden dabei. Wir haben sehr viele Eindrücke gewinnen können. Wir haben uns Projekte in den Orten Düren, Elsdorf und Bedburg angeschaut. Heute Morgen waren wir am Tagebau Hambach, haben uns den Kraftwerksstandort Frimmersdorf angeschaut und viele positive Aspekte zu diesem Thema gefunden. Wir wollen das in dieser Sitzung mit einigen weiteren Themen fortführen. Das sind die Themen „BioökonomieREVIER“, „Nachhaltige Lösungen für Prozessgase“ und Aspekte zum Standort der RWE Power AG.

Dazu darf ich per Video zugeschaltet Herrn Professor Ulrich Schurr vom Forschungszentrum Jülich und Frau Dr. Stefanie Kesting vom Unternehmen NEUMANN & ESSER GROUP sowie Herrn Michael Eyll-Vetter begrüßen. Letzterer hat uns heute Morgen schon im Bus begleitet. Hier vor Ort ist vom Gesamtbetriebsrat Herr Dirk Schumacher. Er ist Betriebsratsvorsitzender der Hauptwerkstatt.

Damit es nicht einfach drei kurze Inputs nacheinander gibt, hören wir uns zunächst die Ausführungen von Herrn Professor Schurr und Frau Dr. Kesting an. Danach gibt es eine Diskussionsrunde, weil ich weiß, dass Herr Professor Schurr eigentlich in einem anderen Termin ist und sich danach verabschieden muss. Danach folgt der zweite Teil mit Herrn Eyll-Vetter und Herrn Schumacher. Anschließend wird uns der Minister kurz über die aktuelle Umsetzung informieren, damit wir unseren engen Zeitrahmen hoffentlich einhalten können.

Ich bitte nun Herrn Professor Schurr, uns einen kurzen Input zum Thema „BioökonomieREVIER – von der Nahrungsmittelproduktion bis zur Herstellung von Chemikalien, Pharmazeutika u. a.“

Prof. Ulrich Schurr (Forschungszentrum Jülich [per Video zugeschaltet]): Die Initiative „BioökonomieREVIER“ ist, vielleicht ein bisschen anders als das, was Sie sonst in dem Kontext Ihrer Exkursion gesehen haben, das Ziel hat, die ganze Region zu betrachten und daraus eine Modellregion für nachhaltige Bioökonomie zu machen.

Das Bioökonomie-Thema selbst sehen wir dabei im Kontext der Energie- und Rohstoffwende und damit auch im Kontext des Klimawandels insgesamt, um damit nachhaltige Wertschöpfung und Klimaschutz zusammenzubringen. Wir haben dabei Themen wie „Land- und Forstwirtschaft“, „Nahrungsmittel“, „Rohstoffe für die Chemieindustrie“, „Rohstoffe für die Materialnutzung“ und „Reststoffnutzung“ im Sinne von zirkulärer Bioökonomie genauso im Auge wie Konversion von Reststoffen in neue Produkte, in Textilien und die Nutzung von Abfall- und Rohstoffen.

Zu dem ganzen Kontext gehören aber nicht nur die Biomasse und die Nutzung von biologischen Systemen, sondern auch die Verkoppelung zur Digitalisierung beispielsweise über Agrarrobotik oder auch zur Energie beispielsweise in Richtung Photovoltaik oder Wasserstofftechnologien. Auch dazu werde ich im Laufe des kurzen Impulses einige Sätze sagen.

Das BioökonomieREVIER hat sich zum Ziel gesetzt, hier eine Modellregion zu schaffen und damit den regionalen Ansatz als eine Umsetzungsmöglichkeit zu begreifen, um in der ganzen Region zusammenzuarbeiten und damit regionale Wertschöpfungsketten und Kreisläufe in der Region zu schließen. Das Thema wird auf Basis der Arbeit, die wir in den letzten zweieinhalb bis drei Jahren geleistet haben, inzwischen nicht nur in Nordrhein-Westfalen sehr prominent gesehen, sondern deutschlandweit und in Europa. Inzwischen gibt es entsprechende Ausschreibungen des BMWi und auf europäischer Ebene zum Thema „Regionalisierung Bioökonomie“.

Die Bioökonomie hat eine lange Historie in der Region. Wir haben 2010 das Bioeconomy Science Center mit den Standorten Bonn, Düsseldorf, Aachen und Jülich gegründet, das das Thema „Bioökonomie“ von der wissenschaftlichen Seite begleitet und entwickelt hat. Wir haben damit eine Chance gesehen, die Bioökonomie zu implementieren und in Nutzbarkeit umzusetzen. Das war der Grund für die Initiative Bioökonomie. Seit 2018 – ursprünglich aus dem Sofortprogramm gefördert – haben wir eine ganze Reihe von Projekten angeflanscht, die im Wesentlichen zur wirtschaftlichen Verwertung beitragen.

Ziel des BioökonomieREVIERs ist, auf der Stärke der Region aufzubauen. Die Stärke liegt zum einen in der Gunstregion der Landwirtschaft, zum anderen geht es aber auch um die Industrie, die vor Ort ist. Dazu gehören regionale und überregionale Industrien, beispielsweise die Lebensmittelindustrie oder auch die Chemieindustrie und die Energiewirtschaft. Sie haben gestern kurz die „Modellfabrik Papier“ in Düren gesehen. Auch das ist ein Teil der Bioökonomie. Wir bieten über die Bioökonomie sowohl hohe als auch niedrige Qualifikationen von Arbeitsplätzen und eine sehr hohe Aktivierung der Gesellschaft und der Bevölkerung für das Thema, wie man nachhaltig mit biologischen Systemen umgehen kann.

Ein weiteres Thema, das wir an der Stelle nutzen und eine Stärke der Region darstellt, ist die außerordentlich starke Wissenschaftslandschaft und Ausbildungslandschaft in der Region. Dazu wurden entsprechende Studien gemacht. Das BioSC hatte ich schon erwähnt. Darüber hinaus gibt es noch viele andere Aktivitäten hier in der Region, die die Forschungsseite stark unterstützen.

Mit BioökonomieREVIER haben wir zunächst mal eine Koordination geschaffen, die einen verschiedenen Akteursansatz hat. Das heißt, wir arbeiten mit Bürgern, mit Wissenschaftlern, mit Unternehmern, mit Landwirten und mit Politik, um diesen integrativen Ansatz in der Region voranzubringen. Wir haben zunächst drei große Forschungsinnovationsbereiche definiert:

- InnovationsLab „Innovative Landwirtschaft“, der Digitalisierung und Energiewirtschaft mit integriert,

- „Integrierte Bioraffinerien“, um Ersatzrohstoffe und Prozesse für die chemische Industrie und die Materialwirtschaft zu produzieren, und
- den Bereich „Biotechnologie und Kunststoffwirtschaft“, der sich aufgrund seiner Vorgeschichte etwas anders aufbaut als die anderen beiden.

Wir haben in dem Projekt den sogenannten BIOBoosteRR eingebaut. Das ist ein Acceleratorprogramm spezifisch für das Thema „Bioökonomie“, das in der Region insgesamt läuft.

Die ganze Initiative ist dafür gedacht, um in der Region nachhaltige Transformation zu schaffen und regionale Innovationspartnerschaften zu realisieren, in denen verschiedene Akteure – speziell Wirtschaftsakteure – in der Region zusammengebracht werden, um neue Wertschöpfungsketten zu implementieren. Wir haben auch ganz wesentliche Ansprechpartner in den Kommunen. Die Kommunen sind an der Stelle sowohl Wirtschaftspartner – beispielsweise über die Verwertung von Biomassen – als auch direkte Ansprechpartner für die Möglichkeit der Entwicklung von bioökonomischen Wertschöpfungsketten in der Region und der Ansiedlung von Firmen.

In der Wissenschaft schnellen Transfer zu erreichen, ist an der Stelle eine Selbstverständlichkeit. Aber auch zur direkten Bürgerbeteiligung und Partizipation haben wir extra Projektentwicklungen vorgenommen.

Wir haben eine Studienserie gemacht. Dabei haben wir zum einen Rohstoffe und Ernährung betrachten. Die zweite Studie betraf die Wirtschaft, Verwertung und Veredelung von Rohstoffen. Hinzu kam eine Studie zu Wissen und Bildung sowie eine Studie zur Finanzierung und zu Investitionen, speziell zur Finanzwirtschaft in dem ganzen Kontext. Die ersten drei Studien sind schon veröffentlicht, die letzte Studie noch nicht. Es wird ein ganz wesentlicher Punkt sein, dass wir über die reine Förderthematik hinaus in Zukunft Finanzierung und Investitionen betrachten.

Wir haben uns gleichzeitig in die Transformationslandschaft Rheinisches Revier eingebunden. Dazu gehören regionale Netzwerke. Wir haben auch neue Netzwerke gegründet und thematische Gewerbegebiete begleitet, um auf diese Art und Weise die Möglichkeit zu schaffen, Bioökonomie für die Wirtschaft in die Praxis umzusetzen.

Wie eingangs gesagt, hat der Ansatz, den wir hier als regionalen Ansatz gewählt haben, auf nationaler Ebene große Resonanz beispielsweise im Wirtschaftsministerium gefunden. Auf der EU-Kommissionsseite hat sich auch die Just Transition Plattform mit dem Thema „Regionalisierung von Bioökonomie“ beschäftigt. Ich bin dort in einer entsprechenden Arbeitsgruppe eingebunden. Auch auf internationaler Ebene hat das, was wir in den letzten drei Jahren gemacht haben, großen Widerhall gefunden.

Wir können viele einzelne Beispiele für Innovationshäuser und Transformationsplattformen setzen. Im Bereich „Agro-Food-Energie-Systeme“ haben wir beispielsweise eine Agro-PV-Forschungsanlage aufgebaut. Beteiligt sind heute Landwirte, beispielsweise der Rheinische Landwirtschaftsverband. Beteiligt sind PV-Anlagenhersteller. Das sind kleine und mittlere Unternehmen, aber wir reden zurzeit auch mit RWE über größere Anlagen.

Zu nennen ist ebenso die Optimierung erneuerbarer Energien. Ich glaube, Sie waren bei Quirinius. Auch an der Stelle gibt es eine Verknüpfung zu den Anlagen. Wir sind derzeit dabei, Speichersysteme für diese Agro-PV im Sinne von Wasserstoffspeichern und Batterien zu implementieren. Die Agro-Robotik ist eine Möglichkeit, um dort verbesserte Produktion zu betreiben. Auch mit den Regulierungsbehörden haben wir intensive Rückkopplungen. – Das ist ein Beispiel dafür, in welche Art und Weise wir um solche Konzepte herum Austausch- und Transformationsplattformen aufbauen.

Sie haben gestern die „Modellfabrik Papier“ gesehen und sicherlich von Herrn Hissel dargestellt bekommen, welche intensive Bedeutung die Papierindustrie in der Region hat. Wir betrachten das zusätzlich aus der Bioökonomie heraus in Richtung Kreislaufwirtschaft Papier, in Richtung Eject-Verwertung. Das ist ein anlaufendes Industrieprojekt in Richtung Wasserstoff und Reststoffverwertung im Bereich Biogasnutzung aus der Kreislaufwirtschaft heraus.

Wir entwickeln gerade neue Projekte, bei denen es darum geht, alternative Fasern bereitzustellen. Das passiert direkt mit Wirtschaftsbeteiligung. Es soll die zusätzliche Möglichkeit von Fasern in der Papierindustrie aber auch darüber hinaus in die Textilindustrie und in Spezialpapiere, in Verbundwerkstoffe und in Man-Made-Fibres, Spezialpapiere für die Batterieproduktion, hinein betrachten. Auch das ist ein Projekt, das derzeit zusammen mit Unternehmen läuft.

Es gibt verschiedene weitere Innovationspartnerschaften, auf die ich aus Zeitgründen nicht weiter eingehen möchte. Wir haben vor, weitere Transformationsplattformen aufzusetzen, die auf der ersten Stufe vernetzen, auf der zweiten Stufe konzeptionieren und konkrete Projektoutputs generieren wollen. In der dritten Phase folgt die Umsetzung mit der Entwicklung von Ideen und Geschäftsmodellen, um von der Förderung unabhängig nichtöffentlich privatwirtschaftliche Investitionen in der Region umzusetzen.

Was brauchen wir? Ich denke, die Region braucht Innovationspartnerschaften und Transformationsplattformen. Dafür haben wir in den letzten zwei Jahren schon ganz viele Beispiele geschaffen. Wir brauchen eine Beschleunigung der Prozesse. Die Ausrichtung der Förderung muss in Richtung einer Hebelfunktion gehen, um echten und nachhaltigen Strukturwandel durch private Investoren zu motivieren. Auch das sind Themen, die wir zurzeit im BioökonomieREVIER intensiv angehen. Es muss eine längerfristige Verlässlichkeit gegeben sein. Wir brauchen die „Strategie Bioökonomie NRW“, die vorgesehen war, bis jetzt aber noch nicht entstanden ist. Das gilt auch im Kontext der Konkurrenz zu anderen Bundesländern, die an der Stelle teilweise schon weiter sind. Ganz wesentlich brauchen wir auch das Vertrauen in die Region und die Akteure, die in der Region arbeiten, aktiv werden und umsetzen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Professor Schurr, für Ihren Impuls. Wir werden gleich darüber diskutieren. Zunächst bitte ich Frau Dr. Kesting um ihren Input zum Thema „Nachhaltige Lösungen für Prozessgase, grüne Gase und effiziente Nutzung von Wasserstoff, nachhaltige Arbeitsplätze“.

Dr. Stefanie Kesting (NEUMANN & ESSER GROUP [per Video zugeschaltet]): Ich hatte zu Anfang leider kein Bild und keinen Ton; deswegen habe ich die Einleitung nicht mitbekommen.

(s. Anlage 2, Seite 1)

Die NEUMANN & ESSER GROUP ist ein Mittelständler. Als Hintergrund können Sie im Kopf behalten, dass die NEUMANN & ESSER GROUP aus dem Kompressoren-/Gasverdichtungs-Geschäft kommt. Wir sind seit fast 200 Jahren ein Maschinenanlagenbauer. Im Klimajahr 2030 werden wir 200 Jahre alt sein. In diesem Rahmen verdichten wir Gase, handhaben Gase in verschiedenen Anlagentypen seit über 80 Jahren. Dazu gehört auch Wasserstoff. Seit fast 200 Jahren bauen wir Anlagen im Gasebereich, und seit 80 Jahren verdichten wir konkret Wasserstoff. Aus dieser langen Historie ist die Weiterentwicklung der NEA in den letzten drei Jahren zu einem kompletten Lösungsanbieter entstanden, wie Sie sehen.

Aus zeitlichen Gründen gehe ich nicht auf alle Bereiche ein. Wir bieten die komplette Wasserstoffkette an. Das reicht von der Erstberatung, wenn Industriekunden eine Ahnung davon haben, über Wasserstoff beispielsweise in ihren eigenen Produktionsprozessen oder auch in anderen Anwendungen wie der Mobilität dekarbonisieren zu können. Es geht über alle Prozessschritte in der Speicherung und Abfüllung von Wasserstoff sowie in der Produktion von grünen Gasen. Dabei geht es nicht nur um Wasserstoff, sondern auch um Biomethan und alle Alternativen, die aus dem Biogasbereich kommen. Es geht über den Transport bis zur Verdichtung und alle Anwendungen.

(s. Anlage 2, Seite 2)

Ich habe Ihnen heute einen Kurzeinblick in ein Thema mitgebracht, das meines Erachtens nicht genug in der Politik diskutiert wird. Wir halten es insbesondere wegen der Mengen der möglichen CO₂-Einsparungen, um die es geht, für außerordentlich wichtig. Es passt sehr, sehr schön ins Rheinische Revier, weil es ein Projekt des Rheinischen Reviers ist. Hier reden wir nicht über Unternehmen wie thyssenkrupp oder den größten Energiekonzern, sondern wir reden über den Mittelstand. Wir reden über Produktionsprozesse, die sich vor langer Zeit hier vor Ort angesiedelt haben und einen sehr hohen CO₂-Ausstoß mit sich bringen, weil sie eben auf der Braunkohle basierten. Die Herausforderung die Frage ist, wie man solche Unternehmen überhaupt in die CO₂-Neutralität bringt. Ein ganz wichtiger Ersatz im Stoffstrom ist Wasserstoff. Darauf möchte ich heute fokussieren.

Ich finde es nach wie vor beeindruckend, dass fast 100 % aller Unternehmen hier in NRW mittelständische und kleinere Unternehmen sind. Es geht also nicht nur um die Großindustrie und darum, was in diesem Zusammenhang gerade in der Presse zum Wasserstoff und zur Dekarbonisierung diskutiert wird. Einen ganz großen Anteil in unseren Gefilden nimmt der Mittelstand ein. Ohne diesem Mittelstand eine Stimme zu geben und zu sehen, wo Alternativen zur Dekarbonisierung liegen, wird es hier keine CO₂-Neutralität geben. Damit wird es für die Unternehmen schwierig, nachhaltig am Standort bleiben zu können.

(s. Anlage 2, Seite 3)

Wie sieht eine Lösung aus? Auch das stelle ich wegen der Zeit verkürzt und plakativ dar. Wahrscheinlich wissen Sie alle, Wasserstoff ist heute noch nicht für alle Endanwendungen wirtschaftlich. Ja, es gibt unheimlich viele tolle Strukturprogramme. Es gibt sehr, sehr viele Bemühungen, den Wasserstoff näher an die Wirtschaftlichkeit zu bringen. Aber wir sehen uns immer wieder mit Kundenanfragen in aller Welt – die NEA Group ist in aller Welt tätig – konfrontiert, dass der Business-Case fehlt, dass eine wirtschaftliche Nutzung des Wasserstoffs zumindest mit sehr hohen Risiken verbunden ist. Die Lösung, die wir dazu entwickelt haben, haben wir nicht allein entwickelt, sondern mit ortsansässigen Unternehmen. In dem Fall war das im Kreis Heinsberg der Fall. Es gibt ähnliche Projekte direkt in der Braunkohleregion, beispielsweise in Düren. In Jülich gibt es solche Vorhaben ebenfalls.

(s. Anlage 2, Seite 4)

Ich stelle Ihnen heute ein Projekt vor, das exemplarisch in Heinsberg stattgefunden hat. Wir sind bereits sehr weit in der Entwicklung des Projektes. Die Idee ist, den Wasserstoff in ganz unterschiedlichen Anwendungen zu denken und nicht nur in klassischen Bereichen wie Transport, Infrastruktur, Busversorgung, Umstellung von öffentlichem Personennahverkehr auf Wasserstoff, sondern ganzheitlich alle Stoffströme mitzudenken, die in einer Wasserstoffproduktionsanlage – in dem Fall in einem Elektrolyseur – zum Tragen kommen. Wir haben im Prinzip alle Kompetenzen, die ein umfassendes System benötigt, zusammengefügt. Es geht um die Beschaffung von ausschließlich grünem Strom, aber auch um andere erneuerbare Energien. Es geht darum, alle Stoffströme grün umwandeln zu können. Zu nennen ist die Elektrolyseurproduktion, sind alle Industrieanwendungen von der CO₂-Nutzung, auch von Rest-CO₂. Die Abwärmenutzung spielt eine riesige Rolle. Sauerstoffnutzung gehört dazu, weil die Elektrolyse Mengen an Sauerstoff freisetzt, die in den meisten Fällen bisher in die Luft geblasen werden. Das weiß kaum jemand. Das sind Stoffströme, die man nutzen kann.

Wenn all diese Stoffströme vormals fossile Stoffströme ersetzen, kriegen Sie einen ganz, ganz hohen Grad an Dekarbonisierung in einem Industriepark hin.

Natürlich geht es auch um Wohnquartiere, die unter Umständen mit Teilen dieser Abwärme versorgt werden können. Eine Tankstelle wird dorthin gebaut – sehr wahrscheinlich nicht nur für den Lkw- und Busbetankungsvorgang, sondern perspektivisch auch für Pkw. Auch der Gasversorger vor Ort stellt seine Services auf grünen Wasserstoff um.

Das Standortkonzept Heinsberg umfasst also eine wirklich vollintegrierte und im Zielbild skalierbare Elektrolyse für grünen Wasserstoff. Das heißt, wir wollen diese Elektrolyse in den größtmöglichen Anwendungsbereich bringen, der dort möglich ist. Den grünen Strom wollen wir am Markt über PPA beschaffen und gleichzeitig am Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort arbeiten und den Wasserstoff im größtmöglichen Spektrum anwenden, um eine Blaupause zu schaffen, wie Industrieparks mit einem ganz hohen Anteil von über 80 oder 90 % CO₂-Minderung realisiert werden können. Hinzu kommt eine Einspeisung in Fernwärme für die Quartiersversorgung. Ziel ist, dieses Konzept Schule machen zu lassen und multiplizieren zu können.

Das ist kein riesiger Park, sondern ein umfassender und vielseitig besetzter Industriepark in Heinsberg. Wir reden dabei über eine CO₂-Einsparpotenzial von mindestens 2.100 t pro Jahr. Das ist also nicht wenig.

Die Message dahinter ist nichts anderes als dass die dezentrale Wasserstoffwirtschaft in ihrem Potenzial aktuell komplett unterschätzt wird. Mit den vorhandenen Technologien ist es möglich, in Systemen zu denken. Das erfordert allerdings, dass wir sehr, sehr viele Unternehmen zusammenbringen. Das ist die Leistung, die wir unserem Unternehmen zuschreiben können.

(s. Anlage 2, Seite 5)

Sie sehen beispielsweise die Frauenrath-Gruppe. Das ist ein großer Baukonzern. Veolia ist als Versorger dabei. Alliander ist ein Netzbetreiber. Siemens ist als möglicher Abnehmer dabei. Centropian steht für Solaranlagen. Sie sehen auch eine hohe Beteiligung der öffentlichen Hand. Das ist nicht nur ein Logo, sondern über den Landrat, die Wirtschaftsförderung gab es eine unheimlich hohe Motivation und einen starken Support, um nicht nur begleitend, sondern aktiv Unternehmen zusammenzuführen. So hatten wir das Konzept im letzten Jahr in ganz wenigen Wochen stehen. Jetzt sind wir schon in der konkreten Planung.

Die Lösung, die ich Ihnen gerade vorgestellt habe, ist das Gegenteil einer One-Man-Show. Sie bietet Möglichkeiten für Unternehmen, die ihre Dekarbonisierung alleine im Leben nicht voranbringen könnten, weil es einfach viel zu teuer wäre oder sie nur einen der Stoffströme oder nur eine geringe Menge aus einer mittelgroßen effizienten und auch wirtschaftlichen Elektrolyse abnehmen könnten. Für die Übergangszeit, in der Wasserstoff nicht aus jeder Leitung kommt, wären sie sonst von der Wasserstoffwirtschaft ausgeschlossen. Wir können über solche Lösungen heute schon wirtschaftliche Cases kreieren, wenn wir ein bisschen Unterstützung bekommen. Im Tankstellenbereich kann das über die Fördermittel erfolgen, die derzeit vergeben werden. Förderung müssen wir natürlich auch im Elektrolyseurbereich in Anspruch nehmen; denn die Technologie steckt noch zu sehr in der Entwicklung. Später gibt es hoffentlich Regularien und Marktsysteme, die es möglich machen, Wasserstoff zu einem guten Preis abzusetzen.

Über solche Lösungen kann man den Mittelstand und die produzierende Industrie gerade im Rheinischen Revier dekarbonisieren. Ich werbe dafür, dass das bei künftigen Gesetzesspezifizierungen nicht vergessen wird. Die Hauptgesetzeslage ist gegeben, aber ich glaube, wir müssen genauer hingucken und dürfen nicht nur den Tankstellen hinterherlaufen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Frau Dr. Kesting, für diesen Vortrag und die Präsentation. – Gibt es Nachfragen oder Anmerkungen zu diesen beiden Vorträgen? – Frau Dr. Peill.

Dr. Patricia Peill (CDU): Herr Professor Schurr, Sie haben uns durch die Möglichkeiten der Bioökonomie geführt und ganz am Schluss erwähnt, was besser laufen könnte und an welchen Stellen Sie Unterstützung brauchen, damit es noch besser transferiert

werden kann. Ich hatte mir einiges notiert, konnte aber nicht so schnell mitschreiben. Sie hatten unter anderem von irgendwelchen Hebelfunktionen und von Privatinvestoren gesprochen. Könnten Sie diese Punkte noch mal ausführen? Die fand ich sehr interessant.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, für die Vorträge und Eindrücke. – Herr Professor Schurr, Sie haben zum Schluss gesagt, dass Sie einige Projekte in Arbeit haben, für die Sie in absehbarer Zeit keine öffentlichen Gelder mehr benötigen. So habe ich Sie jedenfalls verstanden. Können Sie etwas zu dem Zeitrahmen sagen, wann mehr Projekte in der breiten Realität ankommen, aber auch dazu, welche Rahmenbedingungen Sie dafür brauchen?

Gegenüber der Bioökonomie gibt es Vorbehalte, was sie für eine Intensivierung der Agrarproduktion bedeuten würde und welche Voraussetzungen es geben müsste, um Dinge, die an anderen Stellen verändert werden, in dem Bereich nicht wieder rückgängig zu machen.

Frau Dr. Kesting, ich fand sehr spannend, was Sie dargestellt haben. Von Ihnen würde ich gerne wissen, ob es Punkte gibt, bei denen Sie Verbesserungsbedarf sehen, auch was Strukturen in der öffentlichen Hand angeht, also Verwaltung auf unterschiedlichen Ebenen. Ich kann mir vorstellen, dass Sie schon bestimmte Erfahrungen gemacht haben. Es geht nicht so sehr darum, die Geschichten zu hören, die, so glaube ich, viele erzählen können, sondern darum, ob Sie konkrete Ideen haben, was man verändern müsste, damit so etwas, was Sie vorangebracht haben, in Zukunft noch breiter und vielleicht auch schneller gelingen kann.

Christian Loose (AfD): Herr Professor Schurr, Flächen sind immer knapp. Wir haben es heute noch mal gehört. Die einen brauchen Gewerbeflächen, die anderen Flächen für Forstwirtschaft oder Nahrungsmittelanbau. Inwiefern erhöht sich der Flächenverbrauch durch die Bioökonomie, und inwieweit sehen Sie da eine Konkurrenz mit anderen Möglichkeiten wie Gewerbe, Forst, Landwirtschaft und Nahrungsmittelanbau?

Frau Dr. Kesting, Sie sprachen davon, dass die Verfahren aktuell nicht wirtschaftlich sind und nur Möglichkeiten bestehen, wenn es entsprechende Förderungen vom Staat oder so etwas wie eine staatliche Abnahmegarantie gibt. Das heißt, wir haben einen negativen Barwert bei den Projekten.

Natürlich muss man sich anschauen, wie hoch die CO₂-Vermeidungskosten sind. Ist es sinnvoller, in diese oder eher in andere Projekte Subventionsmittel zu investieren? Wie sind die CO₂-Vermeidungskosten bei den von Ihnen betreuten Projekten?

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank auch von unserer Seite. – Meine Frage an Herrn Professor Schurr wurde schon gestellt; von daher brauche ich sie nicht zu wiederholen.

Frau Dr. Kesting, Sie haben zum Schluss die gesetzlichen Rahmenbedingungen angesprochen und gesagt, dass da jetzt Bewegung ist. Können Sie konkret sagen, welche Rahmenbedingungen aus Ihrer Sicht noch angepasst werden müssen?

André Stinka (SPD): Herr Professor Schurr, Sie haben dargestellt, dass gerade im Rahmen der Bioökonomie auch Rohstoffe bzw. zirkuläre Verfahren stärker ins Blickfeld kommen. Können Sie vor dem Hintergrund aktueller Rohstoffknappheit etc. pp. eine stärkere Nachfrage feststellen?

Frau Dr. Kesting, Sie haben in Ihren Ausführungen zum Wasserstoff berechtigterweise den Mittelstand in den Mittelpunkt gestellt. Wir haben hohe Energiepreise. Ist die Nachfrage nach Ihren Diensten und Überlegungen gerade aus dem mittelständischen Bereich in den letzten Monaten noch einmal gestiegen?

Prof. Ulrich Schurr (Forschungszentrum Jülich [per Video zugeschaltet]): Ich versuche, es kurz zu machen. Wenn man jeden Tag in der Region unterwegs ist, dann stellt man eines fest, und das hat Frau Dr. Kesting schon gesagt. Es gibt unheimlich viel unternehmerischen Geist und KMUs, die in der Lage sind, Dinge umzusetzen. Mit Innovationspartnerschaften und Transformationsplattformen versuchen wir, diese Akteure in einer anderen Art und Weise zusammenzubringen. Was Frau Dr. Kesting für Wasserstoff vorgestellt hat, machen wir an vielen anderen Stellen in einer neuen Verknüpfung von Akteuren in der Region. Das können große sein; das können kleine sein. An ein paar Stellen kommen innovative Ideen hinein. Dabei kann Wissenschaft eine Rolle spielen. An vielen Stellen ist es aber die Verknüpfung von vorhandenen Akteuren auf verschiedenen Ebenen. Wir haben aus der Erfahrung der Interaktion mit vielen Akteuren in den letzten drei Jahren haben wir eine ganze Latte verschiedener Innovationspartnerschaften und Themenfeldern. Ich habe einen Vortrag, der das, was ich vorhin sagte, etwas ausführlicher darstellt. Den kann ich Ihnen gern zur Verfügung stellen.

Aus meiner Wahrnehmung ist es sehr wichtig, dass wir von einer sehr stark auf die Förderung bezogenen Perspektive von Projekten in der Region auf Projekte umstellen müssen, die durch private Investoren aus der Sicht von real umsetzbarer Wirtschaft bzw. der Nutzung beispielsweise durch Kommunen getrieben und umgesetzt werden. An der Stelle gibt es gerade eine ganze Reihe von Entwicklungen.

Ich beobachte an ein paar Stellen, dass das Thema „Förderung“ zu sehr im Vordergrund steht. Wir müssen diese Förderung so einsetzen, dass sie langfristig wirksam wird. Das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt. Wir kommen derzeit aus der Bioökonomie heraus mit der Finanzwirtschaft ins Gespräch, um nachhaltige Investitionen in der Region voranzutreiben.

Die letzte Frage bezog sich auf eine mögliche stärkere Nachfrage. Ja, wir sehen mehr Nachfrage in Richtung einer zirkulären Rohstoffnutzung. Wir sehen aber auch erhebliche Nachfrage von Finanzwirtschaft, die in realwirtschaftliche Kreislaufwirtschaft investieren möchte und dort die richtigen Formate sucht. Das ist sicherlich ein Thema, bei dem wir uns als Rheinisches Revier noch einmal richtig aufstellen können und müssen, weil wir in dieser Region die Möglichkeit haben, das zu positionieren.

Das führt zur Antwort auf die Frage von Frau Brems bezüglich des Zeitpunktes. Ich gehe davon aus, dass wir im Laufe dieses Jahres schon entsprechende Investitionen sehen werden, durch die in der Region privatwirtschaftliche Investitionen in der

Bioökonomie umgesetzt werden. Es ist ohnehin schon eine ganze Reihe von Start-ups unterwegs. Wir haben einen Innovationspreis aus dem BioökonomieREVIER heraus vergeben, der sehr tolle Kreislaufwirtschaftsprojekte ausgezeichnet hat. Diese unterstützen wir natürlich weiter. Von daher sind wir dort nicht irgendwann unterwegs, sondern es passiert akut.

Wir haben im Rheinischen Revier ohnehin schon sehr intensive Landwirtschaft. Wir erzeugen durch die Bioökonomie keine zusätzliche Flächenkonkurrenz, sondern wir schaffen durchaus alternative Wertschöpfungsmöglichkeiten auch für Landwirte. Ich mache das an zwei oder drei Beispielen klar:

Wir haben hier inzwischen keine Zuckerrübenwüste mehr, sondern eine größere Vielfalt von Pflanzen, die hier angebaut wird. Das wird sicherlich in der Zukunft noch mehr werden. Auf den hervorragenden Böden, die wir hier haben, haben wir durchaus die Möglichkeit, ganz andere Pflanzen anzubauen, die eine nachhaltige Produktion ermöglichen.

Weitere Überlegungen zur Verbesserung der Flächennutzung wurden erfragt. Ich hatte kurz das Thema „Agro-Photovoltaik“ aufgezeigt. Wir kriegen zurzeit einen starken Druck auf die Fläche aus dem Bereich der Photovoltaik. Für den Aufbau von Photovoltaiksystemen möchte man natürlich PV-Flächen haben. Wir haben mit der Agro-Photovoltaik die Möglichkeit, bestimmte Kulturen auch unter der Photovoltaik zu betreiben und damit eine Art Doppelnutzung der Fläche vorzusehen. Das ist ein sehr interessantes System, das an vielen Stellen schon Interesse geweckt hat. Ich sehe gerade Herrn Eyll-Vetter auf dem Bildschirm: Wir sind gerade mit RWE dabei, größere Systeme zu konzeptionieren. Auch das wird hoffentlich im Laufe dieses oder nächsten Jahres in größerer Dimension sichtbar werden.

Die Mehrfachnutzung von Pflanzen ist auch ein Punkt bei der Flächenkonkurrenz. Die Kaskadennutzung ist ein essenzielles Thema in der Kreislaufwirtschaft: vom ursprünglichen Produkt über die Materialseite in den Kreislauf.

Sie haben sich gestern die „Modellfabrik Papier“ angeschaut. Dort haben wir einen prototypischen Sektor, der heute schon eine Recyclingquote von 75 % hat. Es sind immer noch 20 % Frischfaser erforderlich. Das ist das, was wir über die alternativen Faserprodukte schaffen wollen. Aber wir haben damit einen Sektor, der schon eine Quote von 75 % erreicht. Das ist eine einmalige Situation, die wir in Deutschland und Mitteleuropa haben und die den Sektor insgesamt auszeichnet. Das zeigt auf, wie man Kreislaufwirtschaft führen und mögliche Reststoffe daraus in andere Verwertungswege überführen kann. Da arbeiten wir zurzeit mit biotechnologischen Verfahren daran, entsprechende Reststoffe aufzuarbeiten und daraus höherwertige Produkte zu machen.

Dr. Stefanie Kesting (NEUMANN & ESSER GROUP [per Video zugeschaltet]): Ich danke für die Fragen. Das sind gute Fragen und genau diejenigen, die jetzt beantwortet werden müssen. Deswegen gehe ich gern systematisch darauf ein. Ich möchte vorausschicken, ich sammle viele Hintergründe und Argumentationen über mein persönliches LinkedIn-Profil. Für diejenigen, die etwas tiefer einsteigen wollen, sind dort viele

Videos zu dem Thema, die ich an anderer Stelle im Recycling- und CO₂-Bereich gemacht habe. Da wird das alles noch etwas näher ausgeführt.

Ich starte mit der sehr berechtigten Frage der AfD zu den CO₂-Einsparkosten. Ich möchte vorausschicken, dass es bei den Themen, über die ich gerade gesprochen habe, oftmals gar keine Alternative gibt, also die Umstellung eines Erdgasstoffstroms aus fossilem Erdgas ausschließlich über Wasserstoff möglich ist. Anderenfalls müsste man entweder die Produktion verlagern und aus der Region weggehen, um andere Konstellationen vorzufinden, oder über eine unfassbar teure Batterielösung – pauschal gesprochen – das Zehnfache an Dekarbonisierungskosten ansetzen.

Was ich anführe, betrifft Industrien, die sehr stark auf Hitzeprozesse, auf stoffstrombasierte, gasförmige Prozesse angewiesen sind, die sich nicht umsonst hier in der Region angesiedelt haben, weil mit Erdgas und Braunkohle früher Wärme erzeugt wurde. Es geht tatsächlich um die Frage: Kann die Industrie hierbleiben oder nicht? – Deswegen hatte ich das in der Präsentation so deutlich mit einem Blitzzeichen markiert.

Wasserstoff ist eine sehr effektive Lösung, um Gasstoffströme zu ersetzen. Es gibt jetzt einfach eine Transformationsphase. Damit komme ich zum zweiten Punkt, dem Verbesserungsbedarf. Das ist auch eine sehr gute Frage. Wir sind in einer Übergangsphase, in der die Technologie selbst im Prinzip komplett entwickelt ist. Das ist sowohl bei PEM-Elektrolysen als auch bei anderen Komponenten im Wasserstoffsystem als auch bei Nachfolgetechnologien wie der E-Fuels-Erzeugung und allen möglichen Anwendungen der Fall, die ein kleiner Baustein zur Dekarbonisierung sind. Das alles sind Bausteine der Dekarbonisierung und bringen unser Land in Richtung CO₂-Neutralität. Das bedeutet nicht, dass zum Beispiel die Elektromobilität außen vor gelassen werden sollte. Das bedeutet nicht, dass die anderen Biotech-Ströme oder das unberücksichtigt bleiben sollte, was Professor Schurr erläutert hat. Das sind alles komplementäre Themenbereiche. Man muss sich einfach vor Augen führen, dass die Dekarbonisierung nichts ist, bei dem wir unsere Gesellschaft morgen auf eine andere Technologie umstellen, und damit hat es sich. Die verschiedenen Prozesstechnologien, die gerade in NRW existieren, sind unheimlich komplex. Es gibt keinen One-fits-all-Approach. Man kann nicht einfach sagen, wir stellen überall Batterien hin. Dann fehlt in vielen Prozessen einfach das Gas.

Dabei möchte ich es belassen und auf den Verbesserungsbedarf eingehen. Das Thema möchte ich zweiteilen. Es gibt auf jeden Fall einen starken Verbesserungsbedarf in der Planungsphase der Vielzahl der Projekte, die derzeit aus der Industrie heraus angestoßen werden. Es gibt sicherlich auch Verbesserungsbedarf im Betrieb.

In meinen Vortrag habe ich das Thema „Fördermittel“ bewusst eingestreut. Ehrlich gesagt, kommen die Fördermittelthemen nicht zuvorderst aus der Industrie selbst, sondern sie sind der Tatsache geschuldet, dass europaweit, bundesweit und natürlich auch auf Landesebene im Rheinischen Revier wirklich enorme und unbekannt große Größenordnungen an Fördersummen in Milliardenhöhe kommuniziert sind. Dem ist geschuldet, dass diese Fördergelder, die ich in dem Fall für sehr sinnvoll halte, dort eingesetzt werden, wo Technologien fertig sind und nun zur Umsetzung kommen, sodass es zu einer Kostendegression kommen kann.

Was heißt das konkret? Wenn sich ein Unternehmen im Prinzip schon entschieden hat zu investieren, hängt es oft an kleineren Beträgen. Ich nenne ein Beispiel: Ein Kunde investiert 5 Millionen Euro in eine Wasserstoffanlage und bekommt dafür 2 Millionen Euro an Fördermitteln. Dann übersteigen die 15-jährigen Betriebskosten diesen Betrag bei Weitem. Die Kapitalkosten sind nicht der Löwenanteil der Kosten. Die Strombeschaffung aus hundertprozentig erneuerbarer Energie ist nicht billig. Die wird in dem Fall auch nicht groß subventioniert, sondern den Strom muss man einfach für den sehr, sehr hohen Preis nach dem Motto „friss oder stirb“ bestellen. Dieser Preis enthält Steuern, Abgaben, die EEG-Umlage usw.

Meine erste Forderung ist daher: Wenn Unternehmen in eine hocheffizient ausgelegte Anlage investieren – in dem Fall geht es um Wasserstoff, es kann aber auch etwas anderes sein –, dann ist es ganz wichtig, sie nicht zehnfach von allen Seiten weiter zu besteuern. Dann funktioniert es nicht, und dann nützt keine anteilige Kapitalkostenpufferung. Die Erneuerbaren dürfen für solche Lösungen nicht noch teurer gemacht werden als sie eh schon sind. Wasserstoff führt ja dazu, dass man den CO₂-Ausstoß teilweise sogar auf null herunterbringt. Es ist eine Farce, diejenigen noch dafür zu bestrafen und beispielsweise eine zusätzliche EEG-Umlage auf die Eingangswindenergie zu legen. Projekte, die rein zur Dekarbonisierung dienen, dürfen nicht durch die Beschaffung der erneuerbaren Energie bestraft werden.

Ich verstehe aus einer allgemeinen politischen Sicht, dass man aufpassen muss, dass Stromquellen nicht mit Nachfragen aus Elektrolyseuren, aus Wasserstofferzeugung etc. überrollt werden dürfen. Diese Logik verstehe ich. Ich bin aber nicht nur Betriebswirtin, sondern auch Volkswirtin. Wir gehen mit riesigen Schritten auf 2030 zu. Dann muss man sich fragen: Was ist das Ziel? – Dann kann man die Erneuerbaren nicht beschränken. Deswegen habe ich eine zweite Forderung. Im Augenblick steuert die Debatte stark in die Richtung, dass Wasserstoffanlagen nicht Vollzeit betrieben werden dürfen, sondern nur zu zwei Drittel der Jahresnutzungsstunden. Das darf wirklich nicht passieren. Wer sich mit Kraftwerken auskennt – das ist meine Vergangenheit, ich war vorher lange Jahre bei E.ON und Uniper –, der weiß, eine Anlage, die Stoffströme produziert, muss durchlaufen. Ansonsten ist sie unfassbar teuer und geht schneller kaputt. Ständig müssen Ersatzteile ausgetauscht werden. Das ist einfach nicht wirtschaftlich.

Wir könnten einen Großteil der Fördermittel einsparen, wenn wir sicherstellen, dass es keine Beschränkungen darin gibt, dass die Wasserstoffproduktionsanlage unter Volllast durchlaufen darf.

Die nächste Forderung lautet, die erneuerbaren Energien dürfen dafür nicht beschränkt werden. Die Elektrolyseure müssen in Vollzeit und unter Volllast mit erneuerbarer Energie versorgt werden dürfen. Ansonsten funktioniert das System nicht.

Die Betriebskosten sind deshalb so hoch, weil der Strompreis enorm hoch ist. Ja, Wasserstoffanlagen brauchen sehr viel Strom. Eine ganz wichtige Forderung ist, dass wir in Deutschland bei dem Thema vorangehen und sagen, Strom muss entweder über eine smarte Nutzung zur Verfügung gestellt werden, indem man über andere Tarife nachdenkt und günstigeren Strominput möglich macht, oder der Strom ist im Notfall nicht erneuerbar, dann wird man dafür aber nicht hundertfach besteuert. Dann müsste

man sagen, ganz zur Not, wenn erneuerbarer Strom – aus welchen Gründen auch immer – mal nicht da ist, kann man aufs Netz zurückgreifen, muss dann aber nicht die volle EEG-Umlage und alle Steuern bezahlen, sodass die Kosten so hoch sind wie für einen privaten Verbraucher.

Gefragt wurde, in welchem Ausmaß die gestiegenen Energiekosten den Mittelstand belasten. Natürlich hat es ganz starke Auswirkungen gehabt. Wenn auf Wasserstoff umgestellt wird, ist das Thema nicht erledigt. Im Gegenteil. Je teurer die Energiekosten werden, je teurer die Stromgestehungs- oder -beschaffungskosten sind, desto schwieriger wird es natürlich, stromintensive Produktionsprozesse am Laufen zu halten. Deswegen glaube ich, ein Schlüssel liegt darin, aufzupassen, dass die Strompreise in NRW und in Deutschland insgesamt nicht durch die Decke gehen. Der Strompreis besteht aus so vielen Komponenten, dass man das nicht in fünf Minuten abhandeln kann. Aber es ist wichtig, dass die Industrie keine Preise bezahlt wie eine Privatperson, dadurch Löcher in Millionenhöhe in die Investmentmittel gerissen werden und die Unternehmen keine Möglichkeit mehr haben, auf CO₂-Neutralität umzustellen.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Ein Produktionsfaktor ist mir bisher zu kurz gekommen. Herr Professor Schurr, es geht um den Produktionsfaktor Arbeit. Haben Sie eine Vorstellung, wie die Qualifikation, wie das Beschäftigungsprofil künftig bei Ihren Projekten sein soll? Wir versprechen den Menschen im Rheinischen Revier, dass neue gute Arbeitsplätze entstehen werden. Aber wir sind uns darüber im Klaren, dass das derzeit existierende Arbeitsplatzangebot im Rheinischen Revier ein anderes ist als das, was wir künftig brauchen. Welche Beschäftigungsprofile würden bei Ihren Projekten entstehen? Ist es wirklich so, dass wir die Menschen, die wir im Rheinischen Revier haben, wieder mit neuen guten Arbeitsplätzen versorgen können?

Prof. Ulrich Schurr (Forschungszentrum Jülich [per Video zugeschaltet]): Darauf bin ich nicht eingegangen. Wir sind im Rahmen des BioökonomieREVIERS Partnerschaften mit Ausbildungseinrichtungen eingegangen, die keine akademischen, sondern betriebliche Ausbildungen anbieten. Das ist ein Projekt, das wir im Laufe des letzten Jahres angestoßen haben. Wir arbeiten dabei mit Berufsschulen und Trainingscentern zusammen, um das Thema „Bioökonomie“ direkt in die berufliche Ausbildung einzubauen.

Wir haben heute schon im landwirtschaftlichen, aber auch im verarbeitenden Bereich Arbeitsplatzmöglichkeiten, bei denen wir die Arbeitsplätze gar nicht besetzen können. Von daher ist die mit einer Studie abgedeckte Aussage nachvollziehbar, dass wir auch in den Niederqualifikationsbereichen durchaus Arbeitsplätze im Bereich der Bioökonomie generieren können. – Ich habe Herrn Schröder die Präsentation zugeleitet, nach der ich in meinen Eingangsausführungen vorgegangen bin. Die bekommen Sie. – Zum Ausbildungsthema gibt es noch einen größeren Aufschlag. Wenn das jemanden interessiert, bin ich gern bereit, dazu zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal vorzutragen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Professor Schurr, für die Zuleitung der Präsentation. – Vielen Dank Ihnen beiden, auch für die Antworten auf die gestellten Nachfragen.

Nun trägt Herr Eyll-Vetter zum Thema „Ausstieg aus der Kohleverstromung – Chance und Herausforderung“ aus seiner Sicht vor. Zur gleichen Thematik spricht danach aus Arbeitnehmersicht Herr Schumacher. Über zukunftsfähige Arbeitsplätze haben wir vorhin unterwegs schon einiges von den Vortragenden aus ihrem jeweiligen Bereich gehört. – Herr Eyll-Vetter, bitte schön.

Michael Eyll-Vetter (RWE Power AG [per Video zugeschaltet]): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Ich freue mich, dass Sie sich Zeit nehmen, die Herausforderungen des Kohleausstiegs heute zu beraten und sich der Situation gestern und heute vor Ort anzunehmen.

(s. Anlage 3, Seite 1)

Ich werde gerne in Bezug auf das Unternehmen und sicherlich auch auf die Mitarbeiter darstellen – wobei darauf Herr Schumacher vertieft eingeht –, was wir tun, mich aber auch auf die Region kaprizieren. Ich habe eine Präsentation vorbereitet, die ich zügig durchgehen werde, weil wenig Zeit zur Verfügung steht und manches mehr der Erinnerung dient.

(s. Anlage 3, Seite 2)

Das Bild zeigt den vorgegebenen Rahmen. Der Gesetzgebungsprozess auf der Bundesebene und – ganz wichtig – die Leitentscheidung auf der Landesebene vom März letzten Jahres fixieren den Rahmen, den die Braunkohle geht, den Stilllegungspfad, den wir zuerst mit der Bundesregierung vereinbart haben und im öffentlich-rechtlichen Vertrag niedergeschrieben haben. Auf der Unternehmensebene ist das über einen Tarifvertrag zum Kohleausstieg abgesichert, der bis zum Jahr 2043 reicht. Es war von uns von Anfang an, als wir in Berlin in die Verhandlungen einstiegen, extrem wichtig, die Anpassungen sozialverträglich vornehmen zu können.

(s. Anlage 3, Seite 3)

Das Bild zeigt den Pfad, den wir gehen und auf dem wir uns schon befinden. Wenn Sie auf das Jahr 2025 schauen, bekommen Sie ein Gefühl dafür, wie schnell der Wandel jetzt ist. Diejenigen, die im Bus waren, standen heute Morgen an der Kreuzung vor dem Kraftwerk Neurath. Ich habe Ihnen die zwei 300-MW-Blöcke und die zwei 600-MW-Blöcke gezeigt. Dieser gesamte Altstandort Neurath wird bis auf die beiden BoA-Blöcke, die wir weiter rechts sehen konnten, Ende des Jahres der Geschichte angehören – zumindest, was die Stromproduktion angeht. Das skizziert ein bisschen die Herausforderung, vor der wir stehen. Wenn Sie die Schritte von 2020 bis 2025 sehen, erkennen Sie, dass in der Kraftwerkskapazität erhebliche Anpassungen erfolgen. Am Standort Weisweiler ist das analog. Hier werden die 300-MW-Blöcke bis 2025 auch außer Betrieb genommen.

Im Jahr 2030 gibt es dann nur noch die drei BoA-Blöcke: die zwei, die wir heute Morgen gesehen haben, und einen in Niederaußem sowie einen Block in der Sicherheits-

bereitschaft. Das, was ich hier zeige, ist Stand Kohleverstromungsbeendigungsgesetz und öffentlich-rechtlicher Vertrag und findet, auch was die Tagebaue angeht, seinen Niederschlag in der Leitentscheidung des Landes vom letzten Jahr.

Das Ganze hat immense Anpassungen in der Region zur Konsequenz, weil wir natürlich auch weniger investieren, weniger Beschäftigung bieten können und weniger Wertschöpfung in den Kommunen haben. Deswegen ist es umso dringender, dass man den Strukturwandel konzentriert und fokussiert angeht und neben der Frage, wo künftig Energie herkommt, auch die Frage beantwortet: Was passiert in der Region? – Sie ist sicherlich nicht monostrukturiert, und es hängt nicht alles an der Braunkohle. Aber die Braunkohle hat eben einen großen Effekt in der Wertschöpfung, vielleicht etwas anders als in der Lausitz oder in Mitteldeutschland, aber sie hat eine große Bedeutung. Wir haben vorher gehört, dass von der Energieerzeugung auch eine ganze Menge anderer Unternehmen abhängig ist. Das gilt nicht nur für den Kreis Heinsberg, sondern für die ganze Region.

(s. Anlage 3, Seite 4)

Ich skizziere kurz, was bei den Tagebauen ist. Das Bild zeigt den Tagebau Hambach. Wir haben heute Morgen an der Kante des Tagebaus gestanden, die sich im rechten oberen Quadranten dieses Bildes findet. Da ist das „Forum :terra nova“ bei der Stadt Elsdorf. Wir werden diesen Tagebau wegen des politisch beschlossenen Erhalts des Hambacher Forstes in Verbindung mit der Kraftwerksstilllegung deutlich frühzeitiger außer Betrieb nehmen. Dies bedeutet, dass die Ortschaft Morschenich nicht bergbaulich in Anspruch genommen werden muss. Die Umsiedlung von Manheim, die sich in dieser Ausbuchtung befindet, wird fortgeführt. Im Moment wird diskutiert, was die richtige Tagebaugrenze ist.

Das Ganze wird in einem Braunkohleplanverfahren behandelt. So ist das nach Landesplanungsgesetz in Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Da erfolgt der Interessenausgleich, der Abgleich der verschiedenen Belange. Wir hoffen, dass möglichst bald ein Konsens erzielt wird. Wir haben eine Vorhabensbeschreibung vorgelegt, die so aussieht wie das, was Sie hier sehen.

(s. Anlage 3, Seite 5)

Unter Umständen werden noch geringfügige Modifikationen erfolgen. Der von der Bezirksregierung im Auftrag des Braunkohlenausschusses beauftragte Gutachter hat noch einmal geprüft, ob man durch eine Absenkung der Fläche, die Sie in der Rekultivierung sehen – diese gelbe Fläche, das ist eine landwirtschaftliche Fläche, die hergestellt werden soll –, Massen im Bereich der sogenannten Manheimer Buch einsparen kann. Das Gutachten ist im Entwurf im Braunkohlenausschuss vorgestellt worden. Im Prinzip ist unsere Massenbilanz bestätigt worden. Im Detail wird es darum gehen, die Optimierungsansätze zu überprüfen und zu schauen, ob man da noch etwas besser machen kann. Auch wir wollen natürlich nicht die Landinanspruchnahme maximieren, sondern Ziel ist, eine ordentliche Wiedernutzbarmachung hinzubekommen, die den Anforderungen entspricht. Sie stellt im Übrigen in diesem rosa überdeckten Feld mehr als 200 ha landwirtschaftliche Fläche dar. Herr Professor Schurr hat schon angesprochen, Flächenknappheit ist in der Region ein Thema. Hochwertige landwirtschaft-

liche Böden, die wir in unseren Tagebauen herstellen, sind wichtig und werden gebraucht. Deswegen werden wir uns hier sehr konstruktiv in das Braunkohlenplanverfahren einbringen.

(s. Anlage 3, Seite 6)

Das Bild zeigt die Situation, die wir heute draußen gesehen haben. Wir haben in etwa im rechten Teil am Rand der grauen Fläche gestanden und gesehen, dass die Gewinnungssolen schon angepasst werden. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir schon die Abtreppung machen, um die Böschung, die auf eins zu drei, also steil, steht, auf eins zu fünf zu stellen. Das ist notwendig, um dauerhaft standsicher und für ein nur alle 500 Jahre vorkommendes Erdbeben gewappnet zu sein.

Im gelb hinterlegten Teil sehen Sie die Kippe. Sie erkennen das, was wir draußen schon an einzelnen Kipptrossen sahen – alles konnte man von dem Blickwinkel nicht sehen –, nämlich dass wir die Kippe abknicken und die Böschung anschütten. Wir verlagern im Prinzip den Böschungsfuß um 800 m in den Tagebau hinein, damit die Böschung dauerhaft standsicher ist und die Stadt Elsdorf Sicherheit für ihr Gemeindegebiet hat.

(s. Anlage 3, Seite 7)

Das Bild zeigt den Tagebau Garzweiler, wie er derzeit im Genehmigungsverfahren gemäß Leitentscheidung 2021 ist. In ihr wurde festgelegt, dass die Abstände an den Ortschaften zu vergrößern sind. Deshalb haben wir die Vorhabensbeschreibung aus dem Verfahren, die noch nach der Leitentscheidung 2016 erstellt wurde, überarbeitet. Das Ergebnis sehen Sie hier. Es ist im Arbeitskreis des Braunkohlenausschusses vorgestellt worden. Viele Dinge sind unverändert geblieben. Verändert ist die südliche Lage des östlichen Seeufers. Damit rücken wir weiter nach Osten.

(s. Anlage 3, Seite 8)

Damit ist kein Platz vorhanden, um eine Autobahn zwischen den Autobahnkreuzen Jackerath und Wanlo wiederherzustellen. Was man machen kann, ist, eine Landesstraße wie die hier eingezeichnete L19n herzustellen. So etwas ist bei dieser Planung möglich.

Wenn man darüber nachdenkt, den Abbau früher zu beenden, was sich aus dem Koalitionsvertrag des Bundes ableitet, dann würden Veränderungen wahrscheinlich an der im Wesentlich westlich der L19 bis zum Seeufer gelegenen Fläche erfolgen. Entscheidend ist, dass im Osten des Tagebaus dieses sogenannte östliche Restloch, von dem Sie manchmal in den Medien lesen, vollständig verfüllt wird.

(s. Anlage 3, Seite 9)

Das Bild zeigt den Tagebau Inden. Hier gibt es wenige Änderungen. Auch hier lassen wir über 100 Millionen Tonnen Kohle in der Erde. Die Optimierungen und Anpassungen des Wiedernutzbarmachungskonzeptes erfolgen nun zum einen im bergrechtlichen Abschlussbetriebsplanverfahren und zum anderen im Rahmenplan des Indelandes.

Das hört sich jetzt vielleicht alles unspektakulär an, aber man muss sehen, wir haben wenig Zeit. Auch der Tagebau Inden ist in wenigen Jahren beendet. 2029 dreht sich dort das letzte kohlefördernde Schaufelrad, weil dann der letzte Block im Kraftwerk Weisweiler außer Betrieb genommen wird. Wir müssen alle Planungen jetzt sozusagen im laufenden Betrieb anpassen. Das gilt im Moment für alle drei Tagebaue.

(s. Anlage 3, Seite 10)

Das Bild zeigt ein ganz wesentliches Thema, für das es ein separates Braunkohleplanverfahren gibt. Sie wissen wahrscheinlich, dass die Seen sowohl in Garzweiler als auch in Hambach und Inden am Ende mit Wasser befüllt werden. Für die Tagebaue Garzweiler und Hambach ist dies nur mit Wasser aus dem Rhein möglich. Der Tagebau Inden wird mit Wasser aus der Rur befüllt, während die beiden anderen größeren Tagebaue aus dem Rhein befüllt werden. Dazu gibt es eine landesplanerisch schon genehmigte Trasse von Dormagen nach Grevenbroich. Das sind im oberen Bereich die beiden Quadrate, die Sie auf dem Bild sehen. Sie bezeichnen Anfangs- und Endpunkt. Daran wollen wir die nach Hambach gehende Leitung anschließen.

Wir haben auf der Bereisung den „Speedway :terra nova“ überquert. Durch die fährt die Vorzugstrasse, die jetzt im Braunkohlenplanverfahren zu verifizieren und am Ende zu genehmigen ist. Wir hoffen, dass bis Ende nächsten Jahres Klarheit herrscht, so dass rechtzeitig im folgenden Genehmigungsverfahren die liegenschaftliche Freimachung und dann auch der Bau erfolgen können. Das ist eine Mammutaufgabe. Das sind, wie Sie sehen, sehr große Rohrleitungen zum Großteil mit einem Rohrdurchmesser von 2,20 m, weil so viel für den Tagebau Hambach gebraucht wird. Das Wasser wird nicht permanent entnommen. Bei niedrigen Wasserständen im Rhein wird selbstverständlich weniger entnommen und nicht so viel, aber es müssen solche Dimensionierungen sein, um die Vorgaben aus der Leitentscheidung von 40 Jahren bzw. 60 Jahren – falls die Beschränkung bei der Rheinpegelabsenkung bei Niedrigwasser bestehen bleibt – einzuhalten. Die Jahresangaben beziehen sich auf die Befüllung des Tagebaus Hambach.

(s. Anlage 3, Seite 11)

Dieses Bild bezieht sich auf ein anderes Thema. Herr Minister Pinkwart, hier sehen Sie sich bei der Besichtigung der Fläche für die erste PV-Anlage. Bei RWE haben wir in der Vergangenheit eher PV-Anlagen in kleinem Maßstab gemacht. Wir sind mit der Schwester RWE Renewables dabei, PV-Anlagen großflächig unterzubringen. Eine erste Anlage, versehen mit einem 5-MW-Speicher, ist erfolgreich in der Innovationsauktion im letzten Jahr gewesen. Der Bau läuft; die Fertigstellung wird Mitte des Jahres sein. Hier nutzen wir Brachflächen. Wir nehmen, anders als sonst, kein Ackerland in Anspruch, sondern Brachflächen, die in einigen Jahrzehnten vom Seewasserspiegel erreicht werden. Aber solange kann man sie nutzen. Das ist noch ein vergleichsweise kleines Projekt im Tagebau Inden. Auf dem nächsten Bild sehen Sie die Folgeanlage.

(s. Anlage 3, Seite 12)

Der erste Pilot hat direkt Nachfolger. Wir haben in Garzweiler zwei Anlagen – eine in Garzweiler und eine in Jackerath – in die Auktion mit Batteriespeichern gebracht. Bei den Innovationsausschreibungen sagen wir fixe Marktprämien für Solarstrom zu. Wir

haben damit eine gute Planbarkeit. Im Sommer dieses Jahres, wenn die Baugenehmigungsverfahren durchgeführt worden sind, wollen wir mit dem Bau beginnen können. In Betrieb gehen wollen wir damit Anfang nächsten Jahres. Das ist insofern planerisches Neuland, weil wir im Übergangsbereich zwischen Bergrecht und kommunaler Planungshoheit sind. Mit Unterstützung vieler zuständiger Stellen haben wir aber gute Wege gefunden, sodass wir hier auf einem guten Weg sind.

Natürlich ist das Thema „Wind“ in der Rekultivierung des Tagebaus ein großes. Als Beispiel sehen Sie hier die Fundamente eines großen Windrads mit fast 6 MW im Windpark Bedburg an der A 44. Wir wollen fünf solcher Anlagen bauen. Wenn ich „wir“ sage, dann machen wir von RWE das zu 51 % und die Stadt Bedburg in dem Fall zu 49 %. Das ist ein Vorhaben, das die Kommunen gerne mitmachen, weil sie günstig Geld aufnehmen und mit den danach fließenden Einnahmen den kommunalen Haushalt effektiv unterstützen können.

(s. Anlage 3, Seite 13)

Das Bild zeigt ein paar andere Ansätze, mit denen wir noch unterwegs sind. Ganz große Flächen haben wir natürlich im Tagebau Hambach, wenn die Manheimer Bucht ausgebaggert ist. Das ist sukzessive ab 2024 der Fall. Komplett haben wir ab 2030 für mehrere Jahrzehnte große Flächen, auf die man wirklich viel Photovoltaik aufbringen kann. Vielleicht kann man sogar Windanlagen hineinsetzen. Das ist zwar 40 m tiefer als das umgebende Gelände, aber Windenergieanlagen werden immer größer. Klar, man muss sozusagen 40 m umsonst bauen. Aber wenn man einen Standort hat, um konfliktarm Windverhältnisse ausnutzen zu können, ist das auch was wert. Am Knapsacker Hügel im Stadtgebiet Hürth sind wir ebenso unterwegs wie in Dormagen und an weiteren Stellen.

(s. Anlage 3, Seite 14)

Das Bild zeigt ein ganz anderes Feld. Den Knapsacker Hügel in Hürth habe ich gerade schon angesprochen. Das ist ein Industriestandort. Direkt daneben existiert ein großer Chemiepark. Wir sind dabei, über die Zeit, die auf Braunkohlebasis funktionierende Energieerzeugung an dem Standort umzustellen. Wir haben eine Biomasseanlage, die in Kürze in Betrieb genommen wird. Wir haben eine Klärschlamm-trocknungsanlage. Wir haben von der zuständigen Behörde den vorzeitigen Baubeginn genehmigt bekommen. In diesem Jahr erwarten wir die Gesamtgenehmigung, sodass wir mit einer Klärschlamm-trocknungsanlage natürlich auch in der Klärschlammverbrennung noch mal erhebliche Effizienzpotenziale nutzen können.

Wenn die Braunkohle irgendwann nicht mehr da ist, wird die jetzt in großem Stil durchgeführte Klärschlammverbrennung nicht mehr möglich sein. Ein ganz großer Teil des Klärschlammes in Nordrhein-Westfalen wird in Kohlekraftwerken, insbesondere in Braunkohlekraftwerken, mitverbrannt. Das geht demnächst nicht mehr, weil es die Braunkohlekraftwerke dann nicht mehr gibt. Außerdem gibt es Anforderungen, ab 2029 den Phosphor aus der Asche rückzugewinnen. Auch dies ist in einer Monoverbrennung besser machbar. Deswegen wollen wir hier in großem Stil investieren. Mit dem Genehmigungsverfahren sind wir an den Start gegangen. Im Stadtrat Hürth haben wir die Dinge im Stadtrat erläutert und hoffen, dass wir bald zum Bauen kommen.

Das ist ein guter Standort mit einer hohen Akzeptanz vor Ort, wenn man die Dinge alle vernünftig angeht.

(s. Anlage 3, Seite 15)

Hier sehen Sie den Standort Weisweiler. Geothermie ist auch ein Zukunftsfeld zur Energiegewinnung. Das wollen wir mit Fraunhofer gemeinsam untersuchen.

(s. Anlage 3, Seite 16)

Am Brikettier-Standort Wachtberg werden 400 der 500 Arbeitsplätze mit dem Ende der Brikettierung Ende des Jahres entfallen. Hier prüfen wir mit den Kölner Verkehrs-Betrieben, wie man diesen Standort unter Umständen für die Instandsetzung von Zügen in Kombination mit der Hauptwerkstatt nutzen kann. Die älteren Mitarbeiter können den Weg über das APG-Geld gehen. Wichtig ist, den Jüngeren und der Region eine Perspektive aufzuzeigen, dass Produktion mitten im Revier weitergeht.

(s. Anlage 3, Seite 17)

Das Bild zeigt den Auslaufpfad der Kraftwerke. Wir haben heute Morgen ausführlich über Frimmersdorf gesprochen. Die Kraftwerke werden irgendwann alle für Folgenutzungen zur Verfügung stehen. Bei den Folgenutzungen würden wir uns natürlich wünschen, dass die Standorte nicht alle zu Landesmuseen werden, sondern dass tatsächlich ... (*akustisch unverständlich*) entstehen, man für die 600 m lange marode Maschinenhalle des sehr großen Kraftwerks Frimmersdorf noch einen Kompromiss findet und die Denkmalanforderungen auf ein regionalverträgliches Maß herunterschraubt, so dass man Industrieansiedlungen, Gewerbeansiedlungen oder anderes machen kann.

(s. Anlage 3, Seite 18)

Auf den Koalitionsvertrag möchte ich nicht lange eingehen. Für die Tagebaue besteht die besondere Herausforderung, dass man mit dem dritten Umsiedlungsabschnitt, der in der Leitentscheidung eine große Rolle spielte, einen Punkt gesetzt hat. Ende 2022 wird eine Überprüfung erfolgen. Die anderen energiepolitischen Punkte überspringe ich.

(s. Anlage 3, Seite 19)

Fazit: Ich wollte deutlich machen, dass wir die Herausforderungen der Energiewende annehmen, die Energiewende unterstützen, uns nicht querstellen und uns nicht beleidigt in eine Ecke stellen. Nach meiner Wahrnehmung tun das weder das Unternehmen noch die Kolleginnen und Kollegen in all den Betrieben, auch wenn es schwer ist, in unserem Leistungsbetrieb wie Hambach. Gleichwohl ist es natürlich schwer, wenn alle, die auf den guten Tagebau mit der guten Rekultivierung getrimmt waren, ein so schnelles Herunterfahren sehen. Wir machen das, wir nehmen das an. Wir passen die Betriebe an.

Wir machen auch für Garzweiler eine Alternativplanung für den Fall, dass der dritte Umsiedlungsabschnitt bestehen bleibt. Dazu sind wir vom Braunkohlenausschuss aufgefordert worden. Diese Planung werden wir im Herbst dieses Jahres vorlegen. Für uns ist das A und O, dass die hochwertige und vielfältige Wiedernutzbarmachung, die wir in der Vergangenheit mit Biodiversität und Möglichkeiten der Bioökonomie hatten,

erhalten wird. Wir wollen keine Flächen herstellen, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, sondern wir wollen weiter hochwertig rekultivieren.

Der Bau der Rheinwassertransportleitung ist eine zeitliche Herausforderung. Die Frage ist natürlich, wie viel Wasser wir aus dem Rhein entnehmen können.

Den Strukturwandel wollen wir an vielen Stellen mit vielen Projekten, die ich jetzt nicht alle vorstellen konnte, unterstützen.

Wie bei den Vorrednern ist natürlich auch für uns wichtig: Planungen und Genehmigungen müssen enorm beschleunigt werden, um Rechtsicherheit zu schaffen. Deswegen sind wir dankbar, dass die Kapazitäten der Behörden schon spürbar aufgestockt wurden. Das gilt insbesondere für die Bezirksregierungen Arnsberg und Köln. Dort laufen sehr viele Genehmigungsverfahren. Aber es bleibt eine riesige Herausforderung für alle. Wir nehmen sie an und hoffen, dass wir das Revier in eine gute Zukunft auch für die Menschen in der Region führen. – Glück auf!

Dirk Schumacher (RWE Power AG, Betriebsrat): Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Damen und Herren! Herzliches Glückauf! Wir haben natürlich versucht, unsere Arbeitsplätze in der Kohle zu retten. Wir haben eine inhaltlich gute Diskussion geführt und diese auch auf die Straße gebracht. Nachdem über das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz Klarheit geschaffen wurde, wie wir weitergehen, haben wir in dem Unternehmen einen ganz demokratischen Prozess umgesetzt. Das möchte ich hier erwähnen, weil das tatsächlich erwähnenswert ist. Wir haben uns dem untergeordnet, was mehrheitlich gesellschaftlicher Wille war und in eine politische Entscheidung gemündet ist.

Für mich persönlich und für alle anderen Betriebsräte war zunächst mal ein großes Vakuum zu füllen. Wir haben zu den landes-, kommunal- und bundespolitischen Akteuren immer die Gespräche aufrechterhalten, dann aber natürlich den Blick nach innen gewendet und uns gefragt: Wie verarbeiten wir das? Wie gehen wir damit um?

Über das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz hatten wir einen eindeutigen Auftrag. Die Gewerkschaften IG BCE und ver.di haben uns einige Aufgaben ins Heft geschrieben, die wir umsetzen mussten. Diese haben wir auch erledigt. Ich selbst durfte den Tarifvertrag zum Kohleausstieg mitverhandeln. Ich muss sagen, da hatten wir ein sehr sozialpartnerschaftliches Verhältnis mit dem Unternehmen: eine gute Mitbestimmungskultur und einen entsprechenden sozialpartnerschaftlichen Umgang. – Wir haben Regelwerke geschaffen, die diesen Ausstieg begleiten.

Zwei Säulen möchte ich beschreiben. Das eine ist die Säule des sozialverträglichen Personalabbaus. Wir müssen natürlich damit umgehen. Das ist für uns Betriebsräte das Hauptbetätigungsfeld. Es gilt, das Augenmerk auf die jungen Mitarbeiter zu legen, die nicht APG-fähig sind. Aus Unternehmenssicht betrifft das die Jahrgänge 1985 und älter. Wir haben viele, viele gute Dinge in den Tarifvertrag aufgenommen. Wir konnten davon profitieren, dass wir im Vorfeld Rücksprache mit den Betriebsratskollegen aus der Deutschen Steinkohle genommen haben und wir Fehler, die dort vielleicht gemacht worden sind, tarifvertraglich ausmerzen konnten. Der Weg ist noch weit.

Ich sage immer, ein Betrieb und Unternehmen ist auch immer ein gesellschaftlicher Schnitt. Man hat da unterschiedliche Tendenzen. Gerade wir Betriebsräte, aber auch die Führungskräfte und Vorstände des Unternehmens haben ein hohes Interesse am Vorankommen bzw. daran, Ruhe im Betrieb zu halten. Bei den Auseinandersetzungen im Hambacher Forst wird das Gemüt der Mitarbeiter stark strapaziert. Man entwickelt als Arbeitnehmer ein gewisses Rechtsverständnis und hat gewisse Logiken, mit denen man sich auseinandersetzt. Viele Dinge sind schwer nachzuvollziehen. Das gilt gerade auch für Lützerath.

Aus Sicht der Arbeitnehmer ist man natürlich auf die Vollzugshilfe der Politik bzw. die Umsetzungskräfte angewiesen. In den Betrieben kommt schon eine gewisse Stimmung auf. Da bin ich zuallererst Gewerkschafter und Demokrat und sehe mich in der Pflicht, zu versuchen, einen ausgewogenen Mix zu erreichen bzw. das Ganze so in einer inhaltlichen Diskussion zu halten, dass es nicht auseinanderläuft. Da bin ich ganz ehrlich. Da haben wir Mühe, aber das gehört dazu. In den ostdeutschen Revieren ist das noch viel extremer. An dieser Stelle will ich auch mal verdeutlichen, so ein Betrieb ist immer ein gesellschaftlicher Schnitt.

Jetzt kommt die nächste Herausforderung, die schon vor der Bundestagswahl abzu-sehen war. Die nächste Herausforderung ist, dass die eine oder andere Partei in ihrem Regierungsprogramm einen vorzeitigen Kohleausstieg fordert. Wir haben natürlich die Gefahren gesehen. Ich glaube, wir alle können greifen, wie die gesellschaftliche Meinung in diesem Land ist, welchen gesellschaftlichen Mainstream wir haben. Ich lasse extra die ganzen industriepolitischen Zusammenhänge bzw. die physikalischen Herausforderungen weg. Relativ schnell war uns klar: das wackelt. – Jetzt haben wir einen Koalitionsvertrag, in dem „idealerweise“ steht. Wenn ich zu Hause „idealerweise“ sage, ist der Interpretationsspielraum extrem groß. Das sorgt natürlich für Unruhe, und zwar dahingehend, dass wir wieder diese zwei Säulen bedienen müssen.

Einen Pflock, den wir setzen möchten und für den ich hier einen großen Appell äußern möchte, ist das, was wir mit der APG-Berechtigung formuliert und dadurch Sicherheit bis zum Jahr 2043 gesetzt haben. Daran setzt unsere Personalplanung an. Das müssen wir halten können. Ich verstehe die Ministerien auf Bundesebene, dass sie so stringent agieren müssen. Aber die Anlassbezogenheit gibt uns einen extremen Rahmen in der Personalplanung.

Viel, viel wichtiger ist aber die zweite Säule. Wir haben uns in dem Tarifvertrag gewisse Zeitszenarien überlegt. So ähnlich, wie die Haltepunkte zum Kohleausstieg für 2038 formuliert waren, wollten wir im Jahr 2026 einen paritätischen Beirat in unserem Unternehmen besetzen, in dem Mitbestimmung und Arbeitgeberseite vertreten sind, um das abzubilden, was wir im Tarifvertrag ausformuliert haben: Wie gehen wir mit den jungen Leuten um? Von Arbeit in Arbeit. Qualifikation. – 2038 gibt es vielleicht Berufsbilder, die es heute gibt, nicht mehr.

Jetzt kommt die Frage des vorzeitigen Kohleausstiegs idealerweise im Jahr 2030. Meine persönliche Einschätzung ist: 2030 ist extrem ambitioniert. – Damit man sich damit auseinandersetzt, sage ich den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, es wird wesentlich früher als 2038 sein. Dann kommt direkt die Frage: Wie gehen wir weiter damit um?

Die zweite Säule sind wieder die jungen Leute. Stichwort „Von Arbeit in Arbeit“. Ich denke, es ist ein wichtiger Fakt für die Politik, dass das funktioniert. Nehmen wir 2030 an, damit wir mit den Zahlen spielen können. Dann muss das Unternehmen gewährleisten, dass wir bis 2030 betriebsfähig sind und bleiben und Versorgungssicherheit gegeben ist. Der Begriff ist in den letzten Jahren ein bisschen aus der Diskussion verschwunden. Die EU hat ihn jetzt wieder aufgenommen. Das ist und bleibt wichtig. Wir müssen es schaffen, die jungen Leute zu halten. Wir müssen attraktiv bleiben, Perspektiven und Rahmen für sie setzen, damit sie Sicherheit haben und uns nicht verlassen. Das passiert natürlich. Das ist ein Fakt. Die Attraktivität bis 2030 zu gestalten, ist aber nur ein kleiner Baustein.

Den paritätischen Beirat, den ich gerade erwähnt habe, werden wir vorziehen. Sobald Ende 2022 ein definiertes Datum des weiteren Kohleausstiegs formuliert ist, werden wir uns direkt mit dem Beirat zusammensetzen müssen, um Verbindlichkeit zu schaffen. Wir müssen Verbindlichkeit für die jungen Leute schaffen, und wir müssen über die Demografie abbilden können: Wie halten wir die jungen Leute bis 2030? Welche Anschlussmöglichkeiten in weitere gute und qualifizierte Arbeit bringen wir? – Ich sage ganz ehrlich, da spreche ich natürlich zuallererst als Gewerkschafter. Das, was wir in dem Unternehmen RWE haben, ist Gute Arbeit. Die ist über den DGB definiert. Ich nenne nur meine Position, Mitbestimmung. Wir haben sehr gute Tarifverträge. So, wie Mitarbeiter und Führungskräfte miteinander umgehen, ist das schon sehr vorbildlich, denke ich.

Die Arbeitsplätze fallen weg; das darf man nicht wegdiskutieren. Aber wir wollen Gute Arbeit erhalten. Das ist aus Gewerkschaftsseite wichtig. Deswegen war Ihre Frage sehr wichtig: Was ist das für eine Arbeit? In welchem Qualifikationsprofil liegt sie? – Vordergründig müssen wir aber zuerst nach innen schauen. Wir wollen den jungen Leuten Antworten und Perspektiven geben. Ich denke, da hat die Politik eine hohe Verantwortung. Schon bevor der Kohleausstieg formuliert war, haben wir gesagt, das Unternehmen RWE muss im Revier sichtbar bleiben, muss da sein, muss Arbeitsplätze bilden. Ich selbst komme aus der Hauptwerkstatt und sage den Kollegen immer mit Blick auf die Zukunft: Wir können nicht nur Bagger und Kraftwerke reparieren. Wir können viel, viel mehr. Wir sind hochqualifizierte Facharbeiter, und wir können mit Sicherheit einiges an Know-how weitergeben.

Einer der Ministerpräsidenten in den ostdeutschen Revieren hat von einem Innovationszentrum gesprochen. Das wäre so eine visionäre Option. Man könnte sagen, gewisse Arbeit halten wir. Die Zusammenarbeit mit der KVB, die Herr Eyll-Vetter dargestellt hat, sind kleine Pflänzchen, aber an diesen Dingen müssen wir weiterarbeiten. Wir müssen den betrieblichen Frieden wahren und die Verantwortung für die jungen Leute übernehmen. Das ist eine große Aufgabe für dieses Haus, für diesen Landtag. Ich werbe dafür, dass man uns dahingehend unterstützt. Die Mitbestimmung in dem Unternehmen ist sehr, sehr gut aufgestellt. Ich würde das immer als sehr sozialpartnerschaftliches Miteinander in diesem Unternehmen beschreiben. Aber es geht natürlich über die Grenzen des Unternehmens hinaus. Unseren Vorstandsvorsitzenden, Herrn Krebber, habe ich schon in die Pflicht genommen. Ich habe ihn konkret mit den Ängsten der jungen Leute konfrontiert und im Zusammenhang mit dem in Rede

stehenden Investitionsvolumen von 10 bis 15 Milliarden Euro gefragt: Was kommt hier im Rheinischen Revier von diesen 10 bis 15 Milliarden Euro an?

Er hat mir klargemacht, es ist bestenfalls der größte Teil, sodass wir die Kraftwerkstandorte nutzen können. Die sind natürlich nicht so personalintensiv wie die Braunkohleförderung, aber das wären Brücken. Für mich als Betriebsrat und Mitbestimmer wäre der Weg von Arbeit in Arbeit innerhalb des Unternehmens das Optimale. Aber ich sehe natürlich, dass das Spektrum viel breiter sein muss. Zum Teil kommt uns der Facharbeitermangel entgegen. Das gilt aber auch für die hohe Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Appell geht nach innen zum Unternehmen, aber auch nach draußen. In der Chemie- oder in der Automobilbranche haben wir größere Unternehmen, aber die KMU in NRW sind auch sehr gut aufgestellt. Da müssen wir eine Brücke schlagen. Das wäre mein Appell konkret an Sie. Wir als Mitbestimmung bieten uns sehr, sehr gerne an. Wir kennen die Prozesse, die innerhalb des Unternehmens laufen, sehr gut.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Schumacher, für Ihre Sichtweise und die Darstellung Ihrer Auffassung zu dem Thema. – Ich habe zwei Wortmeldungen. Kollege Brockes von der FDP, danach Frau Kollegin Brems von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, meine Herren, für Ihre Ausführungen. Herr Schumacher, ich möchte Ihnen und Ihren Kollegen vom Betriebsrat Respekt für die Arbeit zollen, die Sie leisten. Sie nehmen die Mitarbeiter auf diesem schwierigen Weg mit und berufen sich auf das demokratische Prinzip. Sie lassen sich nicht dazu verleiten, Konflikte anders auszutragen. Dieser schwierige Prozess, den Sie dort managen, würde in anderen Ländern vielleicht ganz anders aussehen und, um es ganz deutlich zu sagen, vielleicht sogar in Krawallen und anderem auf der Straße deutlich werden. Deshalb habe ich allergrößten Respekt für die Arbeit, die Sie leisten. Ich kann für unsere Fraktion sagen, auch bei der Gestaltung des weiteren Prozesses haben Sie unsere volle Unterstützung. Das ist ein sehr, sehr schwieriger Weg, und er geht zulasten der Beschäftigten. Deshalb ist es für mich ganz wichtig, dass wir das weiterhin im Auge behalten.

Herr Eyll-Vetter, herzlichen Dank für die Präsentation und die von Ihnen aufgezeigten Perspektiven. Ich möchte den Fokus auf zwei Punkte legen, die in der Debatte sonst nicht unbedingt im Mittelpunkt stehen. Das ist zum einen die Anbindung an den Rhein, die Wasserversorgung. Gerade für den Naturschutzpark Schwalm-Nette ist von essenzieller Bedeutung, dass wir auch künftig die Wasserversorgung sicherstellen. Wir müssen als Politik darauf achten, dass die Anpassung bis 2030 erfolgt, um den Naturpark Schwalm-Nette nicht trockenzulegen. Die Diskussion verfolge ich seit den 1980er-Jahren. Sie hat mich die ganze politische Zeit begleitet. Insofern ist das ein wichtiger Punkt, den wir weiterhin im Auge behalten müssen.

An einem Punkt musste ich deutlich schlucken; denn in Ihrer Präsentation ist für mich zum ersten Mal deutlich geworden, dass die A 61 für immer gekappt werden soll. Ich weiß, dass das im Raum stand. Aber in der Deutlichkeit, mit der Sie das gesagt haben,

habe ich das noch nicht verfolgt. Das ist ein Punkt, den ich nicht unwidersprochen stehen lassen kann; denn die A 61 ist eine national und darüber hinaus wichtige Nord-Süd-Verbindung, über die jeden Tag mehrere Zehntausend Lkw ihren Weg suchen. Allein unter Klimagesichtspunkten wäre es fatal, wenn dieser Umweg von 6 km, oder wie viel es ist, über die Tagebaunutzungszeit hinaus eingerechnet werden muss. Da sehe ich einen ökologischen, aber auch einen volkswirtschaftlichen Schaden, den Dritte zu tragen haben. Ich muss sagen, das kann ich in der Form nicht akzeptieren. Da würde ich noch mal das Gespräch suchen. Ich denke, das wird auch in einigen Regionen nördlich und südlich des Reviers noch zu Diskussionen führen.

Wibke Brems (GRÜNE): Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Ausführungen, Herr Schumacher. Sie haben so viele Themen angesprochen. Herr Fortmeier hat schon darauf hingewiesen, dass wir heute zeitlich leider etwas begrenzt sind. Deswegen kann ich nicht auf alles eingehen, was Sie angesprochen haben, möchte aber das Signal senden, gerne den Austausch an anderer Stelle fortzusetzen. Ihre Sorgen kann ich absolut nachvollziehen; ich bin aber zuversichtlich. Das, was auf Bundesebene im Koalitionsvertrag steht, ist natürlich eine Herausforderung. Wir können aber mit guten Perspektiven arbeiten. Wir müssen natürlich alle gemeinsam daran arbeiten. Dazu sind wir bereit und sollten den Austausch fortführen.

Mich hat eben die Klarheit Ihrer Aussagen zur A 61 überrascht. Sicherlich ist es aber richtig, endlich darüber zu diskutieren, damit Perspektiven klar werden.

An dieser Stelle möchte ich es dabei belassen und nur noch eine Frage an Sie stellen, Herr Eyll-Vetter. Mir sind da ein paar Zahlen durcheinandergeraten. Es geht um die Befüllung des Tagebaus Hambach. Heute Morgen war das schon kurz Thema im „Forum :terra nova“. Bisher hatte ich immer im Kopf, dass die Befüllung etwa 40 Jahre dauert. Sie haben von 60 Jahren gesprochen. Heute Morgen wurden auch 60 Jahre genannt, aber hinzugesetzt: vielleicht geht es auch schneller, nämlich in 40 Jahren. – Können Sie aufklären, wovon Sie ausgehen, bzw. von welchen Mengen Sie bisher ausgegangen sind und wie Sie zu den veränderten Zahlen kommen.

Christian Loose (AfD): Vielen Dank, Herr Schumacher und Herr Eyll-Vetter, für Ihre Ausführungen. Wir werden alles dafür tun, dass die Arbeitsplätze möglichst lange, also bis 2038, erhalten werden.

Sie sprachen von betrieblichem Frieden oder generell von Frieden und demokratischen Prozessen, Herr Schumacher. Ich bin in Gesprächen mit einigen Personen im Umfeld von Lützerath. Wie sind Ihre Einschätzungen bezüglich des Zugangs von RWE-Mitarbeitern in das Gebiet von Lützerath? Vielleicht kennen Sie die entsprechenden Vorfälle. Können Sie uns sagen, inwieweit der Zugang von Personen blockiert wird, die dort eigentlich nicht hingehören, inwieweit der Zugang von RWE-Mitarbeitern oder Sicherheitspersonal erschwert ist, und inwieweit das aus Ihrer Sicht noch zum demokratischen Prozess gehört?

Herr Eyll-Vetter, was ist der Grund dafür, dass die A 61 dort nicht gebaut wird? Ist das ein Masseproblem? Dadurch, dass der Tagebau in verschiedenen Bereichen verkleinert wird, kann es sein, dass die Masse nicht zur Verfügung steht und das Loch bleibt,

sodass dort keine Autobahn entstehen kann. Was sind die Gründe, warum die A 61 nicht kommen kann?

Dr. Patricia Peill (CDU): Auch ich danke im Namen meiner Fraktion beiden Vortragenden. – Herr Eyll-Vetter, Sie haben angedeutet, die 600 m lange Museumshalle sollte eigentlich für ein Flächenrecycling zur Verfügung stehen. Was können wir tun, um das zu unterstützen? Wir sehen das Recycling für Industrieflächen gerade in diesen Standorten als wahnsinnig wichtig an. Es wäre schwer zu verstehen, wenn das Ganze ein Museum würde.

Herr Schumacher, an Sie geht mein Dank. Sie sind immer zu einem Gespräch bereit, und Sie beziehen in all Ihre Gedanken die Partnerfirmen und die Zulieferer ein. Das ist für die ganze Region sehr, sehr wichtig, weil sie die Gesamtheit der Arbeitnehmer dort darstellen. Wir danken Ihnen sehr für dieses offene Ohr. Das geben wir gern zurück und sind immer zu Gesprächen bereit. Diese riesige Transformation ist spürbar sehr, sehr herausfordernd.

Ich habe herausgehört, dass das Gemüt der Mitarbeiter im Hambacher Forst immer noch extrem strapaziert wird. Das verurteilen wir zutiefst. Das ist für uns ein Thema, das eigentlich geregelt ist. Wir erwarten von den dort wohnenden Menschen, dass sie abziehen und nicht mehr weiter Mitarbeiter belästigen oder auch vandalisieren. In dem Zusammenhang bitte ich Sie, uns zu schildern, was Ihnen da so widerfährt.

Michael Eyll-Vetter (RWE Power AG [per Video zugeschaltet]): Das Thema „A 61“ ist mehrfach angesprochen worden. Es ist in der Tat so, wie Herr Loose gerade vermutet hat: Es ist eine Massenfrage. – Die Leitentscheidung des Landes aus dem vergangenen Jahr legt fest, dass die Abstände des Tagebaus vor den Ortschaften am Rand des Tagebaus – hier reden wir nicht von den Umsiedlungsdörfern, sondern den am Rand des Tagebaus gelegenen Ortschaften – auf 400 m bzw. 500 m vergrößert wird. Schon bei 400 m Abstand ist die Figur, die sich nach der Leitentscheidung 2016 im Braunkohlenplanverfahren befand, nicht mehr herstellbar, weil einfach Abraummassen fehlen.

Geht man auf 500 m, wie die Leitentscheidung dies fordert, wenn dies mit der Nutzbarmachung vereinbar ist, ist das noch ein bisschen mehr. Aber der Sprung ist schon bei 400 m vorhanden. Dadurch ändert sich also nichts. Deswegen haben wir frühzeitig darauf hingewiesen, dass sich im südlichen Bereich das östliche Seeufer verschieben wird. Das ist ein reines massendispositives Thema, weil dort – das ist der Bereich, wo sich im Tagebau Garzweiler der Bandsammelpunkt befindet – zuletzt verkippt wird.

Herr Brockes und andere haben die Klarheit angesprochen, mit der ich das gesagt habe. Auf der Übersicht stand nicht „nicht möglich“, sondern „kaum möglich“. Das ist in der Tat so. Das ist natürlich keine Entscheidung, die uns obliegt. Wir haben nicht darüber zu befinden, ob eine Autobahn wieder hergestellt wird oder nicht, sondern wir müssen nach der Leitentscheidung die Abbauplanung anpassen. Dazu haben wir der Bezirksregierung Köln bzw. dem Braunkohlenausschuss ein Konzept vorgelegt, das zeigt, eine Wiederherstellung der Autobahn ist kaum möglich, es sei denn, man würde sie parallel führen. Man kann aber unter Umständen durch einen Ausbau der A 46 im

Norden und der Anbindung an das Kreuz Wanlo noch Verbesserungen erzielen. Entscheiden tut dies am Ende natürlich die Autobahngesellschaft. Das ist keine Sache, zu der wir etwas sagen können. Wir können aufzeigen, wie die Wiedernutzbarmachung im Tagebau möglich ist. Die ist so, wie ich Sie Ihnen gezeigt hatte. Im Braunkohlenplanverfahren ist das natürlich unter Berücksichtigung der Variante abzuwägen, die wir noch zusätzlich prüfen: Was ist, wenn die Dörfer des dritten Umsiedlungsabschnittes stehenbleiben und nicht mehr in Anspruch genommen werden? Dann ist noch weniger Abraum da. Das heißt, in dem Bereich weiter nördlich ist wesentlich weniger Land westlich der A 44 herzustellen. Das ergibt sich aus der Massendisposition, weil die Massen dann eben nicht gewonnen werden. Das ist im Übrigen eine Frage, die das Land Nordrhein-Westfalen schon während des Leitentscheidungsprozesses erkannt hat und zu der man mit Berlin in den Austausch gegangen ist. Das ist gut und richtig, denke ich.

Rheinanbindung. Vielen Dank, Herr Brockes, dass Sie die rechtzeitige Fertigstellung unterstützen wollen. Frau Brems, Sie hatten Zahlen nachgefragt. Bisher ist in den Genehmigungsverfahren für die Rheinwassertransportleitung für den Tagebau Garzweiler von dem Rheinkommissar eine Absenkung in Höhe von 1 cm bei Niedrigwasser zugestanden worden. Dafür ist immer ein Pegel aus Düsseldorf relevant. Wenn man dies macht – das kann man in wasserwirtschaftliche Modelle eingeben –, ergibt sich, wenn das für beide Tagebaue bestehen bleibt, eine Befüllzeit von 60 Jahren. Würde man um 2 cm absenken, ist eine Befüllung in 40 Jahren möglich. Das ist der Hintergrund der Frage. Wir halten es, ebenso wie die Region, für deutlich besser, das in 40 Jahren zu machen und möglichst schnell der Region die Seenlandschaft zurückzugeben.

Frau Dr. Peill, Sie fragten, was man tun kann, um die Denkmalschutzdiskussion zu unterstützen. Wir sind hierzu in konstruktiven Gesprächen. Das hat Herr Hennemann heute Morgen im Bus dargestellt. Der Landschaftsverband Rheinland und das Rheinische Amt für Denkmalpflege sind involviert. Die untere Denkmalbehörde – in dem Fall die Stadt Grevenbroich – ist involviert, und wir sind es natürlich. Wir hoffen, dass hier eine Kompromisslösung gefunden wird. Herr Bürgermeister Krützen hatte vor Kurzem in der Zeitung geäußert, das als untere Denkmalbehörde in Kürze – spätestens bis Mitte des Jahres – zu einem Kompromiss zu führen.

Ein Hinwirken auf den Landschaftsverband, den Denkmalschutz mit Augenmaß zu betreiben ... Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, Denkmalschutz sei Blödsinn und solle man gar nicht machen. Aber man sollte ihn auf kleinere Bereiche begrenzen und nicht diese riesige Halle unter Denkmalschutz stellen. Sie haben heute gehört, dass da in Tausenden Fenstern asbestbelasteter Kitt ist, den man ersetzen müsste. Auch viele, viele andere Schäden gibt es, die das Land bekäme, um dieses Denkmal in eine glorreiche Zukunft zu führen. Ich glaube, das braucht die Region nicht. Besser wäre ein kleines Denkmal, an dem man sieht: Hier ist über Jahrzehnte Braunkohlennutzung betrieben worden. In der Größe sehen wir das äußerst skeptisch. Das ist wirtschaftlich auch nicht abbildbar.

Dirk Schumacher (RWE Power AG, Betriebsrat): Zur ersten Frage kann ich Ihnen leider nichts Konkretes sagen. Tatsächlich gibt es ein hohes Aggressionspotenzial von einer kleineren Gruppe. Das muss man eindeutig sagen. Um das Spannungsfeld noch mal darzustellen: Die Mitarbeiter unseres Unternehmens sind Bürger, die Steuern zahlen und morgens um 6 Uhr mit der Arbeit beginnen. Sie tragen zur Wertschöpfung in der Region bei. – Das Rechtsverständnis ist tatsächlich ein Stück weit ins Wanken gekommen. Da sind Leute, die durch illegale Aktionen ein Bauchgefühl im gesellschaftlichen Mainstream initiieren, das zu einer Entscheidung führt. Ich sage das ein bisschen plakativ. Das führt natürlich zu einem erheblichen Spannungsfeld: Die klettern auf die Bäume oder tanzen in der Ortschaft herum, und wir verlieren unsere Arbeitsplätze. – Das sorgt natürlich für extremen Unmut.

Dann zünden die einen zweite Stufe. Am Hambacher Forst ist klar nachweisbar, dass sich linksautonome Kräfte aus ganz Europa gesammelt und ihre Bootcamps abgehalten haben. Die greifen uns an. Das wichtigste Gut einer Demokratie ist die Unversehrtheit des Menschen. Sobald ein Mensch angegriffen wird, ist nach meiner Meinung eine Grenze überschritten. Dem muss man Einhalt gebieten. Die Mitarbeiter kritisieren das Unternehmen RWE da ganz hart und sagen: Wir haben einen Fehler im Hambacher Forst gemacht. Was passiert nun mit Lützerath? – Ich male jetzt schwarz-weiß, verallgemeinere und sage, die Politik achtet auf ihr Bauchgefühl und macht den Kopf frei. Dieser Eindruck darf nicht entstehen.

Wir werben vor Kommunalwahlen und Landtagswahlen aktiv in unseren Betriebsversammlungen dafür, dass die Leute ihr Wahlrecht wahrnehmen. Ich merke in den Diskussionen und Auseinandersetzungen, dass sich Verdrossenheit breit macht. Das darf auf gar keinen Fall passieren.

Mit den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen, die wir verhandelt haben, haben wir ein Gleichgewicht wieder hergestellt. Aber letztendlich bleibt was beim Arbeitnehmer, und, wie gesagt, ich bin Gewerkschafter, ich bin Demokrat: Das darf einfach nicht sein. Die Politik muss immer noch als Institution wahrgenommen werden, die Sicherheiten gibt und einen Rahmen vorgibt.

Zur Auseinandersetzung: Der eine oder andere Politiker war im Hambacher Forst. Ich glaube, keiner von uns kann sich ausdenken, mit welchen Mitteln Polizisten und andere Ordnungskräfte angegriffen werden. Anlagen von RWE werden zerstört; Mitarbeiter werden zum Teil angegriffen. Weil wir es selbst nicht mehr abbilden können, haben wir Sicherheitskräfte verschiedener Fremdfirmen. Die werden da attackiert. Das gipfelt darin, dass Partnerschaftsunternehmen, die mit uns zusammenarbeiten, auf ihrem Hof bedroht werden usw. Da muss einfach was passieren. Wir können Auseinandersetzungen führen. Unsere parlamentarische Demokratie ist vorbildlich, und den Weg müssen wir weiter beschreiten. Wenn reaktionäre, radikale Kräfte solche Mittel nutzen, wenn sie Menschen angreifen und Familien bedrohen, kann das kein Zustand sein. Ich möchte nicht die Mitarbeiter aus unserem Unternehmen verlieren, indem sie nicht zur Wahl gehen oder undemokratisch wählen. Das darf einfach nicht passieren.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Schumacher. Danke an Sie beide, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns für Fragen zur Verfügung zu stehen, und Danke an Sie, Herr Eyll-Vetter, dass Sie heute Morgen dabei waren.

Herr Minister Pinkwart hat angekündigt, uns auf den aktuellen Stand zu bringen und uns zu informieren. Auch diese Präsentation werden wir dem Protokoll beifügen. Sofern sich noch Fragen ergeben, rufen wir den Punkt in unserer nächsten Sitzung wieder auf. – Herr Minister, bitte schön.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE): Lieber Herr Fortmeier! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie mir gestatten, möchte ich einen Satz vorwegschicken, weil Herr Schumacher noch da ist. Wir haben gestern und heute über Strukturwandel geredet. Wir reden aber natürlich in den nächsten Jahren noch von der Energieversorgung. Der Staatssekretär und ich haben uns eben die Zahlen für den Januar angeguckt. In den letzten Wochen haben wir in den Dunkelflautezeiten 10 GW Strom nach Deutschland importiert – auch aus Belgien. Das will ich nur mal gesagt haben. Sonst waren nur Kohle – Braunkohle und Steinkohle – und Gas im Netz, weil kein Wind da war. Abends scheint auch keine Sonne. Wir müssen uns das mit vor Augen führen. Es ist nicht so, dass wir davor kapitulieren. Wir werden daran arbeiten, dass das gelingen kann, aber wir brauchen in der nächsten Zeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Braunkohle. Sie müssen wissen, dass wir sie brauchen, und wir müssen fair mit ihnen umgehen.

(Dirk Schumacher [RWE Power AG, Betriebsrat]: Danke!)

Das möchte ich hier noch mal sagen. Sie machen da keine Selbstbefassung, sondern Sie arbeiten dafür, dass unsere Energieversorgung gesichert ist. Das will ich hier noch mal festhalten.

Sie haben sich gestern und heute vieles im Rheinischen Revier ansehen können. Wir wollten ganz kurz eine Übersicht über die Handlungsfelder geben. Ich möchte Ihnen für die vier Handlungsfelder, die gestern und heute bei Ihrem Besuch im Rheinischen Revier eine Rolle gespielt haben, kurz einige Projekte zeigen, die schon bewilligt worden sind bzw. sich im Bewilligungsverfahren befinden. Dann möchte ich Ihnen einen aktuellen Status dazu geben, wo wir uns befinden und was wir in diesem Jahr erwarten.

(s. Anlage 4, Seite 2)

Das erste Handlungsfeld umfasst den Aufbau des Zukunftsfeldes Energie und Industrie. Das ist auch für Herrn Schumacher ein ganz wichtiges Themenfeld. Wo entsteht gute Arbeit? Im Brainergy Park waren Sie nicht, aber ich habe eben mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der ZRR gesprochen und denke, der Geschäftsführer wird das genauso sehen. Ende Februar oder Anfang März wird die Geschäftsstelle ZRR im Brainergy Park eröffnet. Ich bin sicher, wenn wir bessere Coronabedingungen haben, wird der Ausschuss Gelegenheit haben, dort eingeladen zu sein und sich den Brainergy Park anzusehen. Dort sollen in den nächsten 2.500 gute Arbeitsplätze um das Thema „Energie“ entstehen, Herr Schumacher.

Wir haben das Thema „Brennstoffzellenfahrzeuge“ in Düren. Wir haben eben eine leitende Mitarbeiterin von NEUMANN & ESSER gehört, im Bereich der Elektrolyseure eine Produktionsstätte mit mindestens 250 Arbeitsplätzen planen – sicherlich gute und mitbestimmte Arbeitsplätze. Gestern haben wir QUIRINUS Control gesehen. Das Unternehmen trägt zur Stabilität der Netze in der Region bei. Es handelt sich um eine Ausgründung aus dem QUIRINUS-Konsortium.

(s. Anlage 4, Seite 3)

Das nächste Zukunftsfeld dreht sich um Ressourcen und Agro-Business. Dazu haben wir heute etwas gehört. Beim BioökonomieREVIER sehen wir die Farbe dunkelgrün, das heißt, es ist schon bewilligt. Die hellgrün markierten Projekte haben alle Qualifizierungsstufen durchlaufen. Auch hier gehen wir davon aus, dass wir diese Projekte, die über die Lebens- und Futtermittelindustrie hinausgehen, sehr schnell an den Start bringen können. Es geht auch um nachwachsende Materialien der Zukunft, die hier entwickelt und hergestellt werden sollen.

(s. Anlage 4, Seite 4)

Das dritte Handlungsfeld umfasst Innovationen und Bildung. Auch hier haben wir schon einiges an den Start bringen können. Dazu gehört zum Beispiel das Global Entrepreneurship Centre bei Neuss, wodurch wir nachhaltiges Unternehmertum in die Region holen wollen, und zwar beste Gründerteams aus der ganzen Welt, die hier ihre Ideen verwirklichen wollen. Das ist eine großartige Chance für neue Arbeitsplätze. Wir haben das Reallabor Blockchain schon an den Start gebracht. Daran hat sich zum Beispiel die Logistikwirtschaft in ganz konkreten Projekten beteiligt. Andere hier beispielhaft genannte Projekte sind in der Vorbereitung zur Förderung.

(s. Anlage 4, Seite 5)

Das vierte Zukunftsfeld umfasst die Bereiche „Raum“ und „Infrastruktur“. Hier geht es die Revier-S-Bahn. Es geht aber auch, und da sind wir noch etwas weiter im Planungsvorlauf, um Future Site InWEST. Das ist eine LEP-Fläche. Solche Flächen brauchen wir in der Region vielfach, um industrielle Arbeitsplätze in diese Region holen zu können. Es gibt internationalen Bedarf für solche Flächen in einem zentralen Raum wie Nordrhein-Westfalen im Herzen Europas. Aber wir müssen sie erschließen und mit erneuerbarer Energie versorgen können. Wir müssen auch Förderbedingungen erreichen, damit wir im Wettbewerb der verschiedenen Standorte in Europa solche Ansiedlungen möglich machen.

(s. Anlage 4, Seite 6)

Last, but not least ist das Entlastungspaket Kernrevier zur Stärkung von Anrainerkommunen zu nennen. Das sind alles Projekte, die schon für die Planung von Gewerbeflächen und Konzepten in den jeweiligen Kommunen bewilligt werden konnten. Wir haben eine Planungsentlastung der Kommunen vorgenommen. Wir haben die Starke Projekte GmbH, wir haben die Strukturmanager bewilligen und die Tagebauumfeldinitiativen fördern können. Das waren alles Wünsche aus der Region, die jetzt relativ schnell umgesetzt werden können.

(s. Anlage 4, Seite 7)

Wir haben Ihnen eine kleine Übersicht über die Vorhaben im Rheinischen Revier gemacht, aus der hervorgeht, wie der Projektstatus per 10. Dezember aussieht. Sie sehen unser Ampelsystem in rot, gelb und grün. Grün sind die Projekte, die wir vorqualifiziert haben und von denen wir wissen, dass sie Aussicht haben, aus den verschiedenen Fördersträngen gefördert zu werden. Die blau dargestellten Projekte sind bewilligt worden; sie sind gestartet.

(s. Anlage 4, Seite 8)

Per 15. Dezember waren 38 Projekte mit einem Volumen von 234 Millionen Euro bewilligt. Weitere acht Projekte konnten wir in den letzten beiden Wochen mit einem Volumen von 33 Millionen Euro bewilligen. Die grünen Balken stellen weitere 64 Projekte mit einem Volumen von 4,2 Milliarden Euro dar. Sie sind so weit vorqualifiziert, dass wir wissen, dass sie die Voraussetzungen erfüllen. Sie müssen es nur noch in die Hand nehmen und die Anträge bearbeiten. Wir können davon ausgehen, diese 4,2 Milliarden Euro in diesem Jahr in die Bewilligung bekommen zu können. Darunter sind rund 1 Milliarde Euro für Infrastrukturmaßnahmen. Die übrigen 3 Milliarden Euro sind für Projekte vorgesehen – so ähnlich, wie ich es Ihnen eben beschrieben habe. Das zeigt, dass ganz schnell ein hohes Bewilligungsvolumen erreicht werden kann und wir hoffentlich, Herr Schumacher – wenn ich Sie stellvertretend ansprechen darf –, möglichst schnell den neuen Aufbau schaffen können. Es werden auch Projekte sein, an denen sich RWE beteiligen wird, sodass Schritt für Schritt neue Arbeitsplätze entstehen können.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart, für diese Übersicht, die wir dem Protokoll beifügen. Es ist gut, dass wir dieses Thema in der nächsten Sitzung in 14 Tagen wieder als Tagesordnungspunkt aufrufen und diskutieren.

Ich will diesen Tagesordnungspunkt nicht abschließen, ohne im Namen des Ausschusses noch mal ein ganz besonderes Dankeschön für die Organisation dieser Exkursion loszuwerden; denn das ist zusätzliches Geschäft. Alle machen ihre Arbeit, das ist klar. Aber wenn der Ausschuss solch einen Wunsch äußert, ist das Zusatzarbeit, die erfüllt werden muss. Ich gucke zu Herrn Middeldorf von der Zukunftsagentur. Sie haben mit Frau Simao-Schlicker maßgeblich organisiert und vorbereitet. Ein herzliches Dankeschön dafür. Ein Dank geht natürlich auch an das Ministerium, an den Minister und den Staatssekretär, aber auch an Frau Hahne und Herrn Mais, die ganz viel organisiert haben. Geben Sie den Dank bitte weiter. Natürlich geht auch ein Dank an Herrn Schröder von der Landtagsverwaltung, der ebenfalls seinen Teil dazu beigetragen hat, dass das in diesen 24 Stunden funktioniert hat, in denen wir uns ganz intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das getan haben und auch in den weiteren Ausschusssitzungen tun werden. – Dieses Dankeschön war mir ganz wichtig.

(Beifall von allen Fraktionen)

2 Vorstellung des Gutachtens IW Consult zu Arbeitsplatzeffekten des Wirtschafts- und Strukturprogramms

Vorlage 17/6179

– Bericht Hanno Kempermann, IW Consult (s. Anlage 5)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Wir durften schon bei der Veröffentlichung im Dezember durch den Minister und durch IW Consult an der Vorstellung des Gutachtens teilhaben. Deshalb können wir das heute etwas kürzer machen, aber es muss formell hier im Ausschuss platziert werden. Dazu darf ich Herrn Kempermann von IW Consult begrüßen.

Hanno Kempermann (IW Consult): Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte in zwei oder drei Minuten versuchen, die Kernergebnisse der Ihnen vorliegenden Studie vorzustellen. Ich habe einige Seiten ausgesucht, die wir nun rasch durchgehen.

(s. Anlage 5, Seite 1)

Sie haben in den letzten Stunden ganz viele einzelne Elemente kennengelernt, die dazu beitragen sollen, dass das Rheinische Revier weiterhin seine starke Position hat. Wir haben in unserer Studie diese ganzen einzelnen Elemente zusammengefügt, überlegt und mit sehr anspruchsvollen Verfahren geschätzt, was letztendlich auf Wertschöpfungsebene und auf Beschäftigtenebene bis 2038 herauskommt.

(s. Anlage 5, Seite 2)

Ins Rheinische Revier fließen 14,8 Milliarden Euro. Sie werden durch Kofinanzierungen von Land, Kommunen und Wirtschaft auf 22,2 Milliarden Euro gehebelt. Dann haben wir berechnet, wie diese 22,2 Milliarden Euro in den Unternehmen durch anwendungsorientierte Forschungsprojekte, durch Bauten von Gebäuden usw. wirken. Am Ende kommt ein Wirtschaftswachstum von 53,4 Milliarden Euro im Trend-Szenario heraus. Wie haben wir das berechnet? Wir haben vier einzelne Effekte isoliert:

Erster Punkt ist der direkte Effekt in der Investitions- und Betriebsphase. Die Investitionsphase ist beispielhaft an der Modellfabrik Papier in Düren dargestellt. Sie wird in der Investitionsphase gebaut. Dann werden dort Unternehmer, Start-ups, Innovationsmanager usw. arbeiten. Das ist die Betriebsphase. Dadurch entstehen 27,3 Milliarden Euro im Rheinischen Revier.

Die indirekten Effekte bestehen darin, dass diese Unternehmen Zulieferer haben, die mittelbar von den Strukturfördermitteln profitieren, und zwar in Höhe von 6,2 Milliarden Euro.

Unter den induzierten Effekten versteht man, dass die Beschäftigten, die dort ihrer Tätigkeit nachgehen, Löhne und Einkommen generieren und verausgaben. Das sind 2,8 Milliarden Euro.

Ein ganz wichtiger Punkt sind Ausstrahlungseffekte durch die erhöhte Standortattraktivität. Nehmen wir als Beispiel an, das FZ Jülich erarbeitet mit Siemens tolle Projekte

zu Elektrolyseuren, die im Rheinischen Revier zu Arbeitsplätzen und Wertschöpfung führen. Das könnte 17,1 Milliarden Euro Erlösen.

(s. Anlage 5, Seite 3)

Insgesamt sind das 53,4 Milliarden Euro. Wie übersetzen wir diese 53,4 Milliarden Euro in Arbeitsplätze? Wir haben im Vergleich zu 2021 im Durchschnitt 27.000 Arbeitsplätze zusätzlich im Rheinischen Revier errechnet.

Sie sehen die unterschiedlichen Phasen, die ich vorhin erklärt habe. Am Anfang wird gebaut, in der Mitte wird betrieben, und am Ende gibt es Ausstrahlungseffekte, die über den gesamten Zeitraum ansteigen. Wir haben am Anfang relativ wenige Ausstrahlungseffekte; am Ende sind es in dem Fall immerhin 7.000, die noch weiter steigen können – je nachdem, wie gut die Akteure im Rheinischen Revier zusammenarbeiten und wie werthaltig und nachhaltig die Projekte sind, die bis 2038 umgesetzt werden.

(s. Anlage 5, Seite 4)

Was können wir dazu beitragen, um diese Projekte substantiell über 2038 hinaus zu tragen? Wir haben neun Handlungsempfehlungen erarbeitet. Dies sind die ersten vier, die direkt und unmittelbar aus unseren Modellierungen abgeleitet werden können:

Es sollte eine Auswahl und Priorisierung der Projekte nach bestimmten Schlüsseln und Mustern erfolgen. Wir brauchen Projekte mit hoher Wertschöpfung. Wir brauchen Projekte, die anwendungsorientierte Innovationen stärken. Wir brauchen Projekte, über die man ein Kompetenzprofil erarbeiten kann. Es muss um Arbeitsteilung und Synergien im Rheinischen Revier gehen. Wir haben jetzt schon ganz viele sehr, sehr gute Unternehmen und sehr gute Kompetenzen. Sie müssen an unterschiedlichen Stellen gebündelt werden. Dann muss synergetisch miteinander gearbeitet werden.

Letztendlich sind auch größere Projekte mit Ausstrahlungseffekten sehr sinnvoll umzusetzen. Es reicht also nicht, kleine Dinge zu machen, sondern es geht um Dinge, die international bekannt sind und bekannt werden können.

Wohin geht das? Wir brauchen eine intensive Einbindung der Unternehmen, die genau diese Leuchtturmprojekte umsetzen können. Diese Einbindung der Unternehmen ist ganz entscheidend für den Erfolg dieses Programms, um über 2038 hinaus Arbeitsplätze sichern zu können. Wie geht das besser, und wie können die aktuellen Rahmenbedingungen noch weiter gestärkt werden? Wir brauchen aus unserer Sicht ein Peer-to-Peer-Matching. Unternehmen müssen sehr, sehr schnell mit Kontaktpartnern zusammenkommen, um über innovationsorientierte Projekte sprechen zu können, um über Bauten, Investitionen usw. zu sprechen und um alle Akteure im Rheinischen Revier gezielt adressieren zu können. Das geht beispielsweise über Helpdesks. Es geht darüber, dass man grundsätzlich die Rahmenbedingungen verbessert, um unternehmerische Aktivitäten zu stärken.

Damit kommen wir direkt zum nächsten Punkt, den unbürokratischen, beschleunigten Prozessen. Das hatten wir schon ganz häufig. Die Verfahren müssen beschleunigt und entbürokratisiert werden. Es geht aber auch darum, dass die Akteure im Rheinischen Revier miteinander sehr geräuschlos arbeiten und eine sehr gute Abstimmung

zwischen den Akteuren, zwischen den Fachressorts und den anderen Stakeholdern, passiert.

Letztendlich würden durch diese Synergien Ausstrahlungseffekte entstehen. Ich möchte hierzu nur ein paar Schlagworte in den Raum werfen. Das steht ausführlicher in dieser Studie, aber auch in anderen Studien: Intelligente Spezialisierung ist ein gewichtiger Punkt. Cross innovations ist ein gewichtiger Punkt. Um das zu realisieren, braucht man eine enge Kooperation zwischen Unternehmen, Forschung, Hochschulen, Start-ups und den regionalen Akteuren.

(s. Anlage 5, Seite 5)

Jetzt kommen noch fünf weitere Vorschläge, die außerhalb der direkten Modellierung liegen und unsere Expertise in Regionalgutachten widerspiegeln. Die regionale Attraktivität muss erhöht werden, damit sowohl Unternehmen ins Rheinische Revier kommen als auch hochqualifizierte Mitarbeiter, Facharbeiter ins Rheinische Revier kommen oder hier bleiben. Wir sehen, es gibt Abwanderungstendenzen von Jüngeren aus dem Rheinischen Revier hinaus. Gerade exzellente Kräfte aus der RWTH Aachen wandern ab. Da müssen wir gegenwirken.

Das Gemeinschaftsgefühl muss gestärkt werden, damit das Rheinische Revier in sich als Ganzes einen sehr, sehr starken Impuls nach außen im Vergleich zu Metropolregionen wie Randstad, London oder Paris geben kann. Das sind die Wettbewerber, die in den Blick genommen werden müssen.

Wir haben durch den langen Zeitraum den riesigen Vorteil, dass Projekte evaluiert und rekaliert werden können, während Strukturmittel verausgabt werden. Wir können also immer wieder an Effizienzschrauben drehen und hinterfragen: Welche Projekte funktionieren, welche funktionieren weniger, und wie kann man daraus für Folgeprojekte lernen?

Industrielle Flächenpotenziale hatten wir schon angesprochen. Das muss ich deswegen nicht weiter ausführen. Es ist ganz wichtig, dass wir hier etwas realisieren.

Der letzte Punkt betrifft Offenheit und Mut für noch nicht absehbare radikale Technologiesprünge. Da wird uns bis 2030 oder 2034 noch einiges erwarten. Diese Technologiesprünge sollte man in das Programm inkorporieren.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Kempermann, für diese kurze Präsentation. Nachlesen kann man das etwas ausführlicher in der Vorlage, die wir alle bekommen haben. – Zu ganz vielen Punkten, die Sie angesprochen haben, haben wir in den letzten 24 Stunden eine Menge von den Akteuren vor Ort gesehen, die mit ganz viel Zuversicht und Mut und Bereitschaft, das zu erreichen, dabei sind. Ich bin sehr zuversichtlich, dass man das erreichen kann und wir als Ausschuss das über diese Wahlperiode hinaus weiter mit begleiten können. – Sollte es Beratungsbedarf dazu geben, rufen wir den Tagesordnungspunkt gerne in der nächsten Ausschusssitzung wieder auf.

3 Verschiedenes

a) **Zeit für Taten beim Klimaschutz: Landespolitische Hemmnisse für den Ausbau der Windenergie konsequent abbauen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15864

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, am 9. März 2022, 13:30 Uhr, eine Anhörung durchzuführen. Jede Fraktion benennt zwei Sachverständige. Zusätzlich werden die kommunalen Spitzenverbände eingeladen.

b) **Berichtswünsche der AfD-Fraktion**

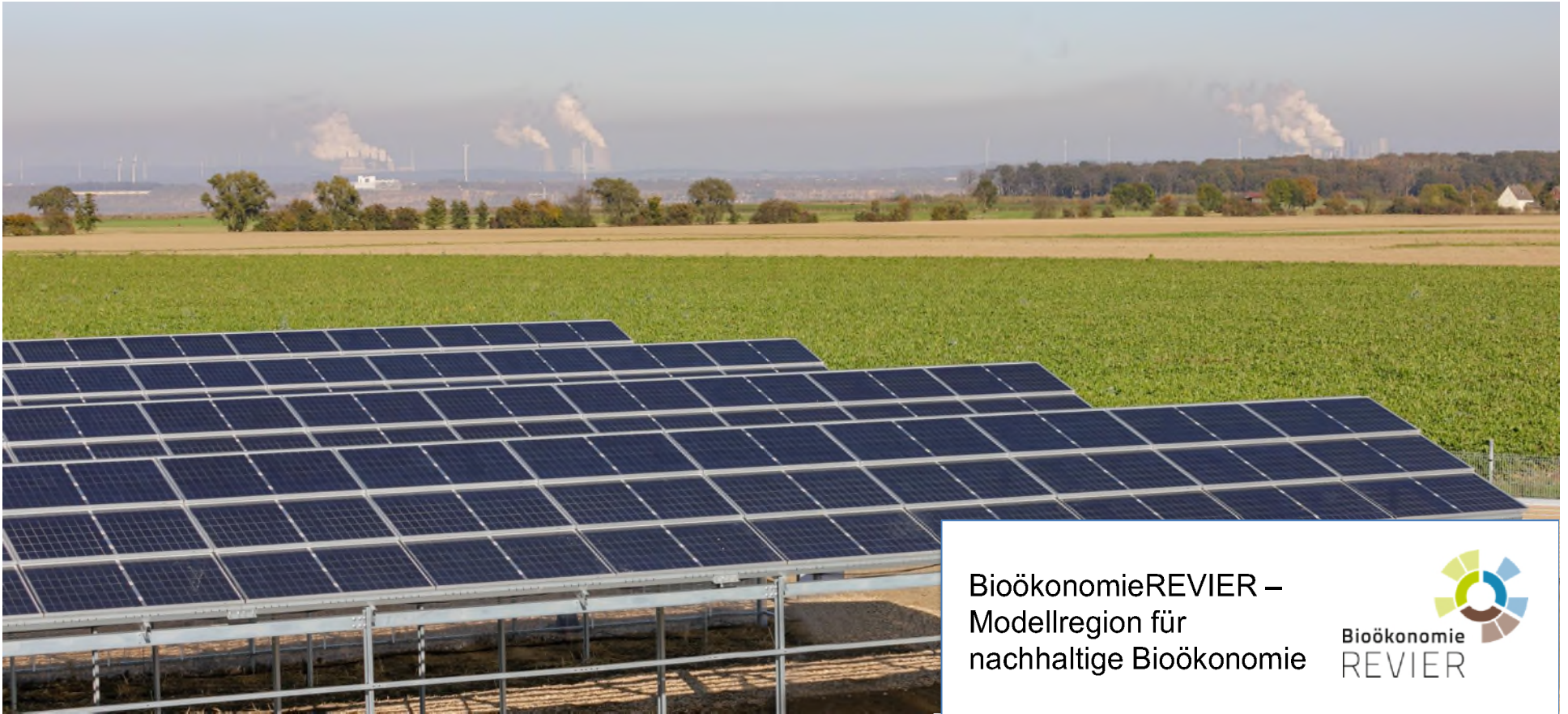
Vorsitzender Georg Fortmeier informiert, die AfD-Fraktion habe zur laufenden Sitzung zwei Berichtswünsche geäußert. Die Landesregierung habe die Berichte bereits gegeben. Die Diskussion erfolge in der nächsten Sitzung.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

5 Anlagen

01.02.2022/02.02.2022

10



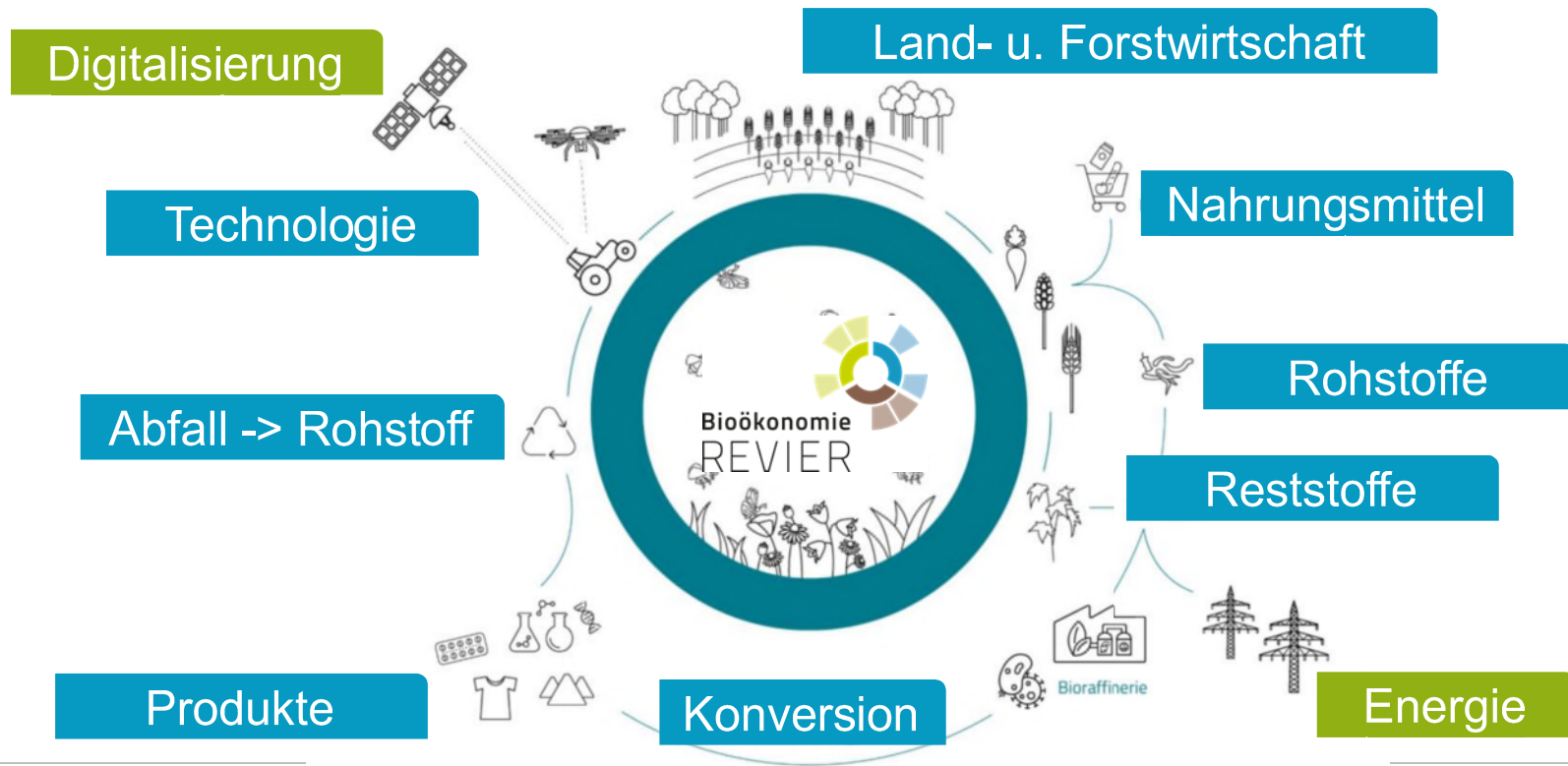
BioökonomieREVIER –
Modellregion für
nachhaltige Bioökonomie



Ulrich Schurr
Forschungszentrum Jülich

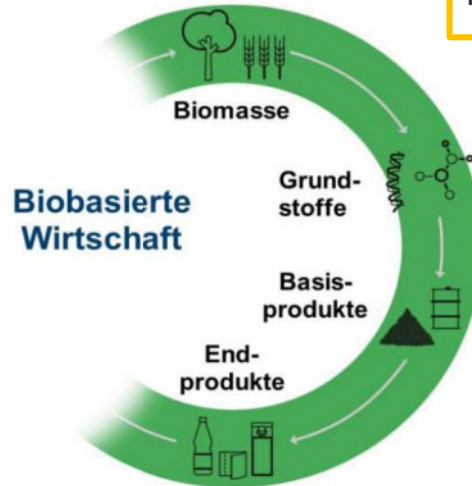


Bioökonomie in der Energie- und Rohstoffwende



BioökonomieREVIER

Real-Region für eine nachhaltige Bioökonomie im Strukturwandel



Ersatz fossiler Rohstoffe

Innovative Nahrung- und Futtermittel

Kreislaufwirtschaft



Modellregion BioökonomieREVIER
Klimaschutz und Wertschöpfung/
Beschäftigung sind keine Gegensätze

Neue Produkte,
Verfahren und
Dienstleistungen

Bestehende Stärken
nutzen

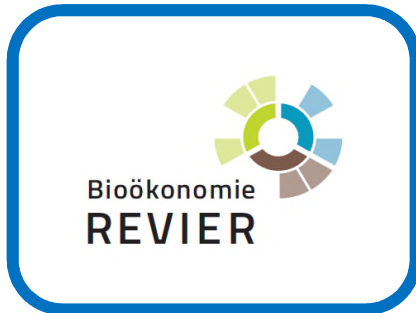
Schlüsseltechnologien
entwickeln



Bioökonomie im Rheinischen Revier (stark verkürzt)



BioökonomieREVIER – Auf Stärken aufbauen



- **Gunstregion** (Böden, Klima, etc) für Landwirtschaft
- **Industrie:** Starke (energieintensive) Lebensmittelindustrie und regionale und überregionale Märkte (Papier, Chemie, Energie, ...)
- **Arbeitsplätze:** hohe und niedrige Qualifikation
- Aktivierung in der **Gesellschaft/ Bevölkerung**

Wissenschaft wirksam machen – Orientierung und Problemlöser



Kompetenzzentrum für integrierte Bioökonomie-Wissenschaft

- Wissenschaft im Fokus
- Reallabor Rheinisches Revier
- Strukturwandel
- Dominant regional
- Wissenschaft and beyond (viel mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft)



BioökonomieREVIER

Koordinierungsstelle

Koordination & Gestaltung



Innovationslabore

Forschung & Innovation

- InnoLabs Innovative Landwirtschaft
- InnoLabs Integrierte Bioraffinerien
- InnoLabs Biotechnologie und Kunststoffwirtschaft

BIOBoosteRR
Powered by BioökonomieREVIER

Gründungsprogramm Bioökonomie

Modellregion für nachhaltige Bioökonomie
regional, innovativ, zirkulär.



Enabler für Innovationen im Strukturwandel

Wissenschaft, Wirtschaft, Landwirtschaft und Kommunen vernetzen

- Erhebung von Innovationspotentialen der Region für die **nachhaltige Transformation**
- Initiierung und Koordination **regionaler Innovationspartnerschaften**
- Förderung von Unternehmensgründungen, Betreiben des **Acceleratorprogramms BIOBoosteRR**
- **Kommunaler Ansprechpartner** für die Bioökonomie
- Information der Öffentlichkeit über Bioökonomie und deren **Bedeutung für die Menschen**
- Wissenschaft: **schneller Transfer** erfolgversprechender Forschungsideen in Wirtschaft und Gesellschaft
- **Bürgerbeteiligung** zur Etablierung einer regionalen Bioökonomie
- Die Menschen im Revier anregen, **mitzumachen!**



Koordination & Management

- **Projektkoordination** BioökonomieREVIER
- Wissensgrundlage **BioREVIER.net** – inklusive Bereitstellung und Beteiligung
- **Studienserie** z.T. fertiggestellt
 1. Rohstoffe und Ernährung (prognos AG)
 2. Wirtschaft, Verwertung und Veredelung (nova-Institut GmbH)
 3. Wissen und Bildung (IAT, Westfälische Hochschule)
 4. Finanzierung und Investitionen
- **Integration in Transformationslandschaft Rheinisches Revier**
 - Regionale Netzwerke (ZRR, Revierknoten, Kommunen, Zweckverbände, IHKs, ...)
 - Neue Netzwerke (PLAIN, Ausbildungsnetzwerk,)
 - Thematische Gewerbegebiete
- **Aufmerksamkeit und Trigger für nationale, europäische und globale Entwicklungen**
 - BMWi – Beispielregionen
 - EU-Kommission: Just Transition Platform Horizontal Stakeholder Strategy
 - International Advisory Council Global Bioeconomy: Regionalisierung Bioökonomie



Regionale Innovationspartnerschaften

Initiierung und Koordinierung – Austausch – Innovationshaus/ Transformationsplattformen

AgroPV-Forschungsanlage (Standort Alt-Morschenich)



Landwirte (RLV;
Landwirte,
Gartennbau,
...)

PV-Anlagenhersteller/
-betreiber
(Sunfarming/ RWE)

Optimierung
Erneuerbare (SME/
Quirinius)

MUNLV
MWIDE
BMW i

Speicher
H2-Speicher
Batterien

AgroRobotik

- Wissenschaft (Exzellenzcluster)
- Unternehmen (Drohnen, 5G, ...)

Agro-Food-Energie-Systeme

Synergistische Ansätze, Energiegewinnung mit Lebensmittelerzeugung zu koppeln. Ganz ohne Flächenkonkurrenz.

Agroforst-Systeme

Fachexpertise für die regionale Landwirtschaft: welche Ansätze sind hier sinnvoll? Lässt sich das Produktangebot erweitern?

Heil- & Medizinalpflanzen

Vielfalt auf den Acker bringen, mit neuen Einnahmequellen für die heimische Landwirtschaft. Die Wissenschaft untersucht, welche Pflanzen sich eignen.

Nachhaltige Verpackungen

Pflanzliche Biomasse wird zu Verpackung. Erste Ansätze mit Graspapier und Verpackung aus Tomatenblättern sowie mikrobiell produzierte Polymere sind vielversprechende Ansätze.

Holzersatz für den Bau

Welche Pflanzen eignen sich, um die absehbare Verknappung an Fichtenholz für den Bau zu überbrücken? Schnellwachsende Gehölze und Hanf sind mögliche Alternativen.

Neue Rohstoffe für Papier

Papierindustrie mit der Landwirtschaft zusammenbringen. Für regionale Alternativen zu Holzfasern, die weniger Wasser verbrauchen und nachwachsen, wie etwa aus Gras.

Reststoffverwertung

Bioabfälle und Lebensmittelreste werden zu neuem Food oder Grundstoff für Bioraffinerien. Neue Wertschöpfung für die Land- & Ernährungswirtschaft, wo bisher teuer entsorgt wird.

Biokunststoffe

Verfahrenstechnische Ansätze verwandeln Abfälle aus der regionalen Süßwarenindustrie in neue Bausteine für die Kunststoffindustrie.

Mikrobielle Reinigungsmittel

Mikroorganismen gezielt einsetzen für haushaltspraktische Anwendungen.



Papiercluster Düren

Papiercluster Düren

- 36% der Wertschöpfung
- 50% aller industrieller Arbeitsplätze in der Region Düren
- Energieintensiv
 - Direkt vom Kohleausstieg betroffen
 - Energieversorgung
 - Entsorgung Rejekte
- Spezielle Herausforderungen der Region

Industrie-Umsetzungsprojekte

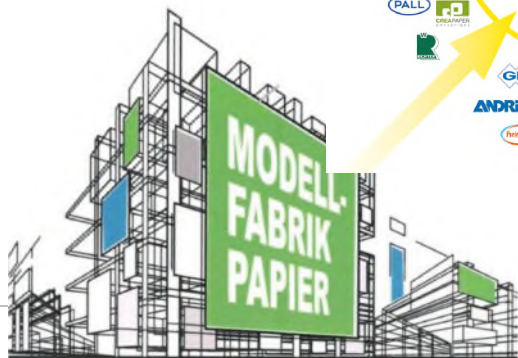
- Kreislaufwirtschaft Papier
 - Rejektverwertung (Industrieprojekt)
 - Wasserstoff und Reststoffverwertung
- Biogasnutzung



Modellfabrik Papier

Besuch in Düren

Interaktion der Exzellenz
Papierforschung in Deutschland
interagiert mit Bioökonomie-Kompetenz



Modellregion für nachhaltige Bioökonomie
regional, innovativ, zirkulär.



Zielsystem: innovative, faserbasierte, regionale Lösung für die Kreislaufwirtschaft



Faserwirtschaft - Anwendungsbeispiele

Papier, Karton & Pappe, Hygiene-, Spezialpapiere



Man-Made-Fibres



Non-wovens



Formfaser



Spezialpapiere für Batterieproduktion

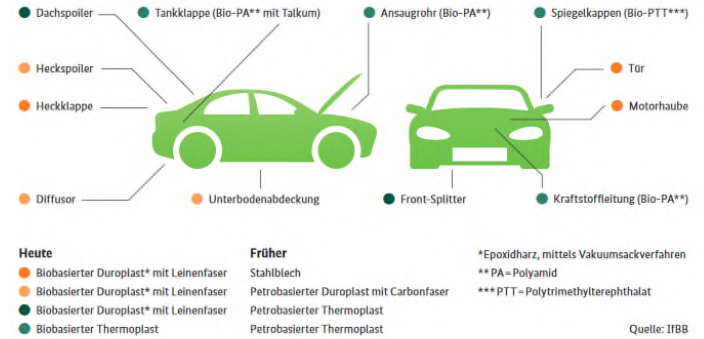


Carbonfasern

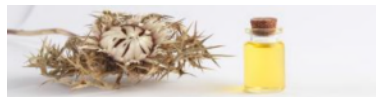


Verbundwerkstoffe (WPCs)

Übersicht über Biowerkstoffbauteile im Bioconcept-Car



Beispiel Regionale Innovationspartnerschaft „Distelwirtschaft“



Chemikalien

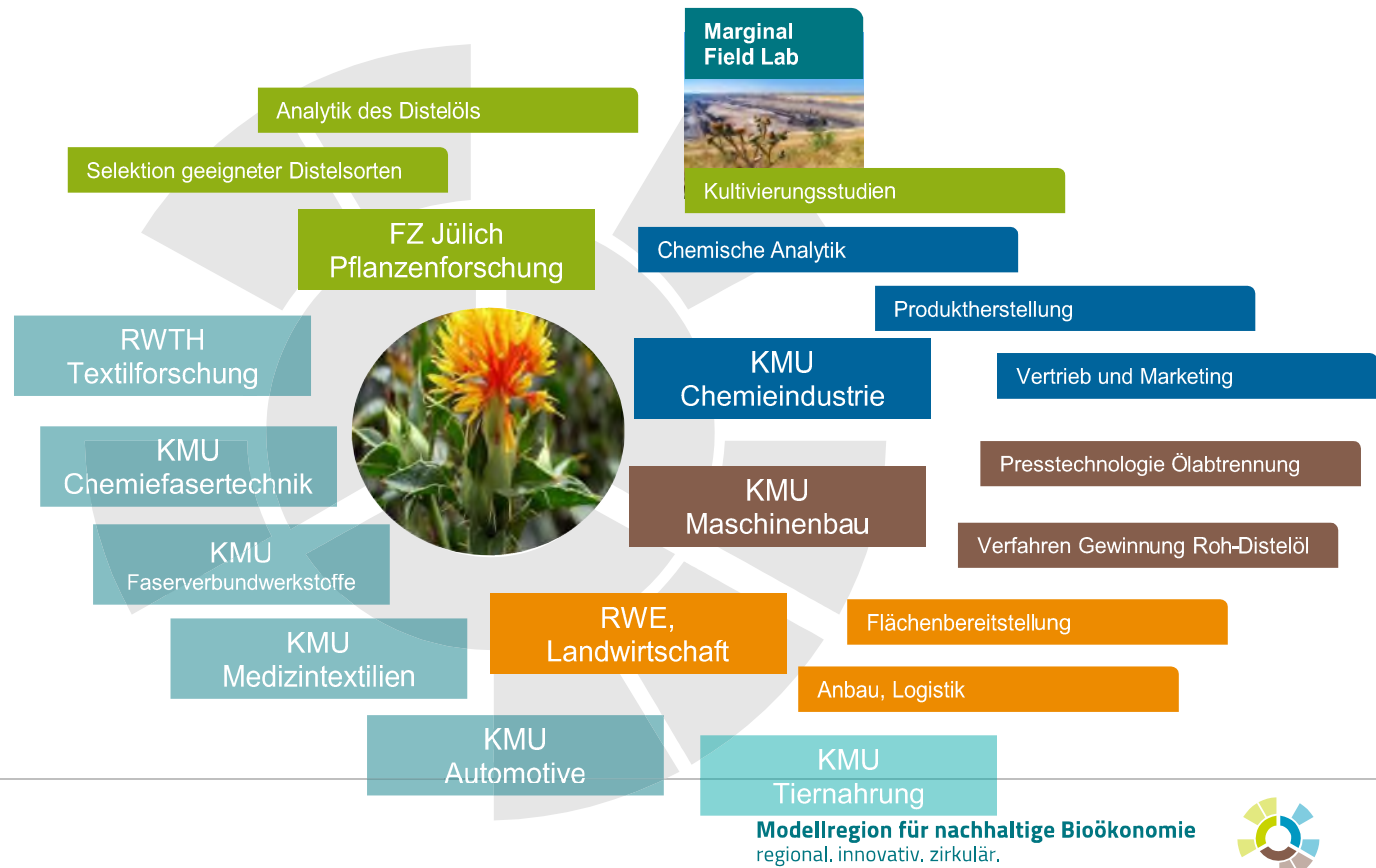


Textilien

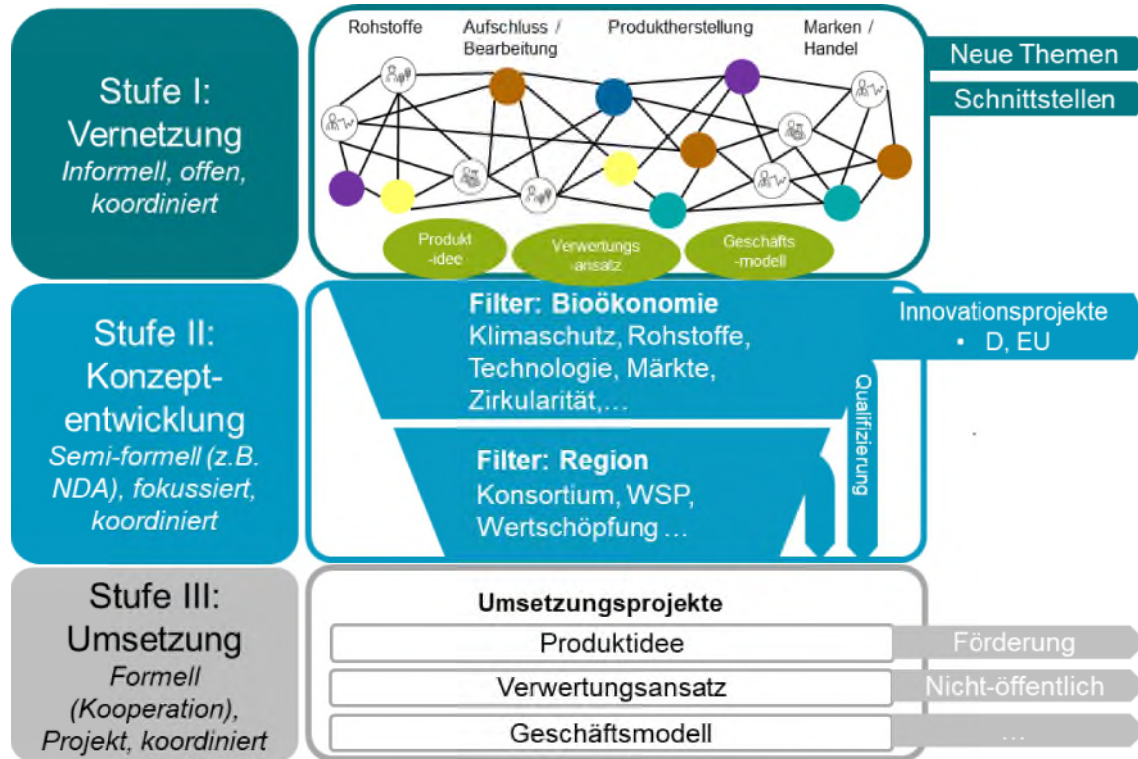


Futtermittel

...



Konzept: Transformationsplattformen



Akteure der Wertschöpfungskette

- KMU
- Landwirtschaft
- Wissenschaft
- Projekte
- Konzerne
- Startups
- Kommune
- ...



Was brauchen wir?

- Innovationspartnerschaften und Transformationsplattformen
- Beschleunigung der Prozesse
- Förderung muss Hebelwirkung nutzen, um echten, nachhaltigen Strukturwandel auch durch private Investoren zu motivieren
- Längerfristige Perspektiven – Verlässlichkeit
- Strategie Bioökonomie NRW
- Vertrauen in die Region und die Akteure statt Misstrauen (Frustration, Leumund der Region, Entbürokratisierung;)



VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

- www.biooekonomierevier.de



The NEA GROUP Portfolio for the H₂ Value Chain



Dr. Stefanie Kesting 19.01.2022

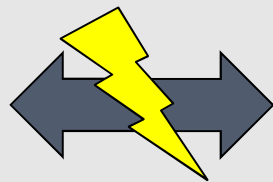
IMPULSVORTRAG – NACHHALTIGE LÖSUNGEN FÜR WASSERSTOFF



Strukturwandel im Rheinischen Revier

Übergang in CO₂-neutrale Wirtschaft

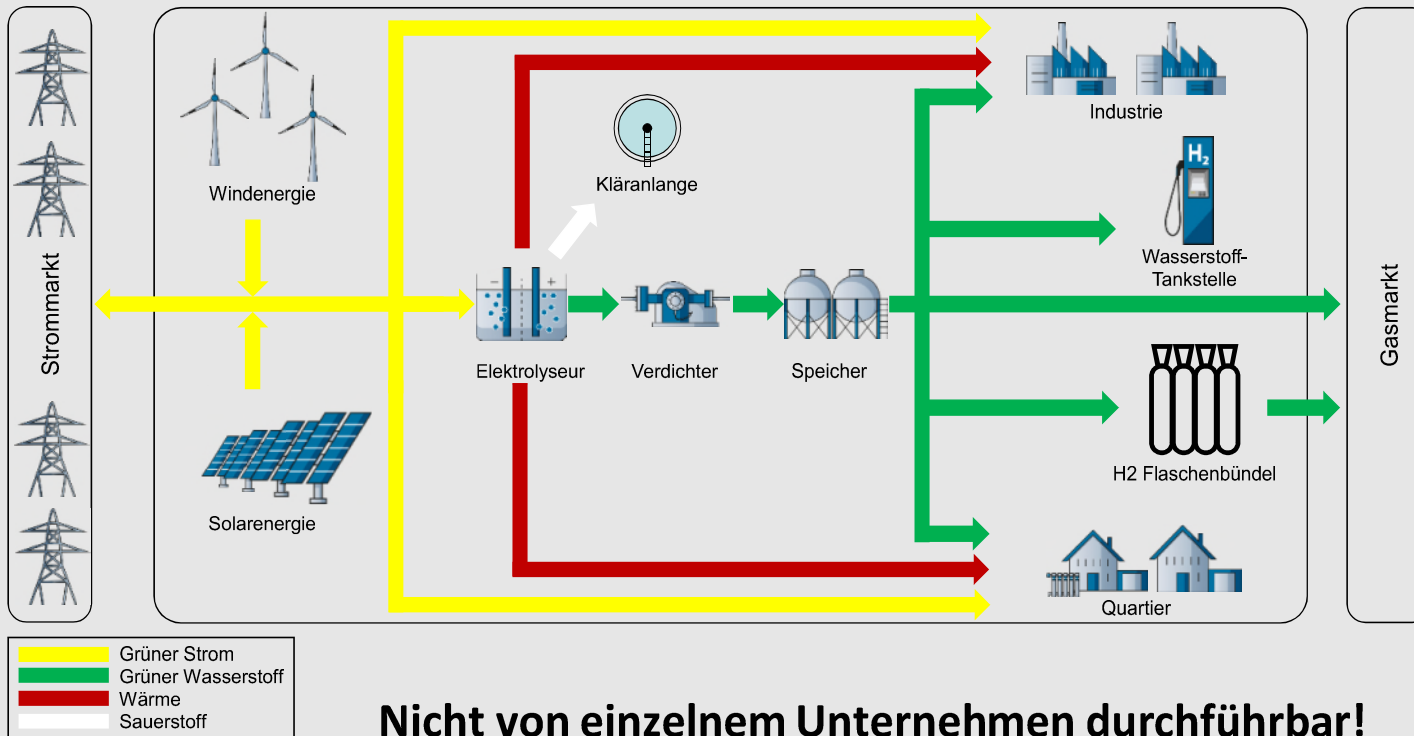
- Ansiedlung der Energieintensiven Industrie
 - Hoher CO₂-Ausstoß in Vergangenheit
- Herausforderung: Transformation in CO₂-Neutralität
- Ersatztechnologien für fossile Energieträger
 - Nutzung von Wasserstoff
- Ca. 730.600 KMU in NRW (99,3 % aller Unternehmen)^[1]
- Ohne Mittelstand keine CO₂-Neutralität
- Einstieg in Wasserstofftechnologien
- Abwanderung / Verlust der Arbeitsplätze





Sektorkopplung durch Wasserstoff

Volle Integration zur Kostenreduzierung und Energieeffizienz



- Kompetenzen in**
- **Strommarkt**
 - **Erneuerbare Energien**
 - **Elektrolyse**
 - **Industrielle Anwendungen**
 - **Quartieren**
 - **Tankstellen**
 - **Logistik**
 - **Gasmarkt erforderlich**

Standortkonzept Heinsberg

Integrierte, skalierbare Elektrolyse für grünen Wasserstoff

H2HS



Zu den Quartieren

Betrachtete Fragestellungen:

- Integration der Elektrolyse
- Beschaffung Grünstrom am Markt
- Aufbau weiterer EE
- Nutzung Wasserstoff
 - ÖPNV, Industrieprozesse, Dampferzeugung
- Nutzung Sauerstoff in Kläranlage
- Einspeisung in Fernwärme

**CO₂-Einsparpotential
min. 2100 t pro Jahr**

© NEA GROUP



Dezentrale Wasserstoffwirtschaft

Versorgungssicherheit durch dezentrale Anlage

- Volle Systemintegration möglich
- Kosten- und Ressourceneffizienz
- Einstieg in nachhaltige Lösungen

- Keine One-Man-Show
- KMUs brauchen Unterstützung
- Vorhaben beteiligen Unternehmen aus allen Bereichen
- Langfristige Sicherung und Ausbau der Arbeitsplätze



© NEA GROUP

RWE

Herausforderungen aus dem Kohleausstieg

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
im Landtag Nordrhein-Westfalen am 19.01.2022

Michael Eyll-Vetter, Sparte Entwicklung Braunkohle, RWE Power AG

Gesetzgebungsprozess und öffentlich-rechtlicher Vertrag fixieren den Kohleausstieg und definieren den Weg



Bundesebene



Kohleverstromungsbeendigungsgesetz – KVBG verabschiedet und veröffentlicht



APG-Richtlinie verabschiedet



Öffentlich-rechtlicher Vertrag unterzeichnet



Landesebene



Neue Planung für die Tagebaue vorgelegt. Leitentscheidung am 23.03.2021 beschlossen



Unternehmensebene



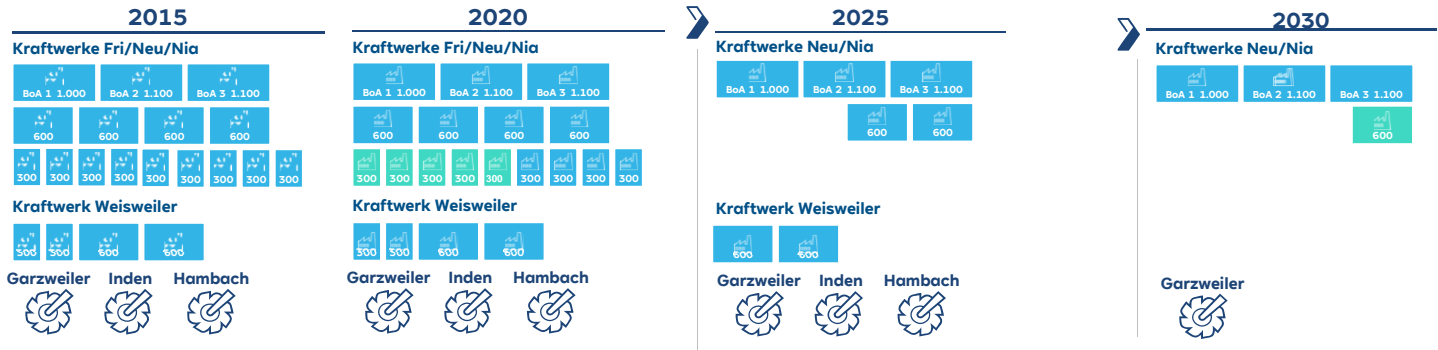
Tarifvertrag „Kohleausstieg“ vereinbart



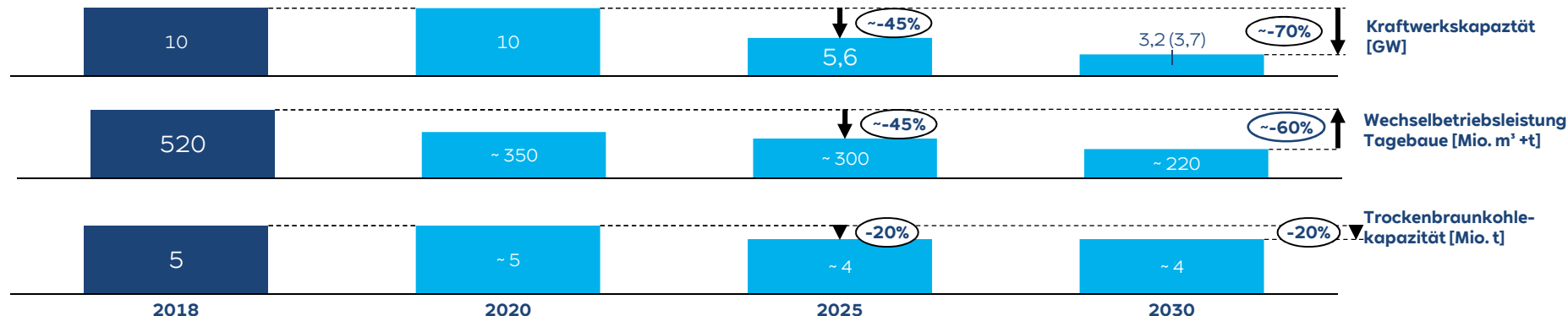
- Fixierter Stilllegungspfad
- Langfristige vertragliche Sicherheit für die nächsten 20 Jahre
- Finanzielle Entschädigung für Anpassungsprozess gewährleistet
- Sozialverträglicher Personalabbau

KVBG, ÖRV und Leitentscheidung 2021 setzen Rahmen für tiefgreifenden Wandel im Rheinischen Revier

X MW Kraftwerk in Betrieb
X MW Kraftwerksblock in Sicherheitsbereitschaft

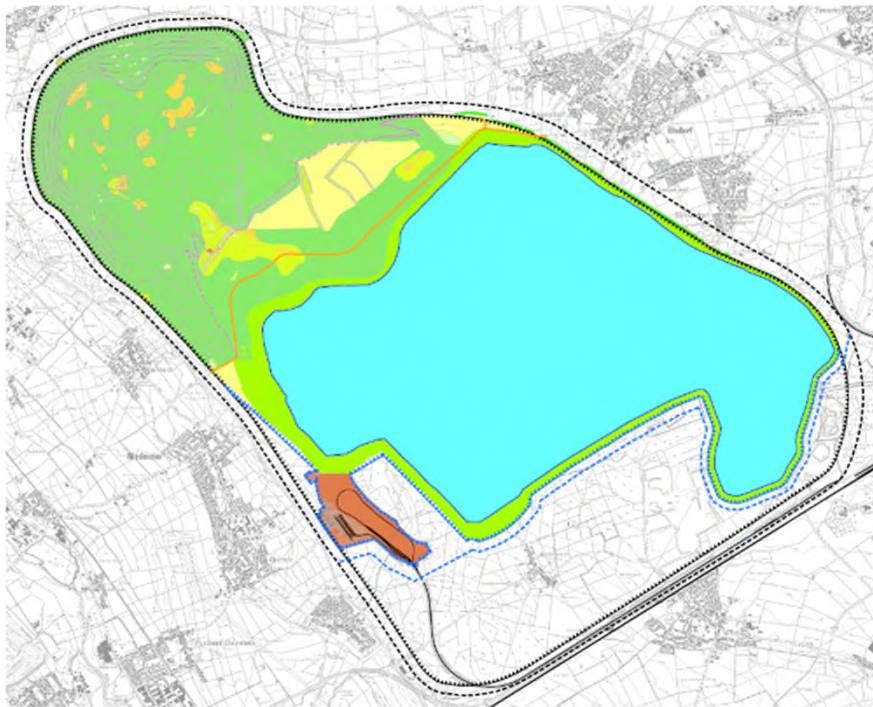


Bezugsjahr



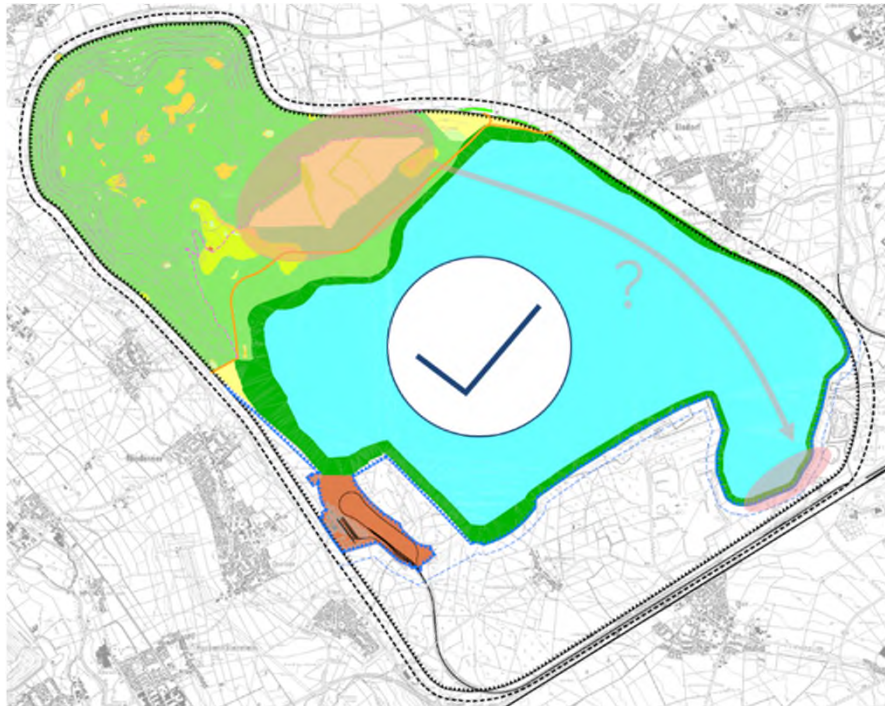
Anpassungen in Tagebauen Kraftwerken und Veredelung führen zu geringeren Investitionen, Beschäftigung und Wertschöpfung

Tagebau Hambach nach NRW-Leitentscheidung 2021



- Fortführung der Kohlegewinnung bis etwa Ende 2029; 1,1 Mrd. t Kohle verbleiben im Abbaufeld durch vorzeitige Außerbetriebnahme von Kraftwerks- und Veredelungskapazitäten
- Erhalt von Hambacher Forst, Merzenicher Erbwald sowie Waldflächen westlich der Steinheide
- Morschenich wird nicht bergbaulich in Anspruch genommen
- Planmäßige Fortführung der Umsiedlung Manheim
- Änderung des Braunkohlenplans Teilplan 12/1 erforderlich, neue Vorhabenbeschreibung vorgelegt

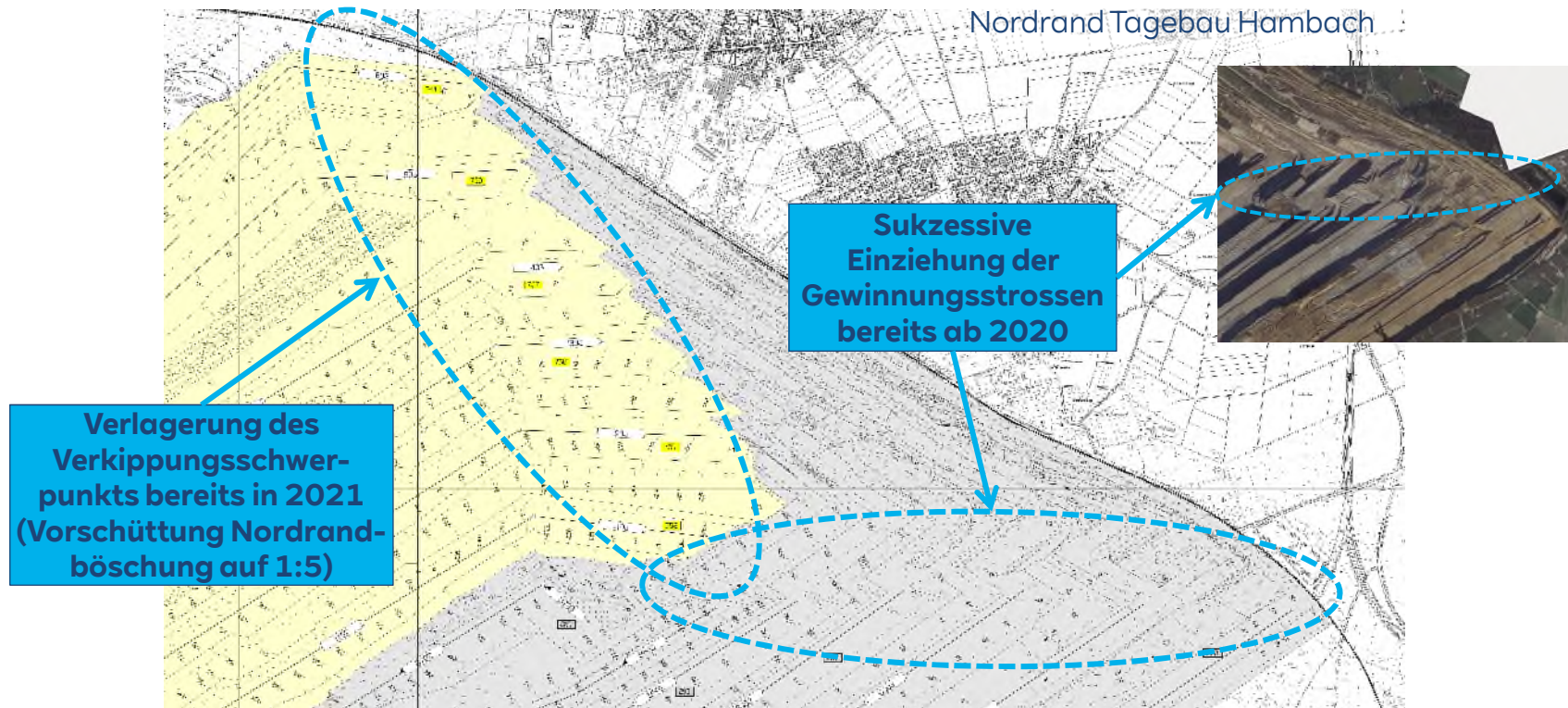
Das externe Gutachten bestätigt RWE Planung. Geringfügige Anpassungen werden im Braunkohlenplanverfahren geprüft.



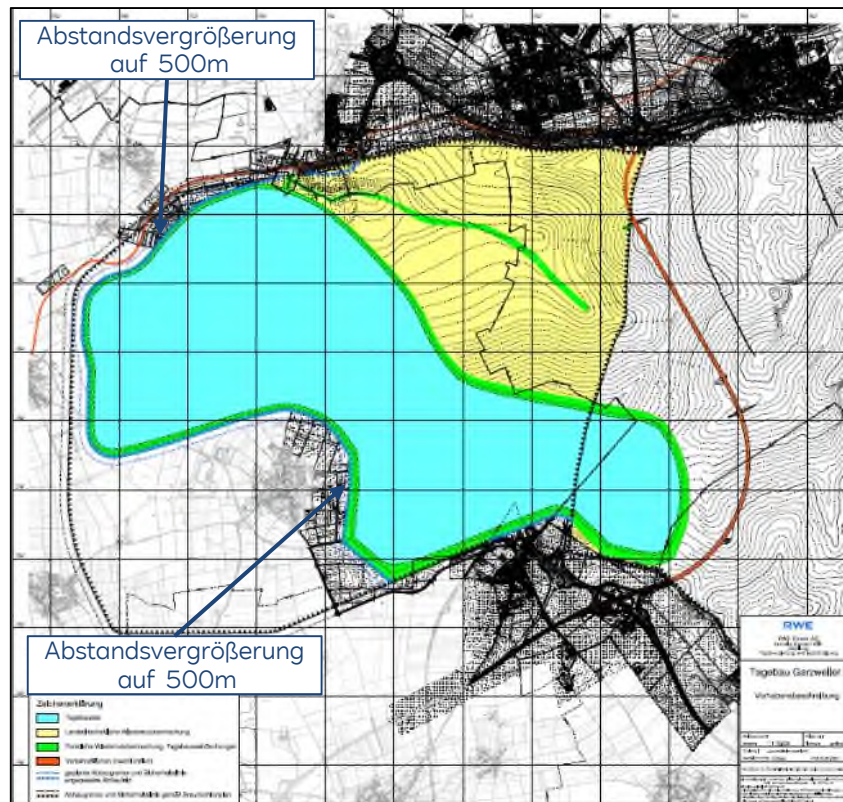
Ergebnisse der Begutachtung:

- Die Erforderlichkeit der Manheimer Bucht wird auch in der Größenordnung bestätigt.
- Die Massenbilanz der Gutachter passt bis auf eine geringe Abweichung.
- Ein Steilerstellen (1:4) der Seeböschungen wird aus Standsicherheitsgründen nicht empfohlen.
- Als einzige Option zur Massenersparnis wird eine weitere Absenkung der landwirtschaftlichen Hochfläche unterhalb der Sophienhöhe vorgeschlagen.
- Ist jetzt auf betriebliche Machbarkeit zu überprüfen.

Die Umstellungsprojekte schreiten voran: Die angepasste Planung für den Tagebau Hambach wird bereits umgesetzt.



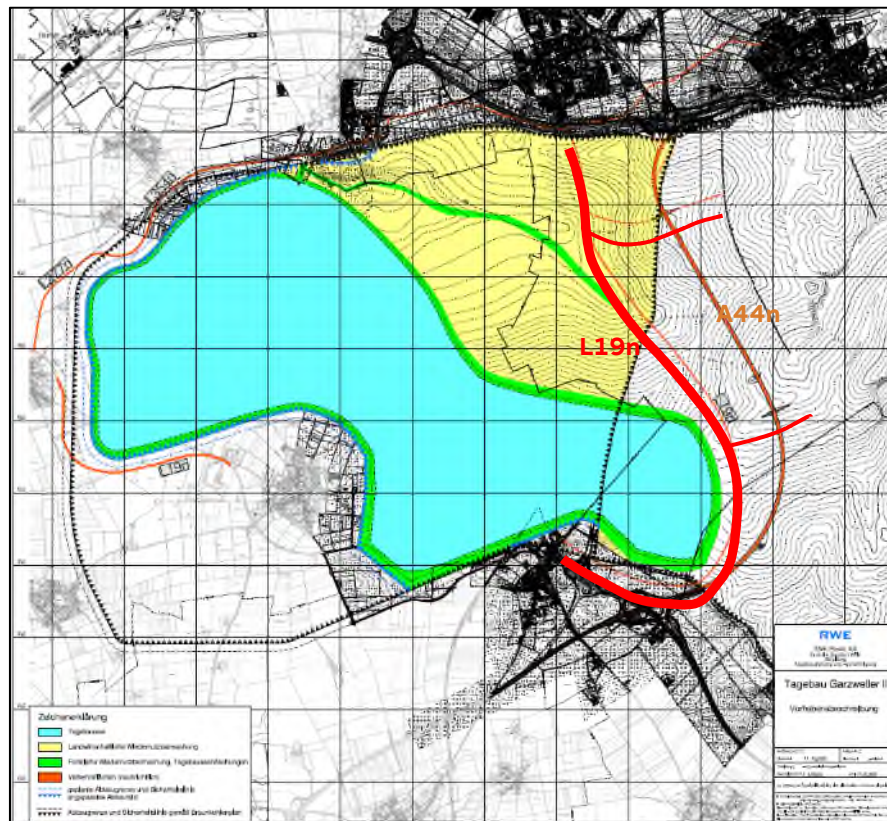
Tagebau Garzweiler nach Leitentscheidung 2021



- Zunächst Abbau im südlichen Tagebaubereich sowie südlich Keyenberg, ab Ende 2026/Anfang 2027 IAN des 3. UA gemäß Leitentscheidung
- Abstand Uferkante Tagebausee zu angrenzenden Ortschaften rd. 500m
- Seefläche mit rd. 2.220 ha (ggü. Vorhaben gemäß LE 2016 mit rd. 2.180ha) geringfügig vergrößert
- Höhe Wasserspiegel: rd. +65 mNN (unverändert)
- Aufgrund geringerer Abbaumengen durch Abstandsvergrößerung und Tagebaugeometrie ist Verfüllung Bandsammelpunkt zu Tagebauende nicht möglich – Bereich wird Teil des Sees
- Tagebauende 2038, ggf. 2035

Tagebau Garzweiler nach Leitentscheidung 2021

A 61n – Wiederherstellung kaum möglich

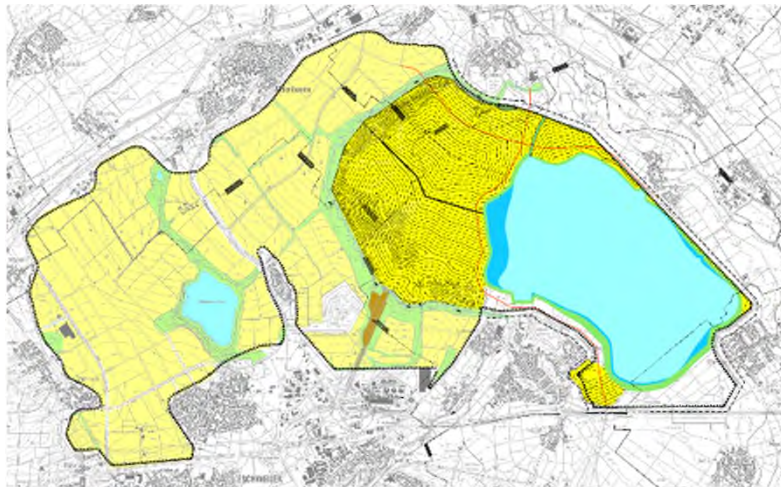


RWE 19.01.2022 Herausforderungen aus dem Kohleausstieg

- Wiedererrichtung der A61n zwischen den Anschlussstellen Wanlo und Jackerath wäre für Vorhaben gemäß Leitentscheidung 2016 möglich, Autobahn würde am östlichen Rand des Sees entlangführen
- Durch Abstandsvergrößerungen gemäß Leitentscheidung 2021 und daraus resultierendem Verbleib des Bandsammelpunktes in bisheriger Lage bis zum Tagebauende ist Wiedererrichtung der A61n in dieser Trassenführung nicht möglich
- Leistungsfähige Verbindung (L19n) westlich der A44n möglich

Seite 8

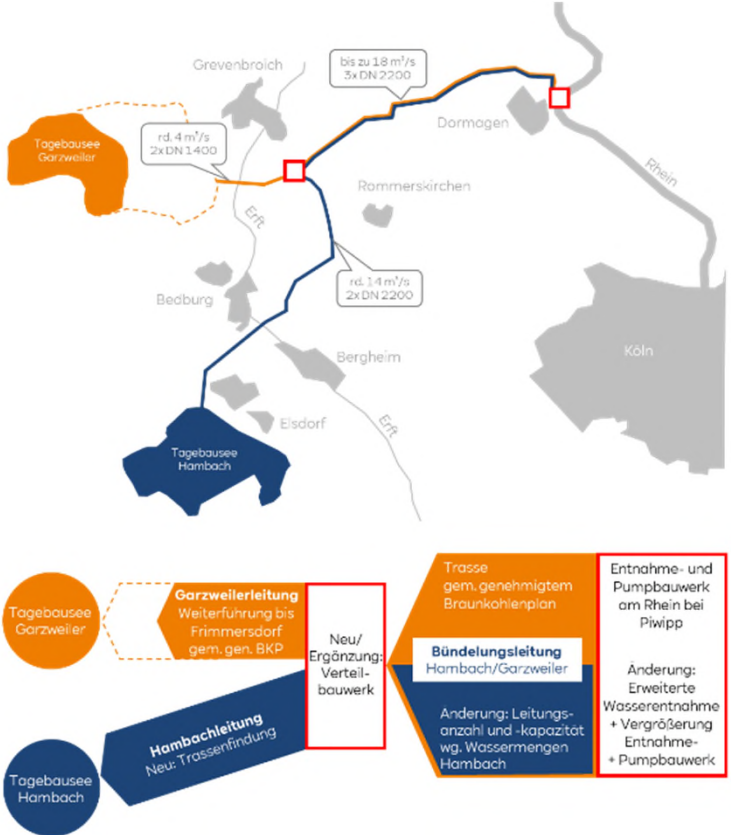
Tagebau Inden nach Leitentscheidung 2021



- Keine grundlegende Planänderung für den Tagebau Inden, daher kein geänderter Braunkohlenplan erforderlich
- Fortführung der Kohlegewinnung bis zur Einstellung der Kohleverstromung am Standort Weisweiler im Jahr 2029
- Rund 190 ha Fläche werden nicht bergbaulich in Anspruch genommen
- Mehr als 100 Mio. t Kohle verbleiben im Abbaufeld

Optimierung und Anpassungen des Wiedernutzbarmachungskonzeptes im Abschlussbetriebsplan und Indeland-Rahmenplan.

Feuchtgebiete und Tagebauseen: Entscheidend ist die rechtzeitige Fertigstellung der Rheinwassertransportleitungen

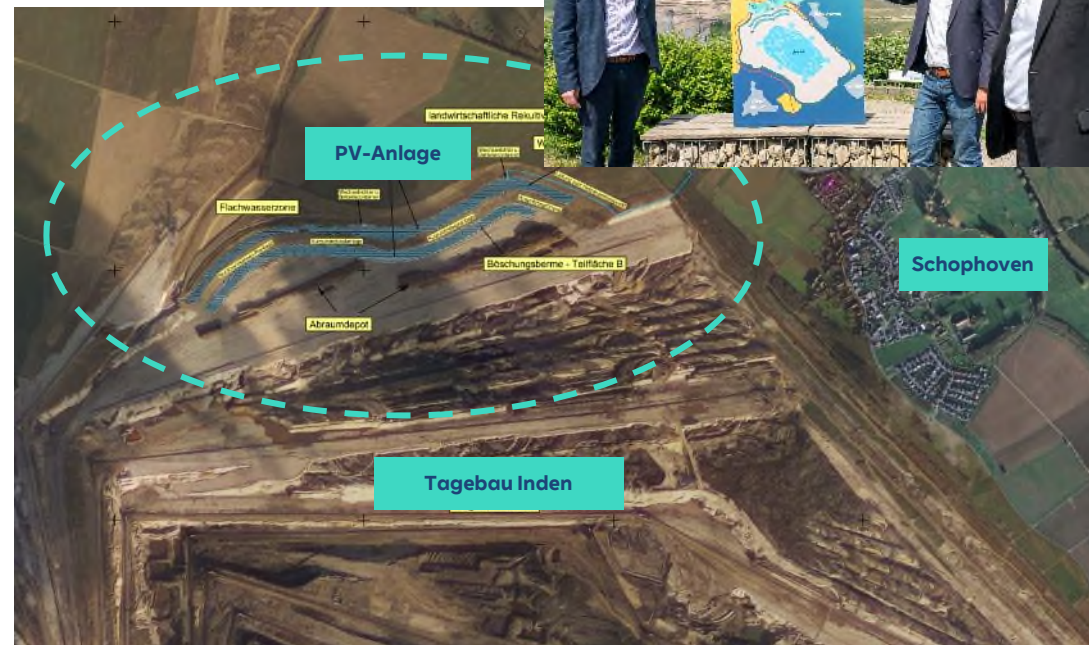


Tagebauseen	Garzweiler		Hambach
Kernfläche	2.180 ha		3.600 ha
Volumen	2.000 Mio. m ³		4.300 Mio. m ³
Tiefe	190m		325m
Wasserzufuhr	max. 4,2m ³ /s 105 Mio. m ³ /a*		max. 13,8m ³ /s 172 Mio. m ³ /a
Wasserbereitstellung	ab 2030 für Versorgung Feuchtgebiete		ab 2030 für die Seebefüllung und Ökowasser
Befülldauer	ab 2039 für die Seebefüllung 40 Jahre		60 Jahre
Zielwasserstand	+65 mNN		+65 mNN
Leitungen	Bündelungsleitung	Garzweilerleitung	Hambachleitung
	Dormagen → Verteilbauwerk	Verteilbauwerk → Garzweiler	Verteilbauwerk → Hambach
Leitungsdimensionierung	3x DN2200	2x DN1400	2x DN2200
Wasserführung	18m ³ /s	4,2m ³ /s	13,8 m ³ /s
Trassenlänge	22,4 km	4,2km	18,5 km

Tagebauzwischenlandschaft bietet großes Potenzial für PV

Beispiel Tagebau Inden

- Erste Freiflächen-PV-Anlage samt Batteriezwischenspeicher in der Tagebauzwischenlandschaft Inden mit 14,4 MWp PV + 5 MW Speicher auf ca. 14 ha Fläche
- Baubeginn ab Oktober 2021, geplante Fertigstellung im Juni 2022
- Nutzung von Brachflächen, kein zusätzlicher Flächenverbrauch
- Weitere Potentiale im Revier hebbbar



Rekultivierung bietet reichlich Raum für die Erneuerbaren – zum Beispiel Wind- und Sonnenenergie im Tagebau Garzweiler

RWE erhält Zuschlag für zwei weitere innovative Solarstrom-Speicher-Projekte

- „PV & Storage Garzweiler“: Anlage mit 19,4 MW und Speicherleistung von 6,5 MW
- „PV & Storage Jackerath“: Anlage mit 12,1 MW und 4,1 MW Batteriespeicher
- Innovationsausschreibung: BNetzA sagt RWE fixe Marktprämie für Solarstrom zu
- Geplanter Baubeginn: Sommer 2022
- Erste Stromerzeugung: Anfang 2023



Weiterer Windpark in der Rekultivierung Garzweiler

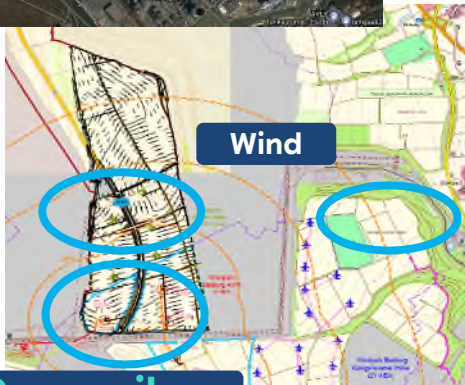
- „Windpark Bedburg A 44n“ mit 5 Anlagen mit je 5,7 MW
- Betreiber ist gemeinsame Gesellschaft von RWE (51%) und Stadt Bedburg (49%)
- Bauarbeiten haben begonnen; geplante IBN Frühjahr 2022



Ausbau erneuerbarer Energien im Rheinischen Revier

Umfangreiche Potentiale in Prüfung / Planung

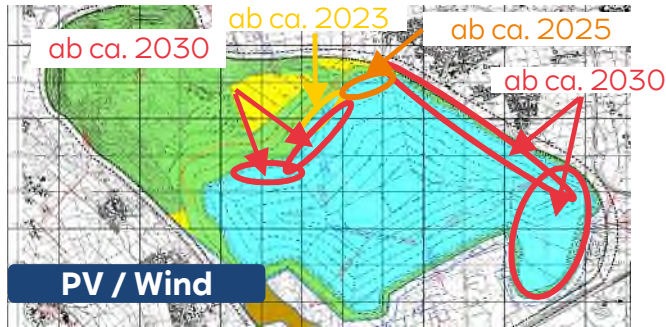
Knapsacker Hügel



Garzweiler

RWE 19.01.2022 Herausforderungen aus dem Kohleausstieg

Hambach

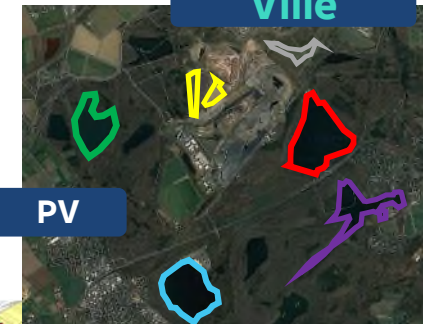


Technische Realisierung von Flächenherstellung und Liegezeiten bzw. von Eigentumsverhältnissen und Genehmigungen abhängig

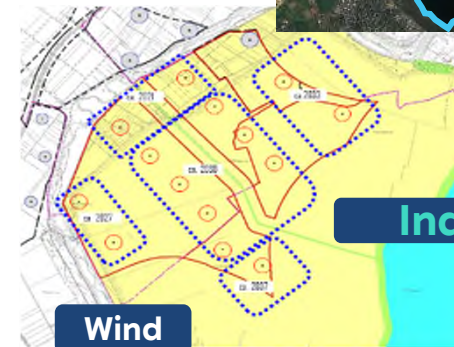
Dormagen



Ville



Inden



Seite 13

Knapsacker Hügel: Innovationsprojekte der Veredlung schreiten planmäßig voran

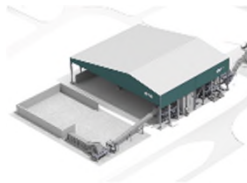


Biomasseanlage BT Goldenberg

Teil-IB 06/2021 mit

- Schadholz
- Papierschlamm
- Altholz (vorkonf.)

Gesamt-IB Q1/2022



RWE 19.01.2022 Herausforderungen aus dem Kohleausstieg

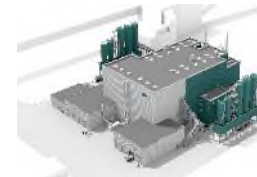
Klärschlamm-Trocknungsanlage

Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn liegt vor
Ges.-Genehmigung 10/2022 erwartet



Klärschlamm-Monoverbrennungsanlage

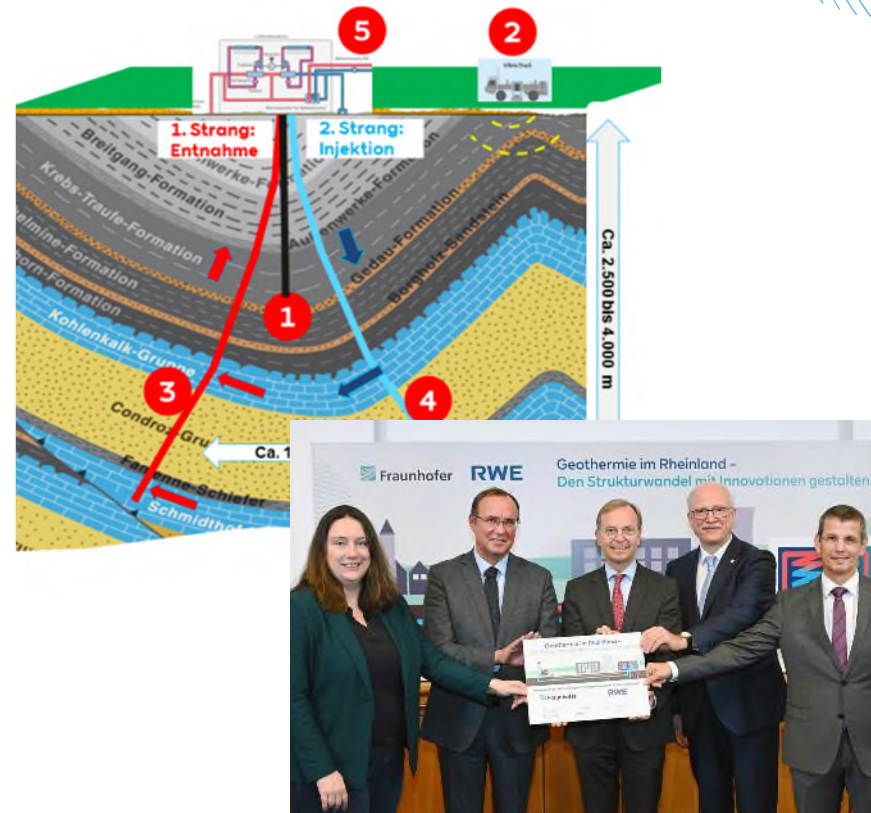
- Option zur Phosphorrückgewinnung aus der Filterasche (Pflicht nach 2029)
- Rahmenbetriebsplan eingereicht, Vollständigkeit bestätigt, öffentliche Bekanntmachung erfolgt
- Invest ca. 65 Mio. €/Linie



Seite 14

Entwicklung von Zukunftsperspektiven z.B. Geothermie in Weisweiler

- RWE stellt in Weisweiler Grundstück für den Bau eines IEG-Technikums zur Verfügung
- RWE und Fraunhofer haben wirtschaftliche und wissenschaftliche Aufsuchungserlaubnis für das Feld um Weisweiler erhalten
- Fraunhofer beantragt den Hauptbetriebsplan für das gleiche Feld
- Erkundungsbohrung (1) für Frühjahr 2022 vorgesehen.
- Weitere, jeweils erfolgsabhängige Schritte:
 - Seismische Untergrundexploration (2)
 - Bohrung Dublette erster Strang (3)
 - Bohrung Dublette zweiter Strang (4)
 - Forschungskraftwerk (5)



¹ Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geothermie IEG

Standortentwicklung Frechen-Wachtberg

Strukturentwicklung in Kooperation mit KVB durch Hebung von Synergien bietet Chancen für beide Seiten

Kölner Verkehrs-Betriebe AG

- Zeitgleich steht die KVB vor der Herausforderung die heutige Werkstatt-Infrastruktur bedarfsorientiert anzupassen und zu modernisieren.
- Eine Realisierung dieser Herausforderungen vor allem am Standort in Wesseling ist nicht darstellbar.
- Die Suche nach alternativen Standorten mit entsprechenden Flächen und Gleisanschluss hat daher begonnen.

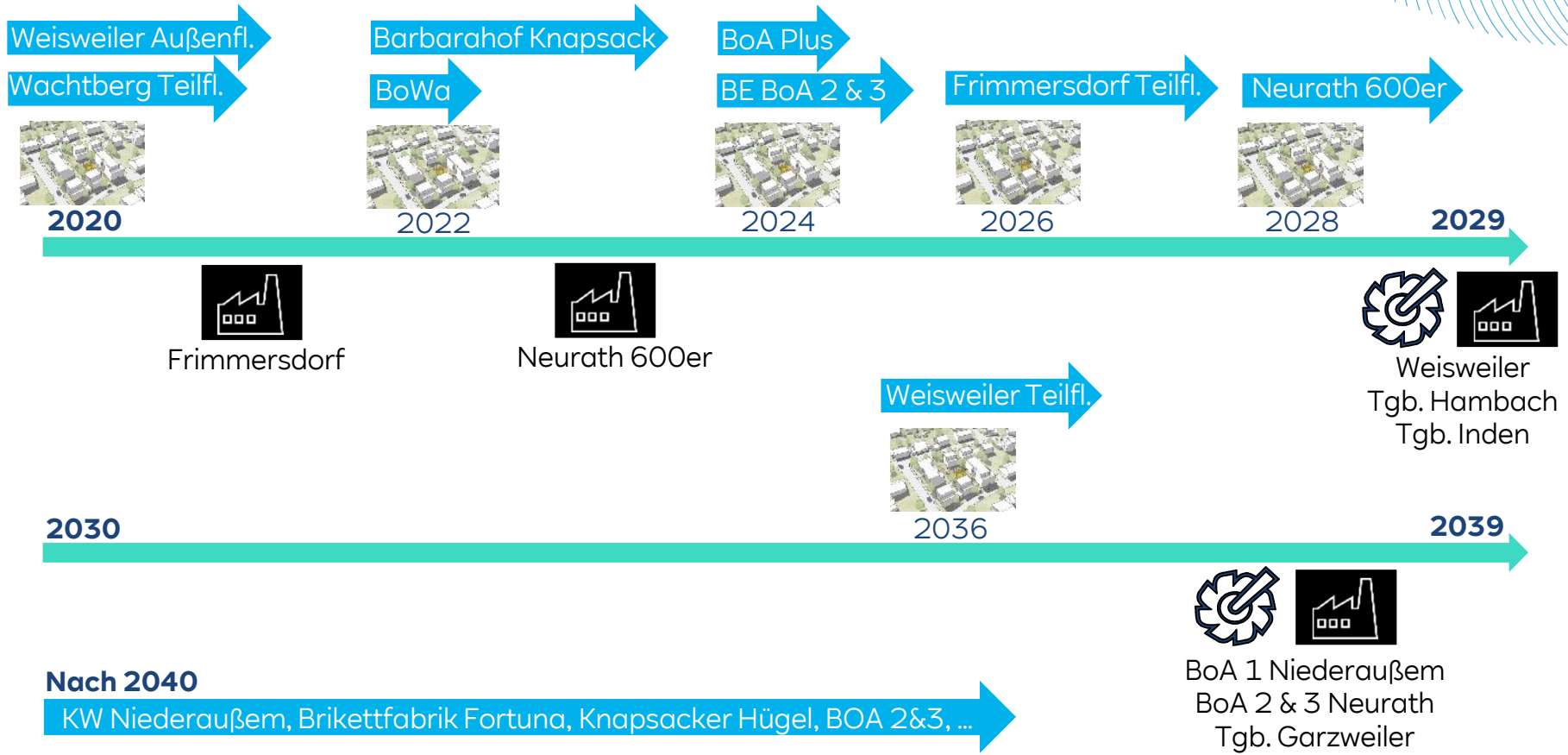


RWE Power AG

- Anbindung der Standorte „Fabrik Frechen-Wachtberg“ und „Hauptwerkstatt Frechen-Habbelrath“ sowohl an das werkseigene als auch das öffentliche Gleisnetz aufgrund des Produktportfolios gegeben.
- Mit Beendigung der Brikettherstellung und zurückgehender Auslastung im Zuge des Kohleausstiegs werden Betriebsflächen frei.
- Ziel ist die Nutzung der zukünftig freien Betriebsflächen im Sinne der Strukturentwicklung.



Zeitliche Perspektive der Entwicklung der Kraftwerksstandorte



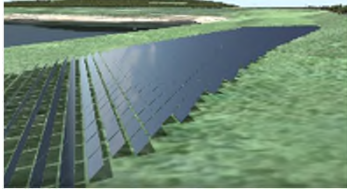
Koalitionsvertrag setzt ambitionierte Leitlinie für zukunftsfähige Energiepolitik in Deutschland

- **Kohleausstieg** in Deutschland soll beschleunigt werden und idealerweise bereits bis 2030 gelingen. Bis Ende 2022 soll Klarheit über die relevanten Rahmenbedingungen geschaffen sein.
- **Ausbauziele für Erneuerbare Energien** sollen deutlich angehoben werden; viele konkrete Vorschläge dazu wurden entwickelt.
- **Versorgungssicherheit durch neue Gaskraftwerke** – neue Bundesregierung möchte Klarheit für Investoren schaffen und neues Marktdesign entwickeln.
- Koalition setzt weiterhin auf das **europäische Emissionshandelssystem** (EU ETS) als zentrales Leitinstrument der Klimapolitik.
- **Wasserstoff als Dekarbonisierungspfad** – spätere Umrüstung auf CO₂-freie Brennstoffe muss von Beginn an mitgedacht werden. Deutschland als Leitmarkt für Wasserstoff.
- **Soziale Aspekte der Energiewende** werden berücksichtigt – es soll keine Nachteile für Beschäftigte geben.



Durch vorgezogenen Kohleausstieg würde die insgesamt benötigte Kohlemenge sinken. Inanspruchnahme der Dörfer im sog. **3. Umsiedlungsabschnitt des Tagebaus Garzweiler** soll vermieden werden (Überprüfung bis Ende 2022).

Fazit



- RWE nimmt die **Herausforderungen der Energiewende** an und unterstützt diese.
- Im **Rheinischen Revier** werden die Betriebe nach KVVG und Leitentscheidung 2021 neu ausgerichtet.
- Der Braunkohlenausschuss hat für Garzweiler eine **Alternativplanung** beauftragt, die bis Herbst 2022 vorgelegt wird.
- Eine **hochwertige und vielfältige Wiedernutzbarmachung** bleibt nach wie vor eine Kernaufgabe; Ziel ist die Herstellung einer lebenswerten Tagebaufolgelandschaft als Teil unserer Region mit Zukunft.
- Dies erfordert bis 2030 den **Bau einer Rheinwassertransportleitung** zur Feuchtgebietsversorgung im „Nordraum“, Seebefüllung Hambach und später zur Seebefüllung Garzweiler sowie die Trassensicherung für den späteren Bau eines Seeablaufs.
- RWE unterstützt den **Strukturwandel in der Region** und bringt dabei die eigenen Standorte sowie Know-how in vielen Bereichen ein; Ziel ist der Erhalt und die Schaffung von Zukunftsperspektiven.
- Es verbleibt wenig Zeit für das Gelingen des Strukturwandels; um so wichtiger ist eine zügige **Planung und Genehmigung** um jederzeit **Rechtssicherheit** zu behalten und **Zukunftsprojekte** umsetzen zu können.

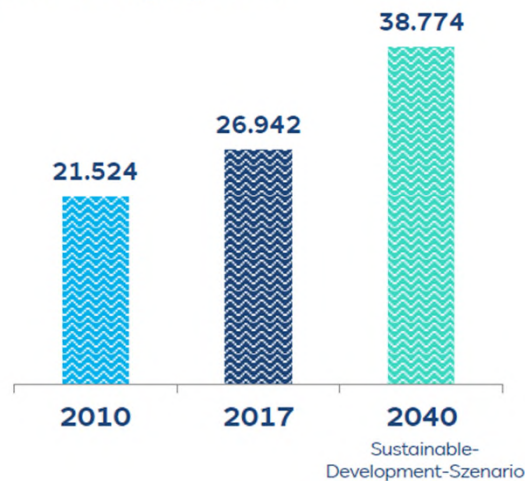
RWE

backup

Die globale Herausforderung unserer Zeit: Den steigenden Strombedarf decken und das Klima schützen.

Weltweiter Strombedarf steigt

Stromerzeugung in TWh¹



Wesentliche Branchentrends



Elektrifizierung der **Mobilität**



Elektrifizierung der **Industrie**



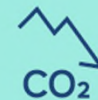
Elektrifizierung der **Wärmeversorgung**

Wichtige Klimaschutzziele



Abkommen von Paris²

Beschränkung der globalen Erwärmung auf deutlich **unter 2 °C**



EU-27:
55 % Minderung der Treibhausgas-Emissionen von 1990 bis 2030³

¹International Energy Agency, World Energy Outlook 2020. | ²Pariser Abkommen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC).

³Nationally Determined Contribution by EU 2020

Umsiedlungen

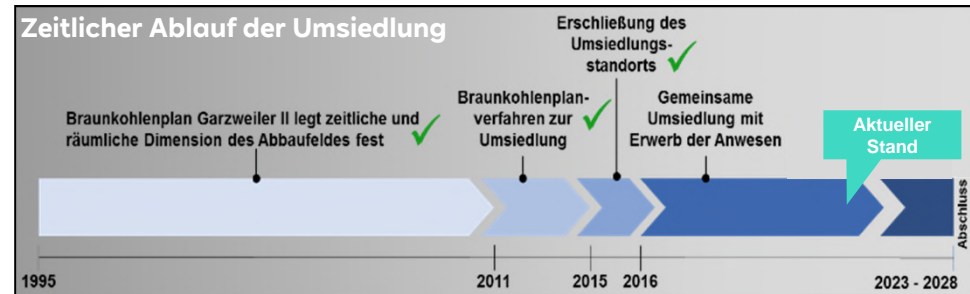
Sachstand Grunderwerb im Tagebau Garzweiler im 3. Umsiedlungsabschnitt (Stand 12/2021)

Umsiedlungsorte KKOUB

Anwesen:	583 (100%)
Gutachten:	566 (97%)
Gespräche:	559 (96%)
Einigungen:	511 (88%)

Umsiedlungsstandort

Gesamt:	469
Vormerkung:	~ 61
davon verkauft:	320
bezogen:	201
im Bau:	119



Sachstand Grunderwerb im Tagebau Hambach (Stand 12/2021)

Umsiedlungsort Morschenich

Anwesen:	180 (100%)
Gutachten:	178 (99%)
Gespräche:	178 (99%)
Einigungen:	177 (98%)

Umsiedlungsstandort

Gesamt:	136
Vormerkung:	~ 13
davon verkauft:	108

Umsiedlungsort Manheim

Anwesen:	534 (100%)
Gutachten:	533 (99%)
Gespräche:	532 (99%)
Einigungen:	529 (99%)

Umsiedlungsstandort

Gesamt:	496
Vormerkung:	~ 14
davon verkauft:	476

Kraftwerk Frimmersdorf

FrITZ – Frimmerdorfer Innovations- und Technologie-Zentrum

Rahmendaten

- Regionalplanänderung ab Herbst 2020; Bauleitplanverfahren parallel zur Regionalplanänderung
- Hervorragende Anbindung an Mittel- und Hochspannungsnetz sowie Straße und Schiene
- Eigene Wasserversorgung am Standort
- Raumentwicklung zu einem Innovations-, Technologie- und Gewerbepark bestehend aus Industrie, Gewerbe, ggf. FuE sowie Science-to-Business-Zentren denkbar

Erschließung

- 500.000 m² + 150.000 m² (in 2 Schritten)
- In 2 Abschnitten voraussichtlich ab **2026** nutzbar

Sachstand

- Kompromiss zum Denkmalschutz noch offen, danach Gespräche mit Investoren



Kraftwerk Neurath

Rahmendaten

- Im Regionalplan als zweckgebundenes GIB ausgewiesen, Änderung ggf. kurzfristig möglich
- FNP-Änderung und B-Plan erforderlich
- Rückbau nach 2022 möglich
- Ggf. Industrie-Wasserversorgung sowie weitere Synergien zum Kraftwerk möglich

Erschließung

- Insgesamt rund 500.000 m²
- Teilweise Nutzung von vorhandener Gebäudesubstanz möglich
- Nutzbar ab ca. **2028**



RWE

Vielen Dank!



Bewilligung von Projekten für den Strukturwandel im Rheinischen Revier

Alexandra Landsberg, Stabsstelle Strukturwandel Rheinisches Revier

Erste Schritte zum Aufbau des Zukunftsfelds Energie und Industrie



Ziele:

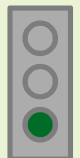
- Aus der Kompetenz des Rheinischen Reviers für Energie entstehen dauerhafte, gut bezahlte Arbeitsplätze im neuen Energiesystem.
- Die energieintensive Industrie bleibt im neuen Rahmen wettbewerbsfähig und baut Arbeitsplätze nachhaltig aus.

55 Projekte und Teilprojekte in der und auf dem Weg in die Umsetzung.



Brainergy Park

2.500
Arbeitsplätze
bis 2030



**Brennstoffzellen-
fahrzeuge Düren**

Anwendung
schafft
Nachfrage



**Neumann +
Esser**

250 AP in
Elektrolyseur-
produktion



Quirinus Control

Innovation
schafft
Kompetenz





Erste Schritte zum Aufbau des Zukunftsfelds Ressourcen und Agrobusiness

Ziele:

- Die Stärken des Reviers beim biobasierten Wirtschaften führen zu neuer Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätzen.
- Es werden zukünftig nicht nur Lebens- und Futtermittel, sondern eine Vielzahl biobasierter Produkte hergestellt.

24 Projekte und Teilprojekte in der und auf dem Weg in die Umsetzung.



**ER Nachhaltiges
Bauen**

Stärkung von
Handwerk
und KMU



Faktor X

Ressourcen-
schonende
Ansiedlung



**Bioökonomie-
REVIER**

Impulse für
neue Wert-
schöpfung



**CAMPUS
Transfer**

Stärkung
Ernährungs-
wirtschaft





Erste Schritte zum Aufbau des Zukunftsfelds Innovation und Bildung

Ziele:

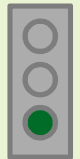
- Das Rheinische Revier wird zum Innovation Valley, in dem der Transfer von Forschungsergebnissen in Produkte und Verfahren auf höchstem Niveau gelingt.
- Ausgründungen führen zu neuen Ansiedlungen in der Region.

49 Projekte und Teilprojekte in der und auf dem Weg in die Umsetzung.



**Reallabor
Blockchain**

Aufbau neuer
Geschäfts-
modelle



**New Business
Factory**

Accelerator &
Company-
builder



**Global Entrepre-
neurship Centre**

Gründungs-
unterstützung
f. 3.000 AP



**Center für digital
vernetzte Prod.**

Inkubator
für die
Industrie





Erste Schritte zum Aufbau des Zukunftsfelds Raum und Infrastruktur

Ziele:

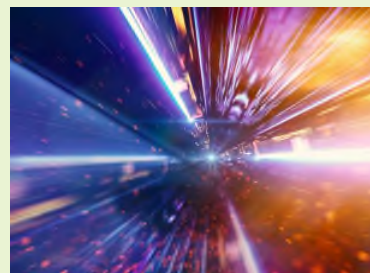
- Die Neuordnung des Raums wird als Chance für den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität vor Ort genutzt.
- Unternehmen finden gute Infrastrukturen für ihr Wachstum und ihre Entwicklung vor.

100 Projekte und Teilprojekte in der und auf dem Weg in die Umsetzung.



Revier-S-Bahn
östl. Teil

Bestmögliche
Verkehrs-
anbindung



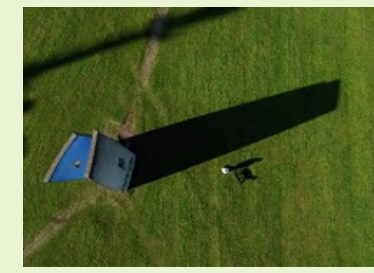
Reviermanage-
ment Gigabit

Sicheres und
schnelles
Internet



Grünes Band
Garzweiler

Entwicklung
der Folge-
landschaften



Future Site
InWEST

Raum für
10.000
neue AP





Entlastungspaket Kernrevier stärkt Anrainerkommunen

Ziele:

- Entlastung der Anrainerkommunen und Kreise im Strukturwandel
- Leistungsfähiges Gewerbeflächenangebot gewährleisten
- Attraktive Projekte in allen Anrainerkommunen

26 Projekte bewilligt.



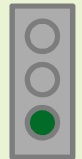
Drei Tagebau-
umfeldinitiativen

Unterstützung
Entwicklung
Umfeld



Strukturwandel-
manager/-innen

Entlastung
Anrainer und
Kreise



Gewerbeflächen-
konzept

Vorgezogene
Flächen-
ausweisung

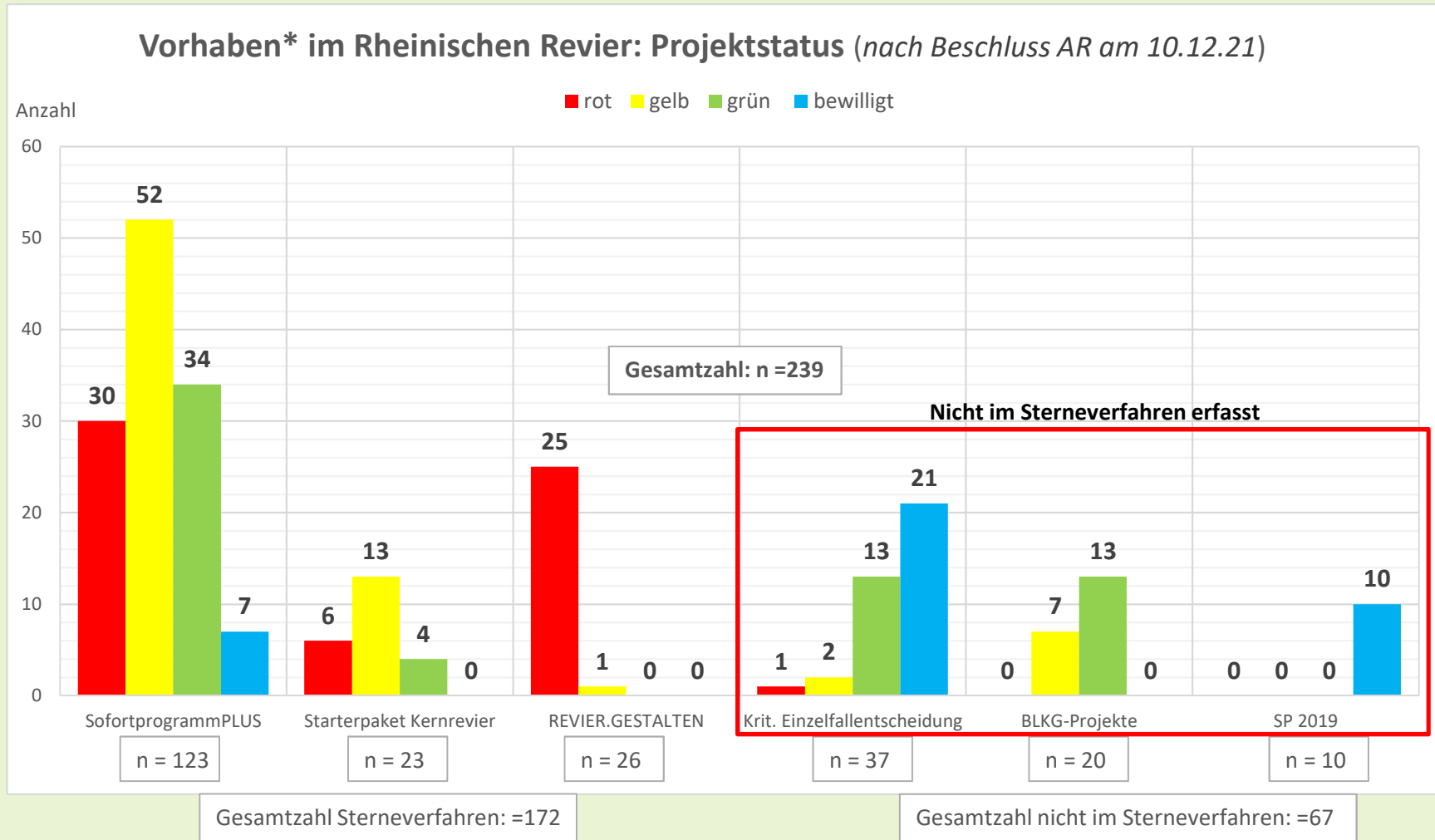


Starke Projekte
GmbH

Planungs-
entlastung
Kommunen



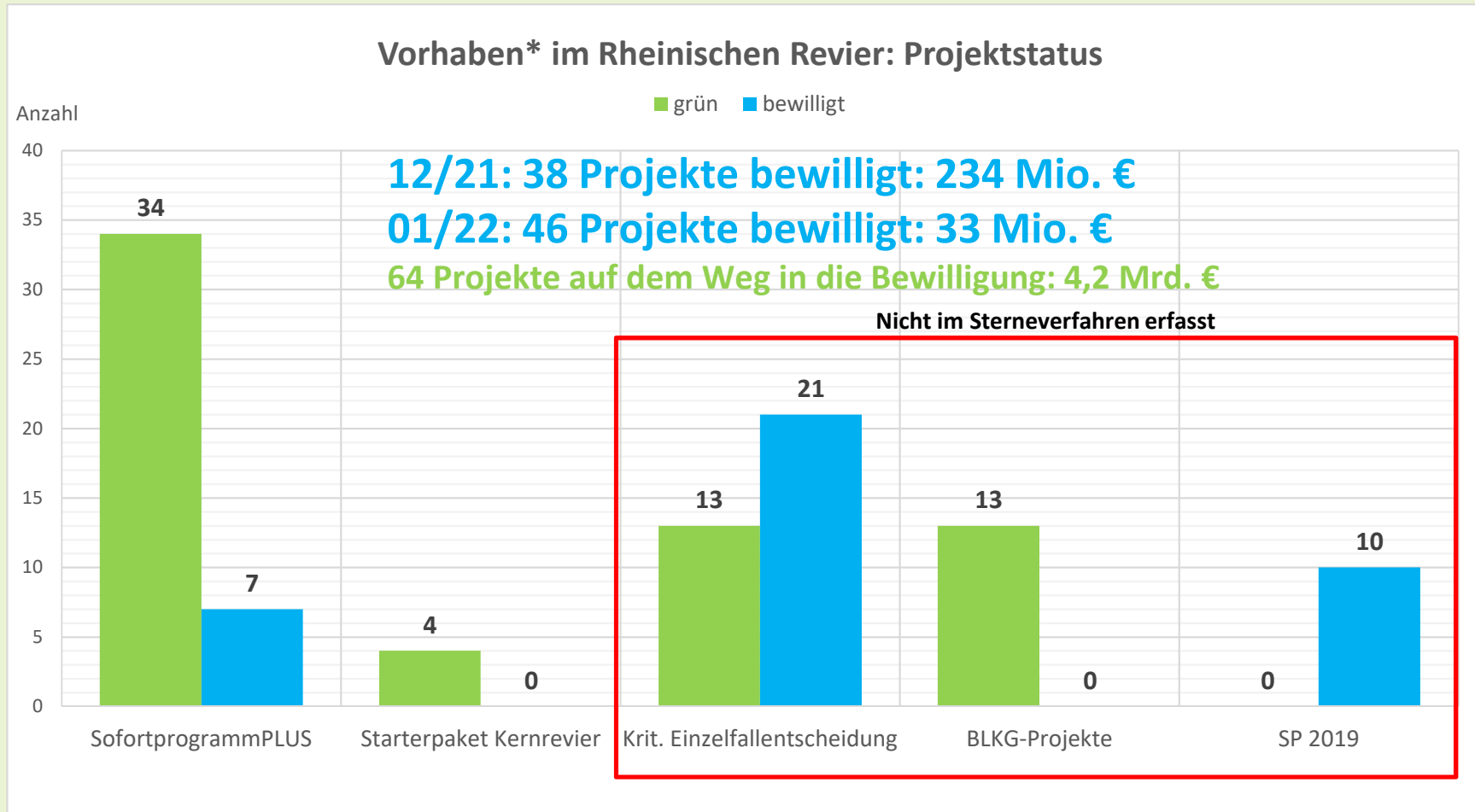
Ampelstatus Projekte nach Programmlinien



Datenstand: 30.11.21

*Projekte und Teilprojekte; ohne Qualifizierungsmaßnahmen

Ampelstatus Projekte nach Programmlinien



12/21: 38 Projekte bewilligt: 234 Mio. €
 01/22: 46 Projekte bewilligt: 33 Mio. €
 64 Projekte auf dem Weg in die Bewilligung: 4,2 Mrd. €

Gesamtzahl Sterneverfahren: =172

Gesamtzahl nicht im Sterneverfahren: =67

Datenstand: 15.12.21

*Projekte und Teilprojekte; ohne Qualifizierungsmaßnahmen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



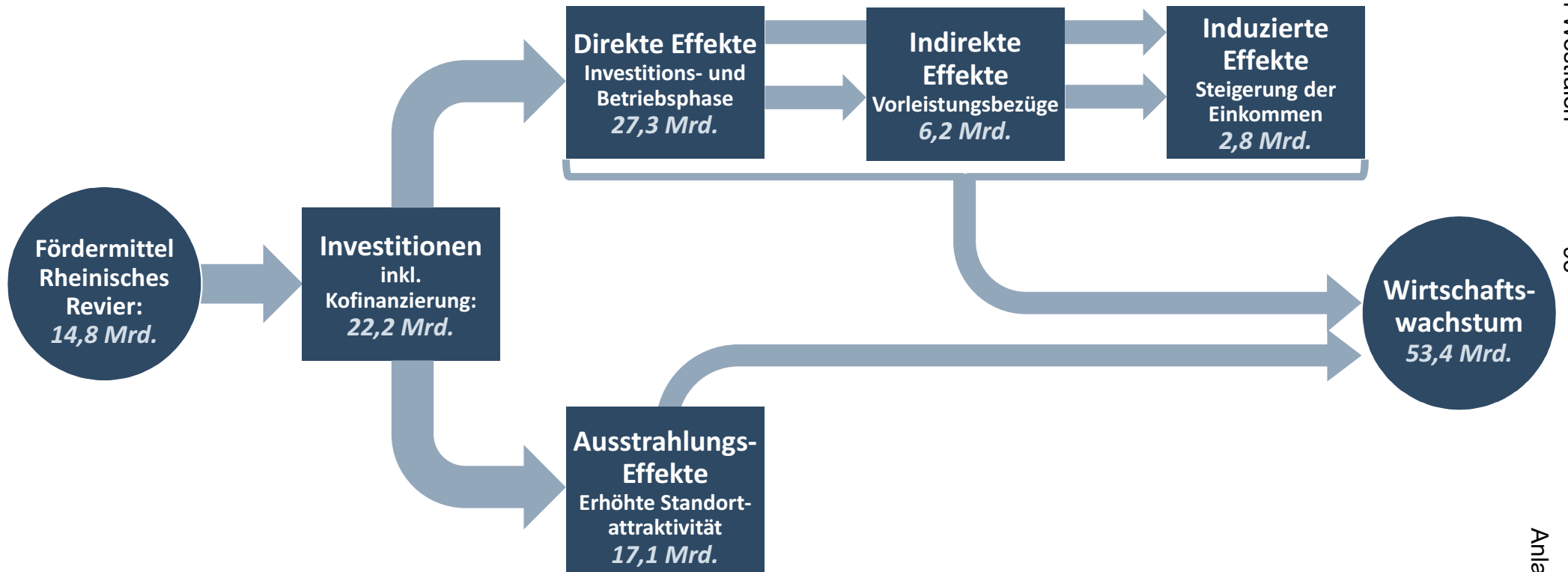
Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Strukturförderung im Rheinischen Revier

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (AWEL)



Trend-Szenario: Wertschöpfungseffekte der Strukturmittel

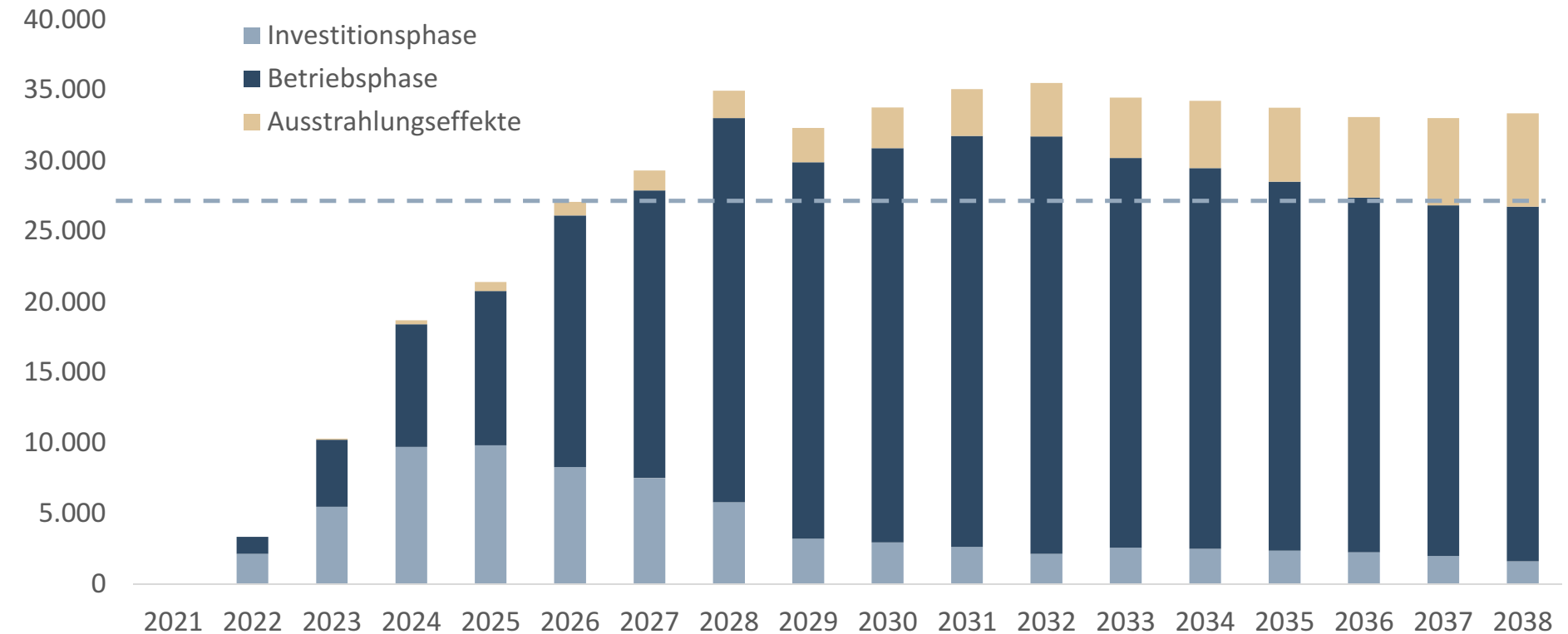
Wirkungskanäle, Effekte in Mrd. Euro



Eigene Darstellung IW Consult

Trend-Szenario für das Rheinische Revier

Zusätzliche Arbeitsplätze im Vergleich zu 2021; Durchschnitt = 27.000 Arbeitsplätze



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung

Stellschrauben für den Erfolg der Strukturförderung

Unmittelbare Ableitungen aus unserem Modell

Auswahl und Priorisierung der Projekte als Schlüssel zum Erfolg

- Projekte mit hoher Wertschöpfung priorisieren
- Anwendungsorientierte Innovationen stärken
- Kompetenzprofil erarbeiten: Arbeitsteilung und Synergie
- Größere Projekte mit Ausstrahlung umsetzen

Intensive Einbindung der Unternehmen unterstützen

- Peer-2-Peer-Matching zur Unterstützung
- Help-Desks / One-Stop-Shop
- Bestmögliche Rahmenbedingungen für Aktivitäten

Unbürokratische beschleunigte Prozesse gewährleisten

- Verfahren beschleunigen
- Verfahren entbürokratisieren
- Optimale Koordination zwischen den Fachressorts
- Optimale Koordination zwischen den Akteuren im RR

Ausstrahlung durch Nutzung von Synergieeffekten

- Intelligente Spezialisierung forcieren
- Technologische Ränder (*cross innovations*) ausloten
- Enge Kooperation eingehen zwischen Unternehmen, Forschung, Hochschulen, Startups und reg. Akteuren

Weitere Ansatzpunkte für den Erfolg der Strukturförderung

Je mehr Dynamik, desto stärker wirken Ausstrahlungseffekte über 2038 hinaus

